1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 28/29 vom 15. Juli 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

Schickt Urlaubsgrüße an die Gefangenen!



Andreas Bortfeldt
Strafvollzugsanstalt
Bauzen
Postschließfach 100-2
8600 Bauzen DDR

Seit mehr als zwei Jahren sitzen jetzt die beiden kommunistischen Oppositionellen Andreas Bortfeldt und Manfred Wilhelm in Gefängnissen der DDR. Wegen ihres Eintretens für Frieden, Arbeitermacht und wirklichen Sozialismus in der DDR, Ziele für die sie in der KPD arbeiteten, sollen sie acht Jahre sitzen. Wir möchten alle RM-Leser bitten, aus dem Urlaub, egal von wo Grüße an die beiden zu schicken. Also, die Adressen mit ins Urlaubsgepäck.

Manfred Wilhelm
Strafvollzugsanstalt
Brandenburg
Postschließfach 66-9
1800 Brandenburg DDR

Urlaubskampf



Nein, nicht gesponnen. Kein Aufruf „auch im Urlaub ..." Aber er ist ausgebrochen in diesem unserem Land, der Urlaubskampf.

Genauer: auf Sylt. Das Ganze fing an mit einem Reiseveranstalter aus Bottrop, der Reisen von Essen nach Sylt organisiert. Von seinen Geschäften und Praktiken mag man nun halten, was man will, das ist hier gar nicht das Thema (obwohl es auch Anlaß wäre ...)

Das wirkliche Thema, das hier zur Debatte steht ist das Grauen. Der Horror. Die Panik. Ängstlich schallt der Ruf „Sie kommen!" über die Insel. Und sie kommen tatsächlich. Die Proleten aus dem Revier. Man erkennt sie auf Sylt, wie in Leserbriefen von Geschäftsleuten stand, an ihren schiefen Absätzen und daran, daß sie eben nicht in Maxims Gourmet gehen, sondern an Pommesbuden.

Aber man will sie nicht haben, die Prolos. Sie vertreiben den Jet-Set. Sie bezahlen keine 400 Mark die Nacht ohne alles. Und sie benutzen den selben Bürgersteig wie die „Prominenz"! Manch einer der reichen Tagediebe und ihrer Flittchen wird sich da wohl fragen, ob die „an die Füße" stinken.

Deshalb sollen sie wegbleiben, dafür gibt es eine regelrechte Kampagne. Gegen den Reiseunternehmer, versteht sich. Der sei, außer in der Hochsaison, einfach zu billig.

Neben den verschiedenen Geschäftemacherverbänden hat sich in dieser Kampagne für die finanzielle Reinheit von Sylt vor allem die CDU-Organisation stark gemacht.

Sprecher der Kampagne ist der Vorsitzende der CDU von Sylt-Ost. Für ihn ist der Reiseunternehmer so was wie ein kommunistischer Agent. Was den feinen Herrn natürlich nicht daran hinderte, dem Mann, der die Ruhrproleten hier ankarrt, vier Häuser zu verkaufen, damit's auch läuft.

Aber jedenfalls stinken seine Füße nicht. Oder ob der andere Gestank so viel stärker ist?

Schönen Urlaub zusammen.

Während in Bonn hin und her debattiert wird um den „Aufschwung":

Kapitalisten wollen immer mehr auf die Straße werfen

Zahlreiche Konzerne kündigen weitere Arbeitsplatzvernichtung an

Es sind keine guten Nachrichten, mit denen ein großer Teil der Werktätigen der Bundesrepublik in den verdienten Urlaub geht. In den ersten Julitagen wurden gleich von einer ganze Reihe von Konzernen neue Schließungspläne bekannt oder bekanntgegeben. Während in Bonn der übliche Streit zwischen den großen Parteien stattfindet zeigt sich beispielsweise mit der Zustimmung des Bremer Senats zur dortigen Werftenfusion, die Tausende von Arbeitsplätzen beseitigt, daß auch die SPD-Führung keine Alternative zur Politik der Bundesregierung anbietet.

Da sind zum einen die ständig weiter ausgefeilten Konzepte der beiden Krisenbranchen Stahl und Werften. Sei es Thyssen (in Oberhausen vor allem) oder die Bremer Fusion — das sind massenhaft vernichtete Arbeitsplätze, die an die Substanz ganzer Städte gehen. Oder an die ganzer Regionen, wie die neuen Pläne bei ARBED an der Saar, wo schon gar nicht mehr groß auf Sozialpläne vertröstet wird.

Und da ist des weiteren die, wie man sie wohl inzwischen nennen muß, dritte große Krisenbranche, der Steinkohlebergbau, was ebenfalls Ruhr und Saar trifft.

Aber daneben gibt es noch viel mehr: so kündigt BBC in Dortmund ganz nebenbei an, fast ein Viertel seiner dortigen 1000köpfigen Belegschaft entlassen zu wollen. In München rechnet das dortige Arbeitsamt, als Urlaubsgruß sozusagen, mit einer beschleunigten Vernichtung von Arbeitsplätzen im zweiten Halbjahr (im letzten Jahr waren es immerhin schon 11000). Was zeigt, daß es eben nicht nur die Ruhr, Saar und die Küste trifft, sondern daß die kapitalistische Krise die ganze Wirtschaft (was gerade in letzter Zeit auch in der Chemiebranche deutlicher wird) erfaßt hat.

Aus Bonn kommt dazu nichts, außer serienweisen Maßnahmen, die die „Investitionsbereitschaft" der Kapitalisten steigern soll. Wobei die durchaus investieren: Mit Vorliebe im Ausland oder in Rationalisierung.

Dagegen wehren sich betroffene Belegschaften — so gut es geht und oft genug von ihrer Gewerkschaftsführung mehr oder weniger im Stich gelassen. Dagegen wehren sich aber auch ganze Stadtteile, verschiedenste Kreise der Bevölkerung, die von solchen Entwicklungen mitbetroffen werden.

Die immer neuen Pläne der Kapitalisten zu Entlassungen und Rationalisierung werden nur dort vereitelt werden können, wo durchschaut wird, daß es sich dabei um gegensätzliche Klasseninteressen handelt — daß es eben kein gemeinsames Ziel von Belegschaft und Besitzer gibt, wo der Zusammenschluß stattfindet unter der Losung „Die Reichen sollen die Krise bezahlen".

Brutale Einsätze rufen erneut Massenwiderstand hervor:

Hunderttausende demonstrierten im Westjordanland

Der Tod eines „Siedlers" als Anlaß für eine Politik der „eisernen Faust"

Über 200000 Menschen demonstrierten in der letzten Woche allein in Jerusalem gegen die Siedlungspolitik der israelischen Regierung im besetzten Westjordanland. Die Absetzung des Bürgermeisters von Hebron, die Unterdrückungskampagne nach dem Tod eines sogenannten Siedlers waren der Anlaß für diesen erneuten Massenwiderstand, der einmal mehr bewies, wie wenig gerechtfertigt die imperialistischen Hoffnungen sind, die PLO möge bei den Palästinensern an Einfluß verlieren.

Man muß es an dieser Stelle nochmals unterstreichen: Wenn in der bundesdeutschen bürgerlichen Presse jetzt wieder einmal der Tod eines Siedlers, eines Studenten beklagt wird, so ist bereits dies eine wissentliche Täuschung. Diese sogenannten Siedler, die allesamt von faschistischen Organisationen mobilisiert sind, sind in erster Linie echte Kolonialsoldaten, die ein Gebiet auf blutige Weise zu „befrieden" und zu assimilieren haben — etwa so, wie man in den USA einst mit den Indianern umging. Nur daß es heute eben hundert Jahre später ist, und daß es da die PLO gibt. Einige Zeitungen erwähnten immerhin noch, er sei bewaffnet gewesen — wie alle diese angeblichen Siedler, deren Mehrzahl vorher Offiziere waren, und nicht selten in den USA.

Mit diesen blutigen Landräubern spekuliert die israelische Regierung, schickt sie als Stoßtruppe vor und zieht mit Militär und Polizei nach, wenn sich die Einheimischen wehren. Als Antwort auf die Proteste wurden neue Pläne bekanntgegeben, im Westjordanland regelrechte jüdische Großstädte zu schaffen.

Aber, wie man sieht, der Widerstand ist ungebrochen. Und er ist absolut gerecht, und keiner dieser sogenannten Siedler sollte sich wundern, wenn er Mord und Vertreibung sät, daß er eine solche Antwort dann auch erntet.

Blüm will private Arbeitsvermittler

Franz Josef Strauß hatte es schon lange gefordert: Das Monopol der Arbeitsämter auf Arbeitsvermittlung müsse fallen, dann werde es weniger Arbeitslose geben. Jetzt hat Arbeitsminister Blüm bekanntgegeben, kurz nach dem Sommerurlaub werde man sich darüber unterhalten. Was zuerst aussehen mag, wie ein Gezänk um Bürokratie hat aber in Wirklichkeit vielfältige praktische Auswirkungen für die Arbeitslosen.

Natürlich wolle man keine „gewerbsmäßigen" Vermittler, sondern nur die zahlreichen Privatinitiativen fördern, die es schon bisher gegeben habe. Daß sich dieser Weg ganz zufällig dazu eignet, auch der gewerbsmäßigen Vermittlung den Weg zu bahnen, vergißt er — in der Öffentlichkeit zumindest. Einer Art und Weise der Vermittlung, die dann ähnlich wie alte afrikanische Sklavenmärkte vor sich ginge — der Kräftigste (oder geschickteste) wird „gekauft".

Aber es geht nicht nur um künftige Gefahren oder Entwicklungen, denen so für später der Weg geebnet werden soll. Es geht auch um sofortige Veränderungen. Und dies in zweierlei Weise.

Zum einen geht es natürlich um die Propaganda: Die vielen Unternehmer, die sich so sehr anstrengen, Arbeitskräfte zu bekommen, kämen besser zum Zuge. Wobei es einen solchen Minister wohl wenig kümmert, daß jede Woche aufs neue irgendwelche Zeitungsanzeigen erscheinen mit Lehrstellen, die, nachgeprüft sich zu 90 Prozent als „Enten" erweisen.

Zum anderen und hauptsächlich geht es aber auch ganz praktisch um die Kontrolle. Man kennt das ja inzwischen, daß ein Unternehmer heute nur unter günstigen Bedingungen einstellen kann. Als da sind: niedrigerer Lohn und eine ganze weitere Wunschliste. Und eben da hat das Arbeitsamt gewisse Kontrollmöglichkeiten über Einstellbedingungen. Und eben die fallen bei „Privat" weg. Blüms neuester Anschlag auf Arbeiterrechte muß verhindert werden!

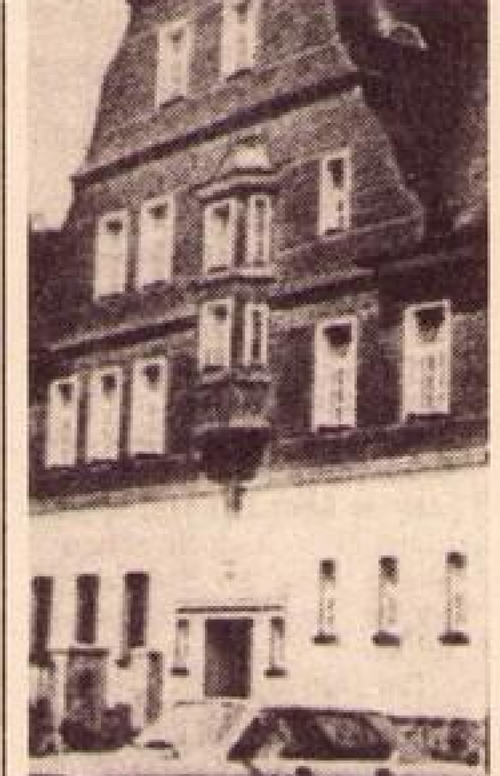
Polizeiaktion in Wuppertal

100 willkürliche Festnahmen

Am vergangenen Wochenende wollten in Wuppertal, in der „Börse" rund 100 Vertreter autonomer Gruppen eine Diskussion veranstalten, über die Krefelder Demonstration gegen US-Vizepräsident Bush und die weitere Arbeit im Friedenskampf. Dies wurde durch eine überraschende und völlig willkürliche Polizei-Großrazzia verhindert.

In jeder Beziehung war dies eine Aktion, die eigentlich dienstrechtliche Verfahren nach sich ziehen müßte. Es gab zwar einen Hausdurchsuchungsbefehl, aber der galt nicht für die „Börse". Aber es sei halt „Gefahr im Verzuge" gewesen, wurde als Schutzbehauptung verbreitet. Welche Gefahr eigentlich wurde nicht gesagt.

In der SPD-nahen Presse wurde ausführlich betont, daß es keine Parallele gäbe zur berüchtigten Nürnberger „KOMM"-Aktion, denn es habe ja keine Verhaftungen gegeben. Und in der Tat waren bis zum Montag morgen alle Festgenommenen wieder freigelassen. In Wirklichkeit aber zeigt dies eher, wie willkürlich hier vorgegangen wurde. Der reaktionäre, abgefeimte Akt von Nürnberg fand im Anschluß an eine Demonstration statt, während hier gar nichts vorausging. Nicht nur daß wegen einer Aktion, die schon lange vorbei war, hier so demonstrativ aufgefahren wurde, sondern es wurde auch sehr schnell deutlich, daß kaum jemand von den Betroffenen etwas mit „Suche nach Krefeld" zu tun hatte.



Die „Börse" in Wuppertal, ohne Durchsuchungsbefehl gestürmt

Der Wuppertaler Polizeipräsident Köhler unterstrich in den Tagen danach, er habe gehandelt, ohne das Innenministerium von NRW zu informieren. Das beteuerte auch Minister Schnoor. Wobei er bisher keine einzige Anstalt machte, diesen Vorgang zu klären. Geschweige denn, diese Herrn Köhler für seine Polizeistaatsmethoden zur Verantwortung zu ziehen. Und es sind Polizeistaatsmethoden, nach dem Motto vorzugehen, möglichst viel festnehmen, dann wird man schon welche finden, denen man was anhängen kann.

Was hier passieren sollte, war doch, daß demonstrativ Härte gezeigt werden sollte. Was auch geschah. Wobei es der NRW-Landesregierung offensichtlich in ihr Konzept paßte, den Mächtigen dieses Landes zu beweisen, daß man auch mit der SPD und nicht nur mit Leuten vom Schlage Zimmermanns solche Polizeiaktionen machen kann. Was ja in der hysterischen „Krefeld-Debatte" der Reaktionäre angezweifelt worden war.

WSI-Studie veröffentlicht

Konzernmacht im Alltag

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB veröffentlichte jüngst eine Untersuchung, in der die wachsende Macht von Konzernen dargestellt wird. Diese Studie zeigt sehr deutlich, daß die Konzentration der wirtschaftlichen Macht in den letzten Jahren immer weiter zugenommen hat.

Dabei werden die beiden Jahre 1968 und 1980 miteinander verglichen. In bezug auf den Umsatz und die sogenannte „Bruttowertschöpfung". Deutlich wird die Konzentration vor allem in den Umsatzzahlen. Hatten 1968 die untersuchten 129 Großkonzerne einen Anteil am Gesamtumsatz von Produktion, Handel und Verkehr von 26,4 Prozent. 12 Jahre später waren es noch 127 Großkonzerne, die einen Anteil von 30,6 Prozent am Gesamtumsatz dieser Bereiche hatten.

Im produzierenden Gewerbe ohne den „Sonderfall" Bauwirtschaft betrug 1980 der Umsatzanteil von 87 Konzernen sage und schreibe 37,8 Prozent des Gesamtumsatzes. Was in anderen Worten heißt, daß die restlichen 62,2 Prozent unter die übrigen 290000 Firmen dieses Gewerbes aufgeteilt werden.

Die genannten 127 Konzerne beschäftigen 20 Prozent der bundesdeutschen Arbeiter. Rechnet man Familienmitglieder und direktestens von ihnen abhängige Betriebe und deren Belegschaften mit ein, so ergibt sich, **daß diese Handvoll Konzerne, deren Großaktionäre natürlich die Kerntruppe des westdeutschen Großkapitals sind, über die wirtschaftliche Lage von nahezu jedem dritten Bundesbürger bestimmen.**



Flick und Ulrich von der Deutschen Bank — mit die Mächtigsten im Land

Die Studie, veröffentlicht in den WSI-Mitteilungen 7/83, führt außerdem auch noch die unklaren Verhältnisse im internationalen Bereich (in dem alle die genannten tätig sind) an, die durch neue EG-Bestimmungen noch unübersichtlicher werden sollen.

Deutlich gemacht wird — unter anderem — auch die Entwicklung, daß immer mehr Kapital ins Ausland transferiert wird.So wird für die zehn Größten aufgezeigt, daß von 1972 bis 1980 bereits 41 Prozent der Summe, die im Inland angelegt wurde, noch einmal im Ausland angelegt wurden.

Daß hier mit internationalen Planungen, mit Aufkäufen und Ausschlachtungen über Wohl und Wehe von Millionen Familien entschieden wird, liegt auf der Hand.

Daß dies eine bei weitem nicht nur wirtschaftliche sondern auch politische Machtballung repräsentiert, liegt nahe. Zumal, wenn man solche Fakten mitberücksichtigt, die in der Studie nicht genannt werden.

Daß nämlich beispielsweise nicht nur alle diese genannten Konzerne mit Lobbyisten in Bonn vertreten sind, **sondern daß jeder einzelne von ihnen auch in (mindestens) drei Beiräten bei Bonner Ministerien vertreten ist.** Wenn man auf diesem Hintergrund noch hinzuzählt, was so an offenen und verdeckten Spenden und — höflicherweise so genannten — Sonderaufwendungen zusammenkommt, dann bekommt man ein deutliches Bild davon, wie auch die politische Macht in diesem Land in der Hand des Großkapitals liegt.

Eine aufschlußreiche Auseinandersetzung ...

„Erst, als der Vorsitzende grünes Licht gab, stimmte die Regierung zu"

Wie das Wirtschaftsministerium auf Kommando einer Wirtschaftsvereinigung handelt

Verschiedenes ist in letzter Zeit darüber berichtet worden, daß es zwischen der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie (WESt) und dem Bundeswirtschaftsministerium zu heftigen Auseinandersetzungen über die Stahlpolitik gekommen sei. Ein wichtiger Aspekt dieser „Auseinandersetzung" wird jetzt in einem Papier der WESt vom 14. Juni 83 aufgehellt.

Die Sachlage ist etwas kompliziert. Für die Tagung des Stahl-Ministerrats der EG am 21. Juni hatte der Verband des Stahlkapitals eine Stellungnahme an die Bundesregierung gesandt. Darin hatten die in der WESt zusammengeschlossenen Konzerne ihre Unzufriedenheit mit der Lage und auch mit einzelnen Aspekten der Politik der Bundesregierung innerhalb der EG-Abkommen um den in Kraft gesetzten §58 bekundet. Dazu hatte die Bundesregierung über das Wirtschaftsministerium ihrerseits am 8. Juni geantwortet. Mit dieser Antwort war man in den Vorstandsetagen nach wie vor nicht zufrieden, deshalb am 14. Juni dieses erneute Positionspapier der WESt.

Dabei geht es inhaltlich um eine ganze Reihe von Punkten, in erster Linie aber um die Quotenregelung, die mit Inkrafttreten des §58 des EG-Montanvertrags verbunden war.

Der Vorwurf von WESt lautet dabei, daß „politisch motivierte Quotenentscheidungen deutsche Anlagen de facto abgewertet und italienische Anlagen begünstigt" hätten.

Dazu die Antwort der Bundesregierung:

„Der Rat bestätigte den Schiedsspruch grundsätzlich erst am 8. Juni 1982. Die deutsche Delegation stimmte erst zu, als ihr der WESt-Vorsitzende, mit dem während der Ratstagung laufend telefonischer Kontakt bestand, grünes Licht gab."

Alles klar? Deutlicher als jede kommunistische Vermutung machen diese Aussagen, wie die Verhältnisse halt so sind. Einer EG-Entschließung stimmt die Bundesregierung bzw. die sie vertretende Delegation erst dann zu, wenn der betreffende Wirtschaftsboß es ihr erlaubt hat, grünes Licht gegeben hat.

In ihrer erneuten Stellungnahme bestreiten die WESt-Autoren diesen Vorgang nun keineswegs. Sie beklagen sich zwar, die Bundesregierung habe es zu einem früheren Zeitpunkt abgelehnt, als Streithelfer gegen die Italiener aufzutreten, aber ihr wesentliches Argument ist, daß die Voraussetzungen für jenen (von ihnen als ungerecht und dem EG-Geist widersprechend bezeichneten) Beschluß heute faktisch nicht mehr vorliegen.

Auch in einer Reihe weiterer Punkte dieses Positionspapiers der Wirtschaftsvereinigung wird deutlich, wer hier was zu sagen hat. So wenn die Argumentation der Bundesregierung gegen einzelne Vorwürfe (die stets als ungerecht behandelt werden) laufend an mangelnder Kenntnis krankt. Die beiden WESt-Kritiken beispielsweise, bundesdeutsche Konzerne müßten mehr für Strom (vor allem, weil es zu wenig AKWs gäbe) und Eisenbahntransport bezahlen, kann das Ministerium „aus mangelnder Kenntnis konkreter Tarifabsprachen" nicht beantworten...

Oder aber auch darin, daß die Autoren der Antwort des Ministeriums ununterbrochen beteuern, ganz im Gegensatz zu den WESt-Vorwürfen sei es so, daß die Regierung alles mögliche für die Konzerne getan habe (es würden doch endlich mehr AKWs gebaut usw. usf.).

Sicher ist dies alles im Konkreten kein geradezu erschütternder Vorgang: Aber es ist ein eindeutiger Beweis dafür, wer in diesem Staat zu sagen hat, die Kapitalisten nämlich. Und auch dafür, wie sie ihre Forderungen durchsetzen, wie sie, wenn sie es nötig haben, auch politischen Druck machen. Deutlich wird übrigens dabei auch, daß dieses Papier der Wirtschaftsvereinigung zahlreiche Argumente enthält die, bestimmt nicht „zufällig", in den Tagen darauf in der bundesdeutschen Presse breitgetreten werden...

Auseinandersetzung um Filmzensur geht weiter

Zimmermann enthemmt

AG Neuer Deutscher Spielfilmproduzenten nimmt Stellung

In die Auseinandersetzung um Minister Zimmermanns kulturpolitische Wende im Filmwesen, einfacher ausgedrückt um die Zensurbestrebungen des Innenministeriums,hat sich nun auch die Arbeitsgemeinschaft Neuer Deutscher Spielfilmproduzenten eingeschaltet. Die AG NDS kritisiert Zimmermanns Vorgehen in einer Stellungnahme vom 4. Juli so hart, wie kaum je zuvor.

Die Arbeitsgemeinschaft, der über 100 Produzenten und Regisseure angehören, die nach eigenen Angaben rund vier Fünftel aller bundesdeutschen Filme herstellen, betont dabei ausdrücklich, daß es eben nicht nur um den „Fall Achterbusch" geht. Hier hatte Zimmermann ja nach Entzug der bereits zugesagten Gelder für „Das Gespenst" auch eine Förderung des neuen Achternbusch-Films „Wanderkrebs" verhindert.

Sicher mögen in der Stellungnahme falsche Hoffnungen stehen, insofern als nur Zimmermann, nur sein Ministerium kritisiert wird und nicht die Regierung, die eine solche Politik ja angekündigt hat.

Aber andererseits wird klar hervorgehoben, daß die gesamten grundlegenden organisatorischen und personellen Veränderungen im Kulturbereich des Innenministeriums auf eine Politik direkter Einflußnahme abzielen. Wobei in der Stellungnahme hervorgehoben wird, daß dies bezeichnenderweise einhergeht mit persönlichen Intrigen und sonstigen unübersehbaren Vorgängen. Folgerichtigerweise lehnen die Autoren das von Zimmermann in einem Zug mit seinen ersten Zensurakten angebotene Gespräch ab. Sie erklären, daß sie ihn für „enthemmt" halten.

Der Vorgang jedenfalls verdeutlicht, daß es nicht nur Bemühungen um die Wende gibt, sondern auch den Widerstand dagegen.

Kommentar

„Ungarn lockt mit hohen Zinsen und Steuerfreiheit". So überschrieb das „Handelsblatt" einen Artikel, in dem die erstaunliche Neuigkeit bekundet wurde, daß Ungarn ab sofort für Besitzer von Westgeld Nummernkonten einrichten werde.

Nummernkonten — wer denkt bei diesem Stichwort nicht an die Schweiz. Aber verfehlt: OTP-Direktor Bezedes unterstreicht, daß sein Angebot an die Kundschaft noch viel einträglicher und auch sicherer sei als im kapitalistischen Finanzplatz Schweiz.

Devisen um jeden Preis — so weit hat eine angeblich sozialistische Wirtschaftspolitik verschiedene Staaten Osteuropas getrieben. Und die ungarischen Revisionisten, seit längerer Zeit bekannt für ihre besonders offene kapitalistische Vorgehensweise, gehen auch hier wieder einmal „voran".

Das ungarische Angebot

2000 Ausländer haben bisher schon fast 100 Millionen Mark Spareinlagen in Ungarn, doch das ist den „Reformern" in Budapest viel zu wenig. Bei über 20 Milliarden Mark Auslandsschulden...

Die Angebote sind eindeutig. Für Einlagen in britischen Pfund Sterling gibt es einen Zinssatz von 10,25 Prozent — angeblich zwei Prozent mehr als bei jeder britischen Bank. Für den US-Dollar gilt ähnliches. Dazu bleiben, im Gegensatz zur Schweiz, die Zinsen unbesteuert. Und für die Sicherheit garantiert außerdem der Staat direkt nach dem Bankengesetz, nach dem auch jede Auskunft verweigert wird. Ein Gesetz aus dem Jahre 1922, als in Ungarn Faschismus herrschte...

Aber das gilt nicht nur für Ausländer, man hat ja auch seine eigenen Leute. Ungefähr 1 Million Ungarn haben ein Sparkonto, grob 10 Prozent der Bevölkerung. Und gerade 0,6 Prozent der Bevölkerung, etwa 60000 Menschen, haben ein Sparkonto mit ausländischen Devisen. Daß dies nicht gerade die ungarischen Arbeiter sind, liegt nahe zu vermuten.

Es war nicht zuletzt der neue sowjetische Parteivorsitzende Andropow, der Ungarn als ein Beispiel „moderner sozialistischer Wirtschaftsreformen" darstellte.

Wie überhaupt dieser gesamte ungarische Kurs nie kritisiert wurde im Gegensatz etwa zu Forderungen der polnischen Arbeiter, die zwar auch teilweise falsch gewesen sein mögen, aber keinesfalls so weitgehend und offen kapitalistisch waren wie die ungarischen Maßnahmen. Aber da ging es ja auch um die Macht, hier geht es ums Geld. Und zwar eben nicht zuletzt auch ums private Geld. Da werden juristisch nach und nach die klassischen Formen kapitalistischen Privateigentums wieder eingeführt.

Für diese Entwicklung steht das Nummernkonto-Angebot als Symbol. Alle kapitalistischen Machenschaften, die sich völlig zu Recht in der Vorstellung damit verbinden, nun also auch in einem angeblich sozialistischen Land.

Sicher ist es so, daß man jedes dieser pseudosozialistischen Länder konkret betrachten muß, daß die dortige negative Entwicklung unterschiedliche Formen je nach Geschichte und Bedingungen des betreffenden Landes annimmt.

Und sicher ist es auch so, daß sich dagegen nun etwa nicht ein breiter Widerstand regt von Seiten der Arbeiterschaft. Denn sie hat ja in diesem Pseudosozialismus nichts mehr zu verlieren,sondern hat schon alles verloren, was sie je hatte. Und so verspricht man sich mindestens ein besseres Warenangebot, eine bessere Versorgung als sie die stets aufs neue reformierte „sozialistische" Teilplanwirtschaft zu leisten vermag. Aber indem man Praktiken wie Steuerhinterziehung, Einlagerung von dunklem Geld und Kaschierung von Geschäften am oder jenseits des Randes der Legalität in solch ein Land holt, indem man den Finanzjongleuren des Auslands und den Privilegierten des Inlands solche Angebote macht, macht man eben doch auch deutlich, wie wenig „weit her" es mit diesem angeblichen Sozialismus ist.

Das ungarische Angebot könnte tatsächlich, vor allem für Staaten wie Polen oder Rumänien, die ja ebenfalls von ihren herrschenden Klassen neuer Ausbeuter in die Schuldenfangarme des westlichen Imperialismus getrieben wurden, eine modellhafte Reform sein. Für den weiteren Weg zum offenen Kapitalismus.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Pharma-Industrie verdient an der Sucht

Ärtzlich verordneter Drogenmißbrauch

Zimmermann hortet Beruhigungspillen für alle

Während eine Studie von Wissenschaftlern die zunehmende Gefährdung von Hunderttausenden Patienten durch fahrlässige Verordnung von extrem gefährlichen Beruhigungsmitteln, sogenannten Psychopharmaka, angreift — hat Innenminister Zimmermann Millionen dieser „Seelentröster" gehortet und weitere bestellt — für alle Fälle...

Das Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin hat 447 Schlaf- und Beruhigungsmittel in 640 Anwendungsbereichen untersucht und bewertet. Dabei untersuchte Kombinationspräparate — 233 der über 400, also Arzneimittel mit bis zu 17 Wirkstoffen, wurden sämtlich abgelehnt. Nicht eines davon, so die Wissenschaftler, sei „therapeutisch sinnvoll". Die 214 Monopräparate, also Medikamente mit nur einem Wirkstoff, wurden nur zur Hälfte als positiv für die von den Herstellern empfohlene Anwendung beurteilt.

Neben diesen Kritiken, die vor allem gegen die unverantwortlichen Pharmahersteller gehen, die sich an diesem Zeug dumm und dämlich verdienen, kritisierten die Wissenschaftler aber auch die verschreibenden Ärzte. Gerade weil der Großteil dieser Medikamente zur Sucht führe, ist die übliche legere Verschreibungspraxis unverantwortlich.

Allein 1981 verordneten Ärzte 1,5 Milliarden Dragees und Pillen gegen Angst und Schlaflosigkeit, gegen Streß oder Unruhe. Dabei ist der Spitzenreiter in diesem Markt, das (gefährliche) Kombinationspräparat „Limbratil" von Hoffmann-La Roche allein 126,6 Millionen mal als Kapsel unter die Leute gebracht worden. Gegen Depressionen soll es laut Packungsbeilage helfen. Das gleiche Präparat (!) unter dem Namen „Limbratil Tabs" ist 84,4 Millionen mal als Tablette gegen Streß, Nervosität und Konzentrationsschwäche verschrieben worden.

Hauptproblem ist nach Angaben der Bremer Wissenschaftler die schnell entstehende Abhängigkeit von diesen Medikamenten. Die sogenannte „Absetzschlaflosigkeit" ist eine Form der Abhängigkeit, die schon nach wenigen Tagen des Gebrauchs solcher Medikamente auftritt und fördert die weitere Einnahme dieser Drogen. Gefördert wird das noch durch die Verschreibungspraxis, die ein Hamburger Artz „grob fahrlässig und skandalös" nennt. So wurden von der Psychodroge „Adumbran" 5,5 Millionen Packungen zu 75 Stück verkauft, aber „nur" 1,2 Millionen der Packung mit 25 Pillen. Ähnlich beim Konkurrenten „Lexotamil". Hier waren es vier Millionen Großpackungen mit 50 Stück und nur 2,4 Millionen mit je 20 Stück.





Anzeige der Pharmaindustrie in Ärzteblättern

Vor allem aber — und das ist der eigentliche Skandal — wird bei diesem Geschäft der Ärzte und der Industrie auf Kosten der Patienten eines völlig vergessen. Die Probleme, die die meisten der Patienten haben, Schulangst, Berufsstraß usw. sind mit Medikamenten gar nicht zu beheben. Der Psychiatrie-Professor Poser letzte Woche im „Stern" dazu: *„Es ist grotesk, wofür die Beruhigungspillen angeboten und verschrieben werden. Lebensprobleme sind keine Krankheiten, die mit Medikamenten zu behandeln sind."* Dies Zeug macht nämlich nicht nur süchtig, es verhindert auch jegliche Auseinandersetzung mit den Ursachen der Probleme. Gewissenhafte Ärzte halten die Verabreichung nur in Ausnahmesituationen vor Operationen, bei extremen Schmerzen und Schockzuständen für vertretbar.

Ganz anders denkt da aber der Innenminister Zimmermann. Er bestellte kürzlich eine halbe Million Ampullen und über zwei Millionen Tabletten stark wirkender Beruhigungsmittel. Der Bestand von schon jetzt knapp fünf Millionen Ampullen und über sechs Millionen Tabletten soll aufgestockt werden. Gelagert wird das Zeug beim dem Innenministerium unterstellten Zivilschutz. Und in einer Ausführungsbestimmung des Gesetzes über den Zivilschutz heißt es für einen Einsatzfall: *„Können auch laute Befehle und hartes Eingreifen das Verhalten nicht beeinflussen, muß man den Erregten, gegebenenfalls mit vereinten Kräften, festhalten, wenn möglich ihn außer Sicht bringen und ihm ein kräftiges, angstreduzierendes Beruhigungsmittel spritzen".* Und weiter: *„Panikstifter müssen so schnell wie möglich isoliert und ruhiggestellt werden."* Die Grünen in Bonn und auch vereinzelte SPD-Abgeordnete äußerten den Verdacht, *„diese Medikamentendepots könnten zur Beruhigung gewalttätiger Demonstration im heißen Herbst sein".* Aus dem Innenministerium hieß es dazu, die Mittel würden nur im Kriegs- und Katastrophenfall gebraucht: *„Nur in einem ganz geringen Umfang dienen sie — wie auch in normalen Zeiten — der Behandlung von Patienten, deren Krankheitsbild befürchten läßt, daß sie sich oder andere Personen gefährden könnten."* **Wenn der „Patient" Friedensbewegung die Nachrüstung gefährdet — werden dann im Herbst die Valium-Depots des Herrn Zimmermann geöffnet — zur Ruhigstellung?**

Erst die Jugend — dann die Frauen

Arbeitsschutzgesetze sollen abgebaut werden

BONN. — Im Rahmen der Beratungen des Bundeskabinetts und des Bundestages „zur Beseitigung ausbildungs- und beschäftigungshemmender Vorschriften" sind neben den Vorschlägen zur Abschaffung wichtiger Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter auch Maßnahmen zum Abbau von Schutzbestimmungen für Frauen in der Diskussion.

Die schon als Gesetzentwurf der CDU-regierten Bundesländer vorliegenden Änderungsvorschläge sind einschneidende Verschlechterungen. Hier eine kleine Auswahl: Im Entwurf werden Festlegungen der noch geltenden Arbeitszeitordnung von 1938 ersatzlos gestrichen. So das Überstundenverbot für Schwangere und Stillende, die Begrenzung von Vor- und Abschlußarbeiten für Frauen auf maximal eine Stunde (für Männer zwei Stunden), das Verbot von mehr als acht Arbeitsstunden für Frauen vor Sonn- und Feiertagen (für Männer bis zu 10 Stunden) (§ 17), eine vorgeschriebene Pause von mindestens 15 Minuten Länge nach spätestens viereinhalb Arbeitsstunden (§ 18).

Das Nachtarbeitsverbot soll nicht mehr von 20 bis 6 Uhr, sondern von 22 bis 6 Uhr gelten. Zugleich werden die Ausnahmen im Gesetz erweitert. Kapitalisten, die Frauen in Speisewirtschaften, auf Messen und Ausstellungen, im Zeitungswesen, in Bäckereien und Konditoreien, in der Gebäudereinigung beschäftigen, können sie nach dem Entwurf auch grundsätzlich nachts arbeiten lassen.

In der Begründung dazu heißt es: „Die unterschiedlichen Regelungen der Höchstarbeitszeit und der Ruhepausen in § 17 und § 18 der Arbeitszeitordnung (AZO) stören den Betriebsablauf, behindern die Einteilung von Arbeitsschichten und sind praxisfremd. Sie behindern insbesondere die Beschäftigung von weiblichen Teilzeitarbeitskräften. Und als absoluter Hammer steht in der Begründung des Gesetzentwurfs für den Bundesrat noch drin, daß die so verzögerungslose Nachtarbeit auch schon 1906 (!) in der gleichen Weise geregelt gewesen sei.

Mal abgesehen davon, daß dieser Gesetzentwurf der CDU-Länder sämtlichen Reden der Unionspolitiker über den „notwendigen Schutz der Familie", der „wichtigen Rolle und Funktion der Frau als Mutter und im Haushalt" widerspricht, ist der eigentliche Kern der Geschichte das genaue Gegenteil des angestrebten „Abbaus beschäftigungshemmender Vorschriften".



Frauenarbeit — bald auch nachts?

Denn mehr Arbeitsplätze sind nicht dadurch zu bekommen, daß die jetzt beschäftigten Arbeiter mehr, länger und nachts arbeiten! Im Gegenteil — die Arbeitszeit muß verkürzt werden, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchgesetzt werden.

Zu den geplanten Verschlechterungen des Frauenarbeitsschutzes hat sich auch nach der IG Metall der DGB-Bundesvorstand geäußert. In einer Stellungnahme von Bundesvorstandsmitglied Irmgard Blättel heißt es: *„Geradezu als zynisch empfinde ich es, daß unter der Überschrift „Beseitigung ausbildungs- und beschäftigungshemmender Vorschriften" Arbeitszeitregelungen für Frauen — z. B. die Begrenzung von Überstunden — ausgedehnt werden sollen, obwohl es zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit dringend erforderlich wäre, die Arbeitszeit für alle zu verkürzen und somit auch die Mehrarbeit stärker zu begrenzen. Mit der Gesetzesinitiative wollen die Antragsteller u. a. eine Ausdehnung der Überstunden-Höchstgrenze für Frauen erreichen. Hier wird die Logik auf den Kopf gestellt.*

Der DGB bleibt bei seiner Auffassung: Die Anpassung der bisherigen Arbeitszeitbestimmungen für Frauen an diejenigen der Männer wird abgelehnt. Vielmehr sollen umgekehrt die heutigen günstigeren Arbeitszeitbestimmungen für Frauen schrittweise auch auf Männer ausgedehnt und besonders belastende Arbeitszeitformen, wie die Nachtarbeit, auch für Männer eingeschränkt werden."

Eine richtige Auffassung des DGB-Bundesvorstands — nur muß man auch etwas dafür tun, daß die Reaktion in Bonn nicht im Profitinteresse der Unternehmer wieder gewerkschaftlich erkämpfte Rechte und Schutzbestimmungen abbaut. **Denn wer kann die Arbeitsschutzgesetze vor der Kohl-Regierung schützen, wenn nicht die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter?**

Ankündigung:

3 Wochen Pause — danach eigene Ausgabe in türkischer Sprache!

Lieber Leser!
Was so anfängt, geht meistens auf Preiserhöhungen aus. Diesmal nicht. Oder doch indirekt. Aber nur insofern, als wir dieses Jahr (und wohl künftig in der Regel) drei Wochen kollektive Sommerpause machen. Das heißt konkret, daß am 22. und 29. Juli sowie am 5. August kein „Roter Morgen" erscheinen wird. Und in diesem Zeitraum (13.7. — 6.8.) ist der Verlag geschlossen. Wir haben dies aus zwei Gründen so beschlossen. Einmal sind die Ausgaben in diesem Hauptferienzeitraum immer diejenigen, von denen am wenigsten verkauft werden. Zum anderen ist es durch den abwechselnden Jahresurlaub der Redakteure des „Roten Morgen" so, daß dann über eine längere Zeit (je nachdem 2 — 3 Monate) immer mit reduzierter Mannschaft gearbeitet werden muß, und das heißt eben weniger sorgfältig, weniger gründlich, also auch weniger gut. Da halten wir diese jetzt gewählte Alternative für die wesentlich bessere. Die Nummer vor der Pause und die beiden danach werden als Doppelnummer herausgegeben, um auf die 52 Ausgaben im Jahr zu kommen.

Nach der Sommerpause wird es auch keine türkischsprachigen Seiten im normalen „Roten Morgen" mehr geben, sondern 12 deutsche Seiten. Die türkische Ausgabe erscheint ab dann unter dem Namen „Kizil Safak" wie bisher als eigene Monatszeitung für Kollegen und Genossen aus der Türkei. Dies ist nicht nur eine arbeitsorganisatorische Änderung, sondern entspringt der Überlegung, daß dies besser dazu geeignet ist, die Politik der KPD unter den Arbeitern aus der Türkei gründlicher bekanntzumachen als bisher, weil es sowohl systematischere Vorbereitung als auch konzentriertere Verbreitung erlaubt.

Wir hoffen, daß diese beiden Neuerungen dazu beitragen, daß der „Rote Morgen" seinen Lesern, ob deutscher, türkischer oder kurdischer Nationalität mit mehr Qualität besser nützt.
Für Redaktion und Verlag
Helmut Weiss

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6,** Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81,** Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3,** Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: 02171 / 41318.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Illegale Arbeitshändler aufgedeckt

250 Baufirmen beschäftigten Tausende von Illegalen

Erneute betrügerische Praktiken

Man hat das Getöse gerade der Bauunternehmer leidlich satt: Die Schwarzarbeit sei Schuld, sie, die armen Baulöwen, würden sich ja ständig bemühen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, alte zu erhalten usw. Wie es damit aussieht, in Wirklichkeit aussieht, das wurde durch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität in Stuttgart in der letzten Woche deutlich.

Mindestens 250 Baufirmen in der BRD haben mehrere Tausend illegale Arbeiter, vorwiegend aus Großbritannien und auch den Niederlanden beschäftigt. Die Menschenhändler, mit denen sie ihre verbrecherischen Geschäfte machten, stammten ebenfalls vorwiegend aus diesen beiden Ländern.

Die Sache ist klar: Steuer- und versicherungsfrei können die Herren Bauunternehmer da völlig rechtlose, ungeschützte und oft genug eingeschüchterte Arbeiter für sich schuften lassen, wenn sie nicht mehr können, besorgt man sich eben „Nachschub".

zeigt, weist aber auch darauf hin, was ihre Ziele sind, wenn sie sich hinter dem Schild der reaktionären Bonner Wende versammeln. „Ausbeutung ist attraktiv", so schrieb der „Rote Morgen" letztens, als es darum ging, was alles passieren müsse, damit die ach so geplagten Kapitalisten wieder investieren. Auch dies ist ein deutliches Beispiel. Löhne drücken, Rechte und Ansprüche abschaffen, die Arbeiter sollen ärmer werden. So kann man es kurz zusammenfassen. Dann gibt es auch den gerade in der Bauwirtschaft seit neuestem so viel diskutierten „Aufschwung". Zumindest in



Daß es gerade immer wieder Arbeiter aus Großbritannien sind, die in verschiedenen westeuropäischen Staaten laufend in solche Skandale verwickelt sind, daß gerade sie gezwungen sind, sich zu solchen Bedingungen anzubieten, das wirft natürlich auch ein bezeichnendes Licht auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der dortigen konservativen Regierung. Sie treibt offensichtlich immer breitere Kreise der Arbeiterschaft an den Rand des Elends.

Daß diese Vielzahl westdeutscher Unternehmer so deutlich ihr wahres Ausbeutergesicht

den Kassen der Unternehmer. Und in ihren Privatschatullen.

Und wenn die Regierung, für die man sich so eingesetzt hat, das nicht tut bzw. nicht schnell genug tut, dann muß man eben zu Maßnahmen greifen, die von der kapitalistischen Gesetzlichkeit nicht gedeckt sind. Für diese feinen Herren sicher eine Art Kavaliersdelikt.

In Wirklichkeit ein Verbrechen. Sowohl an den Betroffenen als auch an den arbeitslosen Bauarbeitern. Ein Verbrechen, das hart bestraft werden muß — hart soll hier heißen mit barem Geld.

Nach dem Erfolg von Beate Hasenjürgen vor dem Arbeitsgericht

Betriebsrat von Signal / Dortmund zurückgetreten!

Neuwahl bereits im September?

Überraschend ist kurz nach dem Urteil des Dortmunder Arbeitsgerichts, das die Kündigung der Betriebsrätin Hasenjürgen durch Signal (mit Zustimmung des Betriebsrats) für unrechtmäßig erklärte, der Betriebsrat zurückgetreten. Offensichtlich sollten mit diesem Trick die Chancen für eine Wiederwahl vergrößert werden.

In seiner Erklärung zu seinem Schritt, die von der stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden abgegeben wurde, unterstreicht der Betriebsrat, daß er damit deutlich machen will, daß er nach wie vor das Vertrauen der Belegschaft habe.

Damit wendet er sich nicht nur gegen die Kollegin Hasenjürgen. Damit wendet er sich auch gegen die Gewerkschaft HBV, die die BR-Zustimmung zur Entlassung kritisiert hatte und den Kampf um die Wiedereinstellung unterstützt hatte. Und damit bekundet dieser Betriebsrat auch, daß er offensichtlich auch weiterhin auf Wunsch der Geschäftsleitung der Belegschaft für sie wichtige Vorhaben verschweigen will.

So einen Betriebsrat wollte die Geschäftsleitung von jeher haben, deshalb war ja auch die Kündigung erfolgt, weil Beate Hasenjürgen dies eben nicht mitgemacht hat, sondern die Kollegen über die Einführung des geplanten Personalinformationssystems unterrichtete. Und dies ist natürlich auch eine deutliche Absage an die Betriebsgruppe der HBV, die sich für die entlassene Kollegin eingesetzt hat und gegen den Betriebsrat Stellung nahm.

Nach Lage der Dinge ist also die erneute Kandidatur dieser Leute, der Wunschbetriebsräte der Geschäftsleitung, eine Kampfansage an aktive Kollegen und an die Gewerkschaft insgesamt.

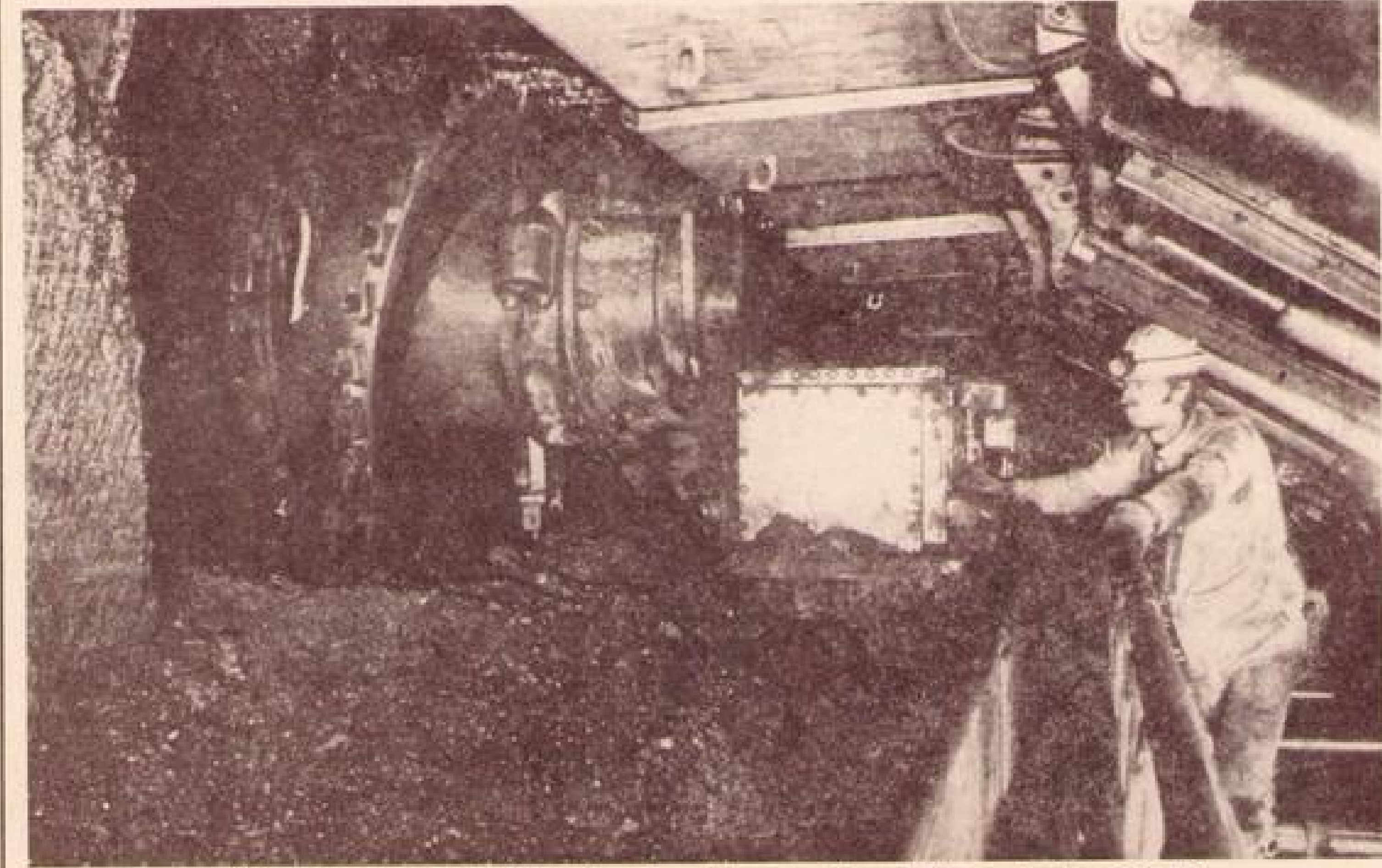
Mit der Geschwindigkeit des Vorgehens und der offensichtlich dahinter stehenden Absicht, bereits im September Neuwahlen durchzuziehen, wollten die Herrschaften wohl erreichen, daß der neue Betriebsrat gewählt wird, wenn die Kollegin Hasenjürgen möglichst noch nicht wieder im Betrieb ist. Eine Rechnung, die so nicht aufgehen wird.

Noch mehr Kahlschlagpläne

Ruhrkohle plant Zechenstillegungen!

Adolf Schmidt (IGBE)ist bereits von seinen markigen Worten abgerückt

Als Mitte Juni zum ersten Mal Gerüchte über eine mögliche Schließung der Zeche „Gneisenau" in Dortmund (und Lünen) auftauchten, da hieß es von Seiten des Vorstandes der Ruhrkohle AG (RAG) und des Teilbetriebs Bergbau AG (BAG) Westfalen, dies sei völlig ausgeschlossen, denn es handele sich ja um eine moderne Zeche, man habe gerade investiert usw. usf. Für den 20. August ist in Dortmund-Derne das Belegschafts-Schachtfest angesetzt — es könnte die Totenfeier werden. Denn am 19. August tagt der Vorstand. Und er wurde vom Aufsichtsrat verpflichtet, bis dahin konkrete Vorschläge für die Reduzierung der Kohleförderung zu machen.



Über 5000 Arbeitsplätze im Bergbau zur Vernichtung freigegeben?

Bis dahin wird wohl weiter auf Verzögerungs- und Verdunklungstaktik gesetzt werden. Dabei wird gerade bei der Kohle, mehr noch als in anderen Wirtschaftsbereichen, so getan, als handle es sich eben um „Naturereignisse" sozusagen ohne Ursache (zumindest: ohne Verursacher), und was sein muß, muß halt sein.

Viel ist da von „großer Politik" die Rede. Jahrhundertverträge und andere bedeutsame Worte werden geradezu inflationär gebraucht. Wobei stets so getan wird, als sei die RAG sozusagen ein staatliches Unternehmen. Was nicht der Fall ist: Haupteigentümer sind die großen Stahlkonzerne der Ruhr, die weit über ein Drittel des Aktienkapitals haben.

Tatsache ist, daß die Halden wachsen. Die Zahlen darüber, wieviel Millionen Tonnen aufgehaldet sind, weichen voneinander ab — es sind jedenfalls Rekordzahlen. Die konkrete Ursachen sind zum einen die Stahlkrise, die zu einer Minderung der Abnahme um 6 Millionen Tonnen Kokskohle führte und zum anderen die wachsende Stromgewinnung aus Atomkraftwerken, die die Kohleverstromung immer mehr ablösen.

Die IG Bergbau und Energie, deren Führung stets aggressiv und stramm die Kernenergiepolitik der Monopole und der Regierung unterstützt hat, wagt auch jetzt nicht, dieses Thema auch nur zu erwähnen — die Angst davor, daß die eigene Mitverantwortung zur Sprache kommen könnte, ist wohl so gering nicht, wie IGBE-Vorsitzender Adolf Schmidt zu tun pflegt.

Diese Leute aus der Gewerkschaftsführung sind jetzt schon — vorsorglich — auf den weiteren Stillegungskurs eingeschwenkt!

In einem Gespräch mit der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" von der letzten Woche kündigte Adolf Schmidt — im krassen Gegensatz zu seinen Versprechungen zu Jahresbeginn, als die Castroper Zeche „Erin" (vom Eschweiler Bergwerksverein, EBV, Tochterfirma von ARBED) zugemacht wurde (zu Ende 83) — einmal mehr seine grundsätzliche Bereitschaft an, über weitere Stillegungen „mit sich reden" zu lassen. Bei „Erin" hatte er noch großmäulig getönt, jetzt sei „das Ende der Fahnenstange erreicht", dies sei die letzte Zechenschließung für lange, lange Zeit zumindest. So viel ist Schmidts Wort wert!

Das erste, was sich an Widerstand gegen die Pläne der Zechenbosse getan hat, war die Unterschriftensammlung „Bergarbeiterfrauen gegen Zechenstillegungen", die in zwei Tagen 5000 Unterschriften sammelte. In Gegenden wie Derne oder Lünen sind auch außerhalb der Belegschaft Tausende empört. In einer Stadt wie Dortmund, in der zum 30. Juni noch 273 Lehrstellen für knapp über 2000 Bewerber vorhanden waren, wo die Zechen einer der wichtigsten Ausbildungsbetriebe sind, da wird jetzt deutlich, daß solche Stillegungen auch ohne große Entlassungen eine Katastrophe für die Arbeiterschaft (und auch für Teile des Kleinbürgertums) sind. Jetzt wird schon von Sozialplänen geredet — aber keiner sagt, wie sie bezahlt werden sollen. Und von Umsetzungen. Aber wohin? Die IGBE-Führung taktiert herum. Und auf jeden Fall will sie warten. Worauf? Auf die herbstliche Kohlerunde. Auf Kohl und Co., als ob die Freunde der Bergarbeiter seien. Sie sind aber höchstens die Freunde des Herrn Schmidt.

Dieser Kurs der RAG, der von der IGBE-Führung also offensichtlich „volle Deckung" erhält, muß bekämpft werden! Jetzt ist die Zeit, den Widerstand zu organisieren. Jetzt ist die Zeit, in der IG Bergbau Front zu machen gegen die Schmidt, Alker und Niggemeier.

Jetzt ist auch die Zeit, darüber hinaus jeden Widerstand zu unterstützen.

- **Keine Zechenschließung!**
- **Kein Abbau von Arbeitsplätzen!**
- **Keine Entlassungen!**
- **Hände weg von Gneisenau!**

Herr Adolf Schmidt und die Importkohle

Viel ist über ihn gesagt worden. Wie stramm er mit Gegnern umzugehen weiß vor allem. Vornehmlich mit seinen Kritikern im eigenen Lager. Mit den Unternehmern ist er noch nie so stramm umgegangen, er denkt ja ans Ganze und nicht an die paar (Zehntausend) popeligen Bergarbeiter.

Seine Fans in der bürgerlichen Presse werden künftig einige Sätze umschreiben müssen. Daß er seinen Leuten nie etwas vorgemacht habe, stets zu seinem Wort gestanden habe, Schweinereien immer offen vertreten.

Sein gegebenes Wort hieß, keine weitere Zechenschließung. In der „WAZ" brachte er Argumente (des Vorstandes) für seinen Wortbruch.

Aber er weiß natürlich auch, daß er irgendwann sagen muß, einen eventuellen Gegner aufbauen, auf dem er (für die RAG gefahrlos) herumdreschen kann, falls er zu Aktivitäten genötigt sein sollte.

Und sein Lieblingsgegner war schon immer das Ausland. Seien es die „Ölscheichs" (wo er sich doch so fürs Öl gegen die Kohle eingesetzt hatte) oder die „Russen" oder sonstwer. Jetzt, seit längerem: Importkohle.

Der Import von Kohle müsse eben eingestellt werden, dann gäbe es genügend Absatzmöglichkeit für bundesdeutsche Steinkohle. Aber nicht etwa nur in der BRD, nein, auch im Export, den es zu steigern gelte. Eine Haltung, die entweder naiv oder bösartig ist. Natürlich soll man in diesem Zusammenhang über die dunklen Geschäfte von Stahl- und Stromerzeuger reden. Aber was Herr Adolf zu vergessen scheint, ist, daß die Forderung nach dem Stopp der Importkohle faktisch — zumindest in weiten Teilen — identisch ist, mit der Forderung nach einem Handelskrieg.

Denn, daß ausländische Kohle zwar nicht eingeführt werden darf, wohl aber westdeutsche Kohle (und dies eben zum großen Teil in dieselben Länder) ausgeführt, ja sogar gesteigert ausgeführt werden soll, daß dies so einfach möglich ist, ist mehr als nur unwahrscheinlich. Schließlich sind die anderen EG-Staaten auch kapitalistische Staaten, die sich wehren werden.

Oder meint er ernsthaft, daß am deutschen Kohlewesen die Welt genesen sollte?

Nein, gegen diese Schmidtschen Windmühlen sollten die Kumpels erst gar nicht groß antreten. Der Kampf muß sich gegen die richten, die Schmidt so dringend „aus der Schußlinie" haben möchte. Gegen das Stahlkapital und die AKW-Profiteure in erster Linie, gegen den RAG-Vorstand in der Praxis, gegen die Bonner Energiepolitik (die von der CDU-Regierung noch weiter in Richtung AKW getrieben wird — die schon bei Schmidt verlogene Losung vom Kohlevorrang wird, nicht zuletzt auf das Betreiben von Strauß/Siemens fallengelassen).



Bergarbeiterdemonstration 1966

Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe Hoesch/Dortmund nach dem Streik vom 7. Juli: Vorläufiger Erfolg!

Schließung von P4 erstmal verhindert!

Unsere Kraft ist gewachsen!

So läßt sich das Ergebnis der Aktionen der letzten 14 Tage seit der Vertrauensleute-Vollversammlung am 24.6. über die machtvollen und kämpferischen Demonstrationen am 30.6. an der Union und am 7.7. an der Eberhardtstraße zusammenfassen.

Durch das klare Ziel: Verhinderung der Schließung von P4 — war auch die klare Trennungslinie zu den Plänen Rohwedders und der Deutschen Bank gegeben.

Den ewigen Zweiflern — darunter auch manchem Betriebsrat — die immer sagen: da läßt sich nichts machen, die Belegschaften sind nicht bereit zu kämpfen — wurde deutlich gemacht: Wir, die Belegschaften der Hüttenwerke, sind bereit, entschieden einzutreten für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze, für die Durchsetzung von Arbeiterinteressen gegen Kapital- und Profitlogik.

Breite Unterstützung durch die übrigen Dortmunder

das war ein zweites Ergebnis dieser letzten Wochen — genannt werden müssen einmal der Personalrat, Vertrauensleutekörper und Kollegen der Stadtverwaltung und die Bergleute — besonders die von Gneisenau —. Die geplante Schließung dieser Zeche würde erneut über 5000 Arbeitsplätze auf den Zechen und weitere 10000 in ganz Dortmund vernichten.

Dagegen gilt es — wie am Donnerstag auf der Westfalenhütte begonnen — einen gemeinsamen Kampf der Stahl- und Bergarbeiter mit der ganzen Dortmunder Bevölkerung zu organisieren.

Wie geht's weiter?

Diese Frage stellten sich viele Kollegen nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Aufsichtsratssitzung am 7.7. — nämlich „Der Aufsichtsrat stellt die Schließung der P4 nicht zur Abstimmung. Er wird sich zu gegebener Zeit erneut damit befassen."

Rohwedder und Kleffel haben deutlich gemacht, wie aus der kapitalistischen Sicht die Zukunft aussehen soll:

• Weiterer Kahlschlag, Schließung von P4 so schnell wie möglich. „Hoesch wird bereits ab Ende dieses Jahres nur noch drei Walzwerke mit eigenem Stahl versorgen: Warmbreitbandstraße Westfalenhütte, Warmmittelbandstraße Hagen-Hohenlimburg, schwere Profilstraße (P1) auf Union", so Rohwedder auf der Aktionärsversammlung am 20.6.1983.

• Selbst wenn Rohwedder vor der Belegschaft am Donnerstag bestritt, daß eine Schließung von P4 Folgen für P1 habe — die Tatsachen sehen anders aus: Auf der Bilanzpressekonferenz von Hoesch redete er im Mai des Jahres Klartext — da war es für ihn nur eine Frage „was jemand bieten würde" — und P1 würde verkauft. Außerdem sollte man sich mal die Hoesch-Vorstandsplanungen anschauen — da werden bis Ende der 80er Jahre rund 11000 Monatstonnen an Spundwand in der P1 geplant und rund 7000 bis 9000 Monatstonnen an Grubenausbau — macht zusammen knappe 20000 Tonnen im Monat. Bei rund 450 Tonnen Schichtleistung bedeutet das zehn Schichten die Woche — gegenüber 19 Schichten z.Z. Die Folge: Bei einem Wegfall der z.Z. 12000 bis 14000 Monatstonnen an Vormaterial für P4 wäre als nächster Schritt mit einer Reduzierung der Schichtfahrweise in P1 zu rechnen.

• Weitere Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung — „Hoesch zählte 1979 rund 50000 Mitarbeiter, heute sind es weniger als 37000, nach Abschluß der Maßnahmeprogramme werden es 30000 bis 32000 sein (...) durch die Anlagenkonzentration, verbunden mit Personalverminderungen ist die Produktivität der Hüttenwerke erheblich angestiegen. Sie ist sicherlich mit am höchsten in der deutschen Stahlindustrie", so Rohwedder vor den Aktionären! Für uns bedeutet das: Leistungsverdichtung, verstärkte Arbeitshetze — und auch mehrere tödliche Arbeitsunfälle in den letzten Monaten zeigen, wer die Zeche zahlt für diesen „Spitzenplatz von Hoesch".

• Von Rohwedder wurden dem Betriebsrat neue Sozialplanverhandlungen angekündigt — wegen der vorgesehenen Kürzungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe durch das Noch-IGM-Mitglied Blüm. Und auch an die Pensionsordnung will man offenbar 'ran, nachdem diese bereits Ende der 70er Jahre verschlechtert wurde.

• Der Stahlwerksneubau soll auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden — „Wir sehen zwar nicht, wie unter den gegebenen Bedingungen das Stahlwerksprojekt finanziert werden könnte (...) mit den (...) beschränkten Geldmitteln (der Bundesregierung) wird sich dieses Projekt nicht realisieren lassen" — so sprach er auf der Aktionärsversammlung. Und vor Jahresfrist — auf der Dortmund-Konferenz — tönte er noch deutlicher: „Daß sich die Forderung der Belegschaft „Stahlwerk jetzt" in der Situation einer Nuß in einem Nußknacker befindet, der ein kräftiger Mann in der Hand hat und der jetzt zu drücken anfängt".

Gegen diese Pläne des Kapitals muß eine klare Gegenstrategie — ausgerichtet nur an Arbeiterinteressen — entwickelt und durchgesetzt werden.

Arbeiterinteressen gegen Profitlogik:

Wir meinen, daß dazu folgende Eckpunkte gehören müssen:

• **Endgültig — Keine Schließung von P4 — Hände weg von dieser Straße!**

• **Verteidigung aller Arbeitsplätze auf der Hütte — keine Senkung der Richtbelegschaften, wie für 1984 geplant!**

• **Hände weg von Sozialplan und Pensionsordnung!**

• **Stahlwerksneubau jetzt! — die „Nußknacker" in Hoesch-Vorstand und Deutscher Bank haben das Geld dazu!**

So teilte Rohwedder auf der Hauptversammlung der Hoesch Werke AG mit, „Sondererträge aus der Auflösung stiller Reserven im freisetzbaren Anlagevermögen wurden vollständig durch Bildung von Rücklagen (...) neutralisiert". Auf gut Deutsch: Durch Verkauf eines kleinen Teils von nicht mehr notwendigem Grundbesitz wurden über 200 Millionen Mark an stillen Reserven von Hoesch ans Tageslicht gebracht — durch die erwähnte Bildung von Rücklagen brauchte man diese Summe nicht mal zu versteuern. Wenn man weiß, daß Hoesch einer der größten Grundbesitzer im Revier ist, kann man ahnen, welche Summen da noch in stillen Reserven stecken. Sie müssen ans Tageslicht kommen — zur Sicherung unserer Arbeitsplätze, für den Neubau des Stahlwerks!

Und die Deutsche Bank, die in den letzten Jahren Rekordgewinne machte — u.a. durch Hunderte von Millionen an Zinsen aus unseren Knochen — muß ebenfalls zur Ader gelassen werden; deshalb:

• **Zins- und Forderungsverzicht der Banken!**



Zum zweiten Mal wurde die Schließung von P4 von der Tagesordnung gesetzt — für die Belegschaft ein Erfolg, für den Vorstand ein großes Ärgernis; wenn zum Schluß trotzdem nicht die ganz große Siegesstimmung aufkam, so nicht zuletzt deshalb, weil Kurt Schrade, Betriebsratsvorsitzender und Lutz Dieckerhoff vom IG_metall-Vorstand in ihren Reden anklingen ließen, daß mit ihnen ein Kompromiß (in Richtung weiterer Schließungen) möglich sei...

Auf die Politiker vertrauen — oder auf die eignen Kräfte bauen?

Diese Frage muß erneut aufgeworfen werden, wenn man sich die angekündigten Gespräche mit dem „Landespastor" Rau vor Augen hält.

So richtig es ist, daß die Politiker gezwungen werden müssen, nicht nur Sprüche loszulassen, sondern Gelder tatsächlich zur Sicherung von Arbeitsplätzen auszugeben, so sicher ist doch in den letzten Jahren auch eine Erfahrung gerade von uns Hoesch-Arbeitern: Sprüche — insbesondere vor Wahlen kosten nichts. Die bisher gegebenen Gelder wurden den Konzernen in den Rachen gestopft, ohne verbindliche Arbeitsplatzgarantien!

Deshalb hilft es wenig, auf die Politiker zu Brüssel, Bonn oder Düsseldorf zu vertrauen — wir müssen unseren Kampf in die eigenen Hände nehmen, ihnen klare Bedingungen stellen, und die notwendige Arbeitsplatzgarantie erkämpfen!

Die Ende Juni erhobene Forderung der Bundesregierung nach „Massenentlassungen" (Kabinettsbeschluß vom 29.6.1983) im Saarland sind ein Bruch des 1978 mit der IGM und dem DGB abgeschlossenen Saarvertrages, in dem es heißt: „Aus Anlaß und im Zusammenhang mit der Durchführung des Restrukturierungsplanes sind arbeitsgeberseitige Kündigungen grundsätzlich ausgeschlossen."

Dies zeigt: Auch Verträge sind das Papier, auf dem sie stehen, nur wert, wenn wir stets bereit sind, unsere Interessen im Kampf durchzusetzen — und auch den Kollegen im Saarland wird ein Abwehren dieses Angriffs nur durch entschiedenen Kampf — mit Unterstützung aller Stahlarbeiter und ihrer Gewerkschaft, der IGM —, gelingen. Denn die Frage steht doch:

Stirbt jeder für sich allein — oder treten alle gemeinsam für die Arbeiterinteressen ein?

Diese Frage haben wir Hoesch-Arbeiter in den letzten Wochen deutlich beantwortet — nicht nur im solidarischen Eintreten aller Hoesch-Arbeiter für den Erhalt von P4, sondern auch in unserem Aufruf an alle Stahlarbeiter:

„Wir wissen Kollegen, ob ihr bei Arbed-Saarstahl, bei allen Thyssen-Standorten, ob bei Krupp, bei Klöckner, bei Peine-Salzgitter und auf der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg, überall steht ihr im Kampf um euren Stahlstandort und euren Arbeitsplatz wie wir in Dortmund bei Hoesch.

Kollegen, die Politik der Stahlbosse und der hinter ihnen stehenden Banken einer privatwirtschaftlichen Lösung vernichtet unsere Arbeitsplätze!

Somit werden die Stahlmanager den Lebensinteressen der Stahlarbeiter, unserer Familien, unseren Kommunen und Regionen nicht gerecht. (...)

Für die Sicherung und den Erhalt aller Stahlstandorte (...)

Für eine Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum.

Fordern wir unsere Organisation, die IG Metall, auf, nicht nur an allen Stahlstandorten unsere Kämpfe zu begleiten, sondern fordern wir den Vorstand der IG Metall noch einmal nachdrücklich auf, mit allen Stahlarbeitern an allen Stahlstandorten gemeinsam unter einer einheitlichen Forderung der IG Metall zu kämpfen!" (Zitat aus „Heiße Eisen" vom 8.7.83).

Die von Lutz Dieckerhoff angekündigte Großdemonstration der Stahlarbeiter kann dann ein Teil eines solchen Kampfes sein, wenn sie eingebettet ist in ein ganzes Konzept gemeinsamer Aktionen und Kämpfe an allen Stahlstandorten gegen die Politik des Kahlschlags und der Arbeitsplatzvernichtung, gegen Privatisierung und Abbau der Mitbestimmung — wie bei Peine/Salzgitter — und gegen geplante Massenentlassungen — wie im Saarland.

Wir Hoesch-Arbeiter haben dem Vorstand der IGM, der in dieser Woche gemeinsam mit dem Beirat der IGM tagt, gezeigt, was not tut:

Nicht hohlen Sprüchen vertrauen, nicht in Partnerschaft mit den Unternehmern weitere Arbeitsplätze vernichten, sondern: Entschiedenen Klassenkampf gegen die Kapitalseite und ihre Vertreter in Vorstands- und Banketagen!

Wir Hoesch-Arbeiter haben auch gezeigt, in welche Richtung die Diskussion über nächste Kampfschritte an den einzelnen Standorten geführt werden muß — hin zur Besetzung der Tore und Betriebe, um unsere Kraft zur Geltung zu bringen. Die am Donnerstag vorgenommene Besetzung der ersten beiden Tore der Westfalenhütte waren dafür ein Signal. **Machen wir weiter so auf dem Weg:**

Arbeiterinteressen gegen Profitlogik durchsetzen!



Mehrere Stunden lang dauerten Streik und Protest



Wir wollen unsere Leser nicht in den Urlaub entlassen, ohne einige Worte denen zu widmen, die einen auch während der Urlaubsfahrt ganz schön nerven können: den Polizisten. Verkehrsregelung, Hilfe bei Staus und Pannen — wenn das alles wäre, das wäre schön. Könnten sie ruhig mehr machen. Aber dabei bleibt's ja nicht. Schon gar nicht ist solcher Dienst am Bürger erste Aufgabe der sogenannten Ordnungshüter. Auf jeden Fall eins nicht vergessen: Bei eventuellen Polizeikontrollen gaaanz langsam ranfahren. Keine Panik beim Anblick gezogener Waffen. Sonst nimmt der Urlaub vielleicht gar kein Ende mehr.

Makaber



...wirkt diese Karikatur, die wir in der „taz" vom 5.7. gefunden haben. Sicher. Aber vielleicht Anlaß, sich die realen Hintergründe vor Augen zu führen. Heute wird doch bereits nicht nur das Recht auf den Todesschuß auch gegen Kinder ausdrücklich gefordert bzw. festgeschrieben in Polizeigesetzen, **heute werden Kinder erschossen.**

Wie Jürgen Bergbauer.

Und der Polizist wird unter dem Jubel seiner Kollegen zu lächerlichen sechs Monaten Haft mit Bewährung verurteilt; der Jubel besagt: Wir wollen auch schießen dürfen, töten dürfen, ohne bestraft zu werden. Prima auch, daß Konzack nicht ein Wort des Bedauerns für sein Opfer gefunden hat — das jedenfalls sagte einer seiner Kollegen im Gerichtssaal; schon ein einziges Wort, meinte der gegenüber der Presse, hätte ja **„Schwäche"** offenbart.

So steht es nun: Der Erschossene war „der eigentliche Tatauslöser". Er hätte ja nicht ins Jugendheim gehen müssen, dann wäre er auch nicht erschossen worden. (Jedenfalls nicht in **dieser** Nacht von **diesem** Polizisten.)

In diesem unserem Land müssen eben schon 14jährige wissen, daß sie sich in tödliche Gefahr begeben, wenn sie sich nicht jederzeit so verhalten, wie es dem polizeilichen Denkmuster von Normalität und Wohlanständigkeit entspricht.

Düsseldorfer Polizeiprozeß:

Ein Folterknecht packt aus

Daß Beamte der Düsseldorfer Polizei sogenannte Stadtstreicher mit Gestapo-Methoden mißhandelt haben, kann nun auch der böswilligste Polizistenfreund nicht mehr bestreiten: Einer der angeklagten Polizisten im laufenden Prozeß vor dem Landgericht legte ein Geständnis ab und belastete darin besonders den Leiter der Altstadtwache Manfred Otto Rieper schwer.

„Gestapo-Methoden in Düsseldorf", so hatte der RM vor einigen Wochen einen ersten Bericht über die ungeheuerlichen Vorfälle in der Altstadtwache überschrieben. In der Tat: Ein anderer Vergleich ist kaum denkbar. Nicht „nur" zusammengeschlagen, mit Fausthieben und Tritten in Gesicht und Unterleib traktiert, mit Knüppeln auf Gesäß und Rücken geprügelt wurden die „Stadtstreicher", die den Angeklagten in die Hände fielen und auf die Wache geschleppt wurden. Sie wurden auch gezwungen, ihr eigenes Blut und ihren Urin vom Fußboden aufzulecken. Rieper machte vor Kollegen regelrechte Folter-Vorführungen und brüstete sich mit seinen Brutalitäten. Eine besondere Spezialität, die schon die Nazi-Schergen gerne anwandten: Er setzte einem Gefangenen die Pistole an den Kopf und drückte ab — die Waffe war nicht geladen. Nach dieser psychischen Folter holte er eine Kugel aus der Tasche, drohte dem Gequälten damit, sie jetzt mit seinem Namen zu kennzeichnen und ihn „beim nächsten Mal" tatsächlich zu erschießen.

Bisher hatten die Angeklagten sich zu den Vorwürfen ausgeschwiegen. Sie hofften wohl, daß den „Pennern" sowieso niemand glauben würde. Allerdings hatten auch vier junge Polizeibeamten gegen ihre Kollegen ausgesagt. Der Dienstvorgesetzte der Altstadt-Polizisten, Kommissar Willibald Kregel, hat sich inzwischen schon der Falschaussage und unterlassener Hilfeleistung schuldig gemacht — es kam heraus, daß er bei seiner ersten Aussage vor Gericht verschwiegen hatte, daß er von den Vorgängen in der Altstadt-Wache nicht nur Kenntnis hatte, sondern selbst Augenzeuge gewesen ist (und nicht einschritt).

Der Polizist, der nun auspackte, bekannte sich der „Körperverletzung im Amt" schuldig und kündigte sein „freiwilliges" Ausscheiden aus dem Polizeidienst an. Rieper, sein ehemaliger Chef, war durch das Umkippen seines Kumpanen sichtlich aus der Bahn geworfen. Aber er ließ sich gleich etwas einfallen: Er könne sich an nichts erinnern.

Man staunt ob solcher Frechheit. Aber bei Polizisten vor Gericht ist eben alles möglich.

Rieper fiel plötzlich ein, er habe damals unter starkem Medikamenteneinfluß gestanden. Er sei nämlich vorher lange Zeit krank gewesen, und um nicht noch länger fehlen zu müssen, habe er eben Medikamente genommen. So weit, so gut. Aber weiter: Diese Medikamente hätten sein Bewußtsein so stark beeinträchtigt, daß er gar nicht gemerkt hätte, was er im Dienst tat! (Vorausgesetzt, die Vorwürfe stimmten alle, meinte Rieper, müsse er „um Verzeihung bitten"...)

Was hier zutage tritt, scheint auch dem Richter zu weit zu gehen. Es wird sich zeigen, was er zu den Vorfällen und zu Riepers neuesten Erfindungen zu sagen hat. Immerhin hat er — Günter Bogen ist sein Name — als Leiter der Majdanek-Prozesse etliche Nazi-Mörder freigesprochen oder mit milden Alibi-Strafen bedacht. Das war allerdings mit juristischen Tricks noch einfacher zu regeln.

Die Polizeiverbrecher von Düsseldorf müssen mit aller Härte bestraft werden!



Übertrieben? Nein. Bestimmt realistischer als: „...dein Freund und Helfer". Eine Parole als Ausdruck der Wut und Empörung über einen neuen Toten, ein neues Opfer des Polizeiterrors. (Kurz vor der Aufnahme dieser Parole im September 1977 hatte ein Polizist den Duisburger Metallarbeiter Duifhus umgebracht.)

Ein Kommunist erschlagen



Genosse Günter Routhier

Zum neunten Mal jährte sich vor kurzem der Todestag unseres Duisburger Genossen Günter Routhier. Während eines Arbeitsgerichtsprozesses am 5. Juni 1974 gegen den kommunistischen Mannesmann-Arbeiter Hanfried Brenner stürmte die Polizei den Saal, schlug neben anderen auch Günter zusammen und stieß ihn die Treppe hinab. Günter wurde tödlich verletzt. Als Genossen und Freunde ihn am 24. Juni zu Grabe trugen, griffen Polizeitruppen noch den Trauerzug mit für viele bis dahin unvorstellbarer Brutalität an. Zahlreiche Nummern des „Roten Morgen" wurden damals beschlagnahmt, weil sie im gesamten Bundesgebiet die Wahrheit über diesen Vorfall verbreiteten und das Verbrechen beim Namen nannten: „Die Polizei hat ihn erschlagen!"

Todesschuß in Castrop

In der Nacht zum 29. Juni erschoß ein Dortmunder Polizist einen 33jährigen Mann, der in ein Fußballer-Vereinsheim in Castrop-Rauxel eingebrochen war. Nach einer ersten Pressekonferenz des ermittelnden Staatsanwalts deutet vieles darauf hin, daß hier wieder einmal ein ungerechtfertigter Todesschuß gerechtfertigt werden soll.

Manfred Finke aus Dortmund-Mengede war arbeitslos. Zusammen mit dem ebenfalls arbeitslosen Bergmann Siegfried O. hatte er versucht, Automaten in dem Vereinsheim zu knacken, wobei eine Alarmanlage ausgelöst wurde, die Polizei und das Gastwirtehepaar herbeirief. Die Gastwirte sind auch die einzigen, die zum Zeitpunkt des tödlichen Schusses außer dem Schützen und einem weiteren Polizisten am Tatort waren. Andere Streifenwagen kamen erst später hinzu.

Als die Beamten noch die Lage begutachteten und gerade die Einstiegsstelle erkannt hatten, so erklärten Staatsanwalt Knipphardt und Polizeiführer Viefhues zunächst, sei Manfred Finke plötzlich und blitzschnell aus dem Fenster gesprungen und mit einem dunklen Gegenstand, den er „geschwungen" habe, auf den Polizisten zugekommen. Dieser habe dann „vermutlich in Notwehr" geschossen und den Angreifer tödlich verletzt.

Ganz von sich aus ging Knipphardt auf den Gedanken ein, der sich wohl allen Pressevertretern sofort aufdrängte: Die Wogen schlügen zur Zeit sehr hoch, meinte er, „München, Gautin, mit dem kleinen Jungen da, das ist so ein Schlagwort..." In der Öffentlichkeit werde leider leicht übersehen, daß auch ein Polizeibeamter bis zum Beweis seiner Schuld „als völlig unschuldig" zu gelten habe. (Wenn man sich den Gautinger Vorfall ansieht, muß man allerdings hinzufügen: Selbst wenn einem Polizisten seine Schuld haarklein nachgewiesen wird, findet sich immer noch ein Gericht, dem das ganz egal ist, und die potentiellen Folgetäter leisten Beifall).

Erst auf Fragen von Journalisten ließen sich Staatsanwalt und Polizeiführung dazu herbei, nähere Einzelheiten zu schildern. Und da kam gleich Interessantes zutage.

Vor allem der Zustand des Einstiegfensters, das knapp einen Meter über dem Erdboden liegt. Dieses war nämlich noch nicht einmal zur Hälfte offen, denn zwar war die Scheibe geöffnet worden, aber eine verklemmte Jalousie versperrte den oberen Teil der Fensteröffnung. Das ist auch auf dem Foto auf dieser Seite (rechts unten) deutlich zu sehen.

Wenn da jemand „blitzschnell" rauswollte, dann ging das nur mit einem Hechtsprung, einer Hechtrolle vielleicht, vorausgesetzt, der Betreffende kam gut (und lebend) unten an und konnte sich auch wieder aufrichten. Um dann einen Gegenstand — es soll ein Hammer gewesen sein, den man neben dem tödlich Getroffenen fand — zu „schwingen", muß er wieder hochgekommen und anschließend erst auf den Beamten zugelaufen sein. In diesem Falle kann aber von völliger Überraschung sicher nicht mehr die Rede sein. Zudem stand der Polizist höchstens 2,50 Meter vom Fenster entfernt. Das Wahrscheinlichste, wenn es denn einen Fenstersprung gab, ist, daß der Polizist den Einbrecher beim Sprung oder beim Auftreffen auf den Boden — es mag ja durchaus zu einem „Körperkontakt", wie er als möglich beschrieben wurde, gekommen sein, aber das ist bestimmt keine Entschuldigung — abgeschossen hat. Es sieht absolut nicht danach aus, als hätte die Staatsanwaltschaft im Sinn, eine so „objektive" Ermittlung zu führen, wie sie das beteuerte. (Schon gar nicht kann es eine Beruhigung sein, wenn Knipphardt behauptete, es werde „wie immer gründlich" ermittelt; „wie immer" ist eher ein Hinweis auf das Gegenteil.)

Noch ein Wort zur „Unschuldsvermutung", an die sich auch „die Öffentlichkeit" zu halten habe. Daß „die Wogen hochschlagen", kommt ja daher, daß Polizisten entgegen aller Beteuerungen nicht mehr unschuldig sind. Und wo nicht ernsthaft ermittelt wird, da müssen aufmerksame Bürger nach Möglichkeit einen eigenen Beitrag leisten. Ein gesundes Mißtrauen in die Polizei ist Voraussetzung dafür.

Auch die Dortmunder Bürgerinitiative „Bürger beobachten die Polizei" hat sich des Falles angenommen.

Auch der Todesschuß von Castrop wurde mit einer Kriegswaffe Kaliber 9 Millimeter abgegeben, mit der die Polizei bundesweit ausgerüstet wird (Modell Sig Sauer P6). Diese Waffe hat keinen Sicherungshebel mehr, nur das Auslösen des ersten Schusses geht ziemlich schwer, wenn der Hahn nicht extra gespannt wird. Eine Kugel ist immer im Lauf, wenn die Waffe „streifenfertig" (Polizeijargon) ist. Das betrifft also jeden Polizisten, dem man irgendwo gegenübersteht. Auf die Frage, ob es den Beamten besonders schwer fiele, beim ersten Schuß unter den genannten Bedingungen gezielt zu schießen, ob die Waffe nicht leicht verrisse, antwortete ein Schußwaffenexperte: „Das über wir doch!"...



Zusammenhänge



Tatort und Toter aus Castrop. Siehe Artikel auf dieser Seite.

Arbeiter gegen Hitler

Betrieblicher und gewerkschaftlicher Widerstand im „Dritten Reich“ (Teil 10 und Schluß)

Ende Januar 1942 erschien ein Flugblatt mit Unterschriften von 60 deutschen Abgeordneten und Gewerkschaftsfunktionären. Darin heißt es: *„Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Erhebt euch zum Kampf gegen die Hitlerbande, gegen das niederträchtige Regime des Krieges, des Hungers und des Konzentrationslagers! Bringt die Werkbänke zum Stehen! Macht die Maschinen, die Mordinstrumente herstellen, unbrauchbar! Arbeitet langsamer! Protestiert gegen die Zwangsabzüge! Weigert euch, noch weitere Opfer zu bringen! Sie verlängern nur den Krieg. Schafft illegale Betriebsvertrauensleute zur Führung des Kampfes gegen Krieg und Hitlerfaschismus für ein neues freies Deutschland. Bereitet euch auf Massenstreiks und Demonstrationen zur Beendigung des Krieges, zum Sturz Hitlers vor! Nieder mit dem Naziregime!“*



Im Mai brachte ein „Arbeitsausschuß freier, gewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands“ ein Flugblatt heraus, das in Düsseldorf und im ganzen Ruhrgebiet verteilt wurde:

Bergleute! In diesem Freiheitskampf der Völker sind unsere Kameraden in den besetzten Gebieten führend beteiligt. Sie scheuen keine Opfer, selbst nicht das eigene Leben, wenn es gilt, der Hitler-Bande einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Unsere Kameraden in Frankreich, Belgien und Holland, Tschechoslowakei und Jugoslawien werden von den braunen Räubern zum Einfahren gezwungen, um die Kohle für Hitlers Kanonen und Fabriken zu fördern. Doch sie sabotieren mit allen Mitteln die Kohleförderung. Da werden Pumpen vernichtet, Querschläge gesprengt, Bremsbergsstapels und Strecken zerstört. Streben und Örter gehen zu Bruch. Lokomotiven bleiben auf den Sohlenstrecken liegen und Rutschemotoren, Licht- und Luftleitungen funktionieren nicht mehr. Auf vielen Schachtanlagen wurde schon gestreikt und auf allen Gruben in den von Hitler unterjochten Gebieten bereiteten sich unsere Kameraden sehr ernst zu großen Massenstreiks vor. Sie sind von einem Willen beseelt: Das Hitler-Regime muß fallen, seine Kriegsmaschinerie vernichtet werden.

Ein wichtiges Glied des Freiheitskampfes der Menschheit aber tritt noch sehr schwach in Erscheinung, obwohl es eigentlich durch die Verbrecherpolitik Hitlers in der allergrößten Gefahr schwebt. Das deutsche Volk selbst.

Werden sich die deutschen Arbeiter, das ganze deutsche Volk aktiv in den Kampf der Freiheit und Frieden lebenden Völker gegen die braune Tyrannei einschalten, um die eigene Freiheit wiederzugewinnen? Werden vor allem die deutschen Arbeiter weiter dulden, daß Hitler auch fernerhin in ihrem Namen die Städte und Dörfer der russischen Arbeiter und Bauern verwüstet, Frauen, Kinder und Greise ermordet? Werden sie weiterhin dulden, daß die SS, grüne Polizei und Gestapo in den besetzten Gebieten mit Galgen und Henkerbeil, mit massenmäßigen Geiselerschießungen und Brandschatzungen ihren Blutrausch stillt? Darauf erwarten vor allem die Bergarbeiterkameraden der besetzten Länder von den Ruhrkumpels eine Antwort.

Ruhrkumpels! Diese Antwort müssen wir schnell geben. Sabotieren wir mit allen Mitteln die Kohleförderung, arbeiten wir langsam, drei für zwei. Zerstören wir, wo und wie es immer nur geht, die Maschinen, Licht- und Luftleitungen! Verbauen und verpacken wir schlecht, so daß die Strebe zu Bruch gehen muß. Bereiten wir uns zum Massenstreik vor. In allen Kameradschaften, Revieren und Schachtanlagen schafft Vertrauensleute und Schachtkomitees zur Durchführung des Kampfes gegen das verhaßte Hitler-Regime. Es lebe die brüderliche Solidarität der Bergarbeiter aller Länder!“

Franz Jacob — Mitglied der KPD — verfaßte im Juli 1942 ein Merkblatt für Bauarbeiter:

„Wieder werden Tausende unserer Kameraden nach Norwegen und den Osten verschickt, von ihren Familien weggerissen und in härteste Fron- und Sklavenarbeit gepreßt, um den bereits verlorenen Sieg dennoch an Hitlers Fahnen zu heften. Wir sind heute noch nicht stark genug, um diese Kriegsarbeit zu verweigern. Aber bevor ihr abreist, beachtet folgendes:

1. Vergewissert euch über eure Lohnhöhe, Frontzulage, Trennungsgelder, Fahr- und Urlaubsgelder.

2. Stellt Bedingungen für eure Verpflegung und Unterbringung. Am Bestimmungsort angekommen, müßt ihr verlangen:

1. Beseitigung allen militärischen Drills in den Lägern und den Arbeitsstellen.

2. Keine schikanöse Behandlung durch die OT-Häuptlinge und Ausnutzung aller Poliere, die sich als Antreiber betätigen.

3. Anständige Behandlung der euch zugeteilten einheimischen Bevölkerung oder der Kriegsgefangenen. Um eure Forderung durchzusetzen, schließt euch zusammen, sammelt um euch die klassenbewußtesten Angehörigen der ehemaligen freien und revolutionären Gewerkschaften, kein Betrieb, keine Baustelle ohne eure Vertrauensleute. Kameraden, ihr müßt wissen: Hitlers Niederlage ist nicht unsere Niederlage, sondern unser Sieg. Darum: Stört den planmäßigen Aufbau der Befestigungsbauten, sorgt für langsames und qualitativ schlechtes Arbeiten. Sabotiert die deutsche Kriegsführung, verweigert den militärischen Einsatz bei Überfällen an der Küste und der Partisanen im Osten. Stellt ein gutes Verhältnis her zu der Bevölkerung der besetzten Gebiete. Nieder mit dem Krieg der Hitler-Faschisten! Es lebe der Sieg der Arbeiterklasse!“

Natürlich reicht es nicht aus, anhand von Flugblättern zu beweisen, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung auch im zweiten Weltkrieg ihre Pflicht tat, aber auch wenn die Bewegung noch so schwierig durchzuführen war, sie wurde durchgeführt. Die Anordnungen der Gestapo über gefällte Terrorurteile beweisen außerdem, daß es trotz härtester Unterdrückungsmaßnahmen nicht gelang, die Bewegung zu zerbrechen. Allein im Juni/August 1942 nicht weniger als 4408 deutsche antifaschistische Arbeiter wegen Zusammenarbeit mit ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen verhaftet. In den Monaten Mai bis September 1942 wurden außerdem 6695 Arbeiter wegen ihres aktiven antifaschistischen Kampfes eingekerkert. Nicht zuletzt war der Widerstand deutscher Gewerkschafter auch in den faschistischen Konzentrationslägern und Zuchthäusern lebendig.

Hinter dem Stacheldraht ließ sich der Maigedanke nicht ersticken. In Buchenwald stellte man eine Plattform zum 1. Mai 1944 auf. Darin wurde gefordert:

„1. Vernichtung der faschistischen Diktatur,

2. Bestrafung der Kriegs- und Terrorverbrecher. Wiedergutmachung allen Unrechts,

3. Errichtung einer Deutschen Volksrepublik auf neuer demokratischer Grundlage.

4. Beendigung des Krieges. Heimsendung der Kriegsgefangenen und der Fremdarbeiter.

5. Frieden ohne Annexion und Kontributionen, Ablehnung der Verwendung deutscher Arbeitskräfte zur Zwangsarbeit nach dem Krieg.

6. Verstaatlichung der Schwerindustrie. Ausreichende Ernährung. Einführung der 40-Stunden-Woche. Einheit der Sozialgesetzgebung.“

Bekannt ist den meisten das Datum vom 20. Juli 1944. Auch an diesem Widerstand war die Gewerkschaftsbewegung beteiligt. Einer der bekanntesten Namen ist Wilhelm Leuschner, der den Nazis zum Opfer fiel und hingerichtet wurde.

Alfred Kummernuß — langjähriger ÖTV-Vorsitzender, erklärte auf der Bundesjugendkonferenz von 1964: *„Viele Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten kamen in den KZs und Zuchthäusern des Dritten Reiches zu der Erkenntnis: In der Weimarer Zeit gab es bis zu 100 Gewerkschaften, in den KZs haben wir uns lange unterhalten und waren uns einig, wenn wir mit dem Leben davonkommen und eine andere Zeit beginnt, dann müssen wir alles daransetzen, um eine Einheitsgewerkschaft zu schaffen. Nur eine Einheitsgewerkschaft kann verhindern, daß es wieder zu KZs kommt.“*

Das heutige IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans Preiss formuliert: *„... die Einheitsgewerkschaft — das ist die in Zuchthäusern und Konzentrationslagern der Nazis geborene solidarische Einheit aller Gewerkschafter gegen die Willkür des Kapitals“.*

Schlimm ist es, wenn wir uns bewußt vor Augen halten, daß seit 1945 wieder Tausende von Gewerkschaftern, die gegen die Willkür des Kapitals kämpften und in den KZs ihre Solidarität zeigten, aus den Gewerkschaften ausgeschlossen wurden — die Kommunisten. Was haben Unvereinbarkeitsbeschlüsse in einer Gewerkschaft zu suchen, von der Otto Brenner folgendes gesagt hat: „Eine der wichtigsten Lehren aus den Erfahrungen, die im Kampf gegen die Diktatur gemacht wurden, haben die deutschen Gewerkschaften bei ihrem Neuaufbau unmittelbar nach 1945 gezogen: Die Spaltung in Richtungsgewerkschaften wurde überwunden. Es entstand zum ersten Male in Deutschland eine einheitliche, geschlossene Gewerkschaftsbewegung, unabhängig von Regierungen, Verwaltungen, Unternehmern, Konfessionen und politischen Parteien — wie es in der Satzung des DGB heißt.“ Otto Brenner, selber Widerstandskämpfer und im KZ eingesperrt, sagte dies in seiner Rede zum Gedächtnis der Widerstandskämpfer am 8. April 1966. Heute gibt es für viele Gewerkschaftsführer keine kommunistischen Widerstandskämpfer, sondern nur Kommunisten, „die mit Hitler unter einer Decke steckten“ und Deutschland in „die Katastrophe“ geführt haben.

Den kommunistischen Arbeitern an der Drehbank schmeißt man heute aus der Gewerkschaft raus: Ein Kollege braucht sogar nur eine Anti-Strauß-Plakette in einem Gewerkschaftsunternehmen tragen — und er fliegt raus aus dem Betrieb; aber Arbeitsminister Blüm, der die Unternehmerinteressen voll durchpeitscht uns sich zum Diener der Hochfinanz gemacht hat, bleibt immer noch Mitglied in der Gewerkschaft.

Kann man sagen, daß wir aus den Fehlern der Zeit des Faschismus gelernt haben? Kann man sagen, daß man so ein neues 1933 verhindern kann? Nein, das kann man wirklich nicht sagen. Die CDU/CSU würde zur Zeit die Gewerkschaftshäuser nicht wie 1933 besetzen, aber nehmen wir einmal theoretisch an, sie würden es tun. Wäre die DGB-Führung bereit und in der Lage, uns zum Widerstand zu führen, und zwar im Gegensatz zu 1933 erfolgreich?

Was ist, wenn die Notstandsgesetze zur Anwendung kommen und sich in einer ganz anderen Form wie 1933 eine Terrorherrschaft des Finanzkapitals gegen die westdeutsche Bevölkerung etabliert? Sind wir für den Fall gerüstet, wenn man uns wieder Pressefreiheit raubt, das Streikrecht verbietet und kämpferische Gewerkschafter hinter Schloß und Riegel sperrt?

Es ist eine nüchterne Wahrheit, daß den meisten Gewerkschaftern nicht bewußt wird, welche Gefahren heute wieder den Gewerkschaften drohen. Wer kennt zum Beispiel die „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion“, die Stoiber im Auftrage von Strauß vor Jahren verfaßt hat. Nach Stoiber sind die Gewerkschaften zu einer „Gefahr für unsere Demokratie“ geworden. Strauß sagte in seiner Neujahrsrede 1978/79: „Streiks haben nach meiner Überzeugung keinen Platz mehr...“

An dieser Stelle beenden wir den Abdruck von Auszügen aus dem Referat. Der Bezug zur Gegenwart, die Aktualität der Darstellungen, die absolute Notwendigkeit, aus der Niederlage der Arbeiterbewegung 1933 Lehren zu ziehen und im eigenen Lebensinteresse das Vermächtnis der Widerstandskämpfer zu erfüllen, es nie wieder zu einem Sieg des Faschismus kommen zu lassen, sind deutlich geworden. Die Politik der immer noch relativ neuen Bundesregierung, die gerade erst anfängt, ihr Wendeprogramm durchzusetzen und die sich trotz aller schönen Phrasen gerade die Knechtung der Arbeiter und die Zerschlagung bzw. Wehrlosmachung ihrer Organisationen zum Ziel gesetzt hat, unterstreicht das noch.

Vor Jahren kamen die Nazis an die Macht. Vor 50 Jahren wurden die Organisationen der Arbeiter weitgehend zerschlagen, die Gewerkschaftshäuser gestürmt. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ ist die Parole aller Demokraten und erst recht aller klassenbewußten Arbeiter. Und das heißt heute vor allem: Gemeinsam und entschlossen gegen die Politik der Unionsregierung, gestützt auf die Kampfkraft der organisierten Arbeiterschaft. Wer in den Gewerkschaften weiter an der Politik der Sozialpartnerschaft und des Anbiederns auch an Strauß und Kohl festhält, der hat aus der Geschichte, die in diesem Jahr so oft beschworen wird, in Wahrheit nichts gelernt.





Nie wieder!

Freiheit für Benny Härlin und Michael Klöckner!

Noch immer werden Benny Härlin und Michael Klöckner gefangengehalten. Ihnen wird vorgeworfen, zusammen mit dem heutigen Bundestagsabgeordneten der Grünen, Dirk Schneider, im Jahre 1979 einen Verein namens „Zeitungskooperative" gegründet zu haben, die unter anderem die Zeitschrift „radikal" herausgibt, in der ab April letzten Jahres sogenannte Bekennerbriefe der Revolutionären Zellen veröffentlicht wurden.

Das Besondere an diesem Skandal: Die Verhafteten haben mit der Zeitungskooperative gar nichts mehr zu tun, schon gar nicht mit der Redaktion der „radikal". Das dokumentiert einmal mehr, wie weit der berüchtigte Paragraph 129 a (Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung") ausgelegt und gehandhabt wird.

Zahlreiche fortschrittliche Presseleute, die Deutsche Journalistenunion und viele andere haben gegen die Justizwillkür protestiert. Dirk Schneider, gegen den ein ähnlich gelagertes Verfahren eingestellt worden war, hat sich selbst angezeigt, weil er genauso behandelt werden müsse wie die Verhafteten. Die dju Westberlin erklärte, es handele sich ganz offensichtlich um eine Entscheidung der Justiz, deren gestörtes Verhältnis zu den Medien bei den Journalisten über Berlin hinaus bekannt und leider auch berüchtigt sei. Es dränge sich der Verdacht auf, daß die Staatsanwaltschaft einen in der Hausbesetzerfrage unbequemen „Moderator zwischen Szene und den liberalen Vertretern des Weizsäcker-Senats" ausschalten wolle.

Dieses Verfahren weckt auch üble Erinnerungen an den Prozeß gegen die AGIT-Drucker aus dem Jahre 1978. Damals war zum ersten Mal ein Prozeß gegen die Hersteller einer Publikation wegen Verstoß gegen die Paragraphen 129 a und 88 a („Befürwortung von Gewalttaten") geführt worden. Nach Monaten der Isolationshaft wurden sie zu Freiheitsstrafen zwischen 9 Monaten und einem Jahr verurteilt und erst einige weitere Monate später auf Bewährung freigelassen.

Die Redaktion Roter Morgen schließt sich ausdrücklich den Protesten gegen die Inhaftierung Benny Härlins und Michael Klöckners an. Sie müssen freigelassen, das Verfahren gegen sie muß eingestellt werden!

Weg mit dem Paragraphen 129 a!



Demonstrationsrecht beschnitten

Nun haben sich Engelhard und Zimmermann also geeinigt, und es ist gewiß nicht verwunderlich, daß die FDP endgültig eines ihrer liberalen Wahlversprechen über Bord geworfen hat: Das Demonstrationsstrafrecht wird entscheidend verschärft. Der Kernpunkt: Jeder, der eine von der Polizei für „gewalttätig" erklärte Demonstration nicht fluchtartig verläßt, macht sich strafbar.

Damit haben die Unionsparteien ihr Ziel erreicht, eine der Reformen, zu der sich die SPD-Regierung in ihren ersten Jahren gezwungen sah, wieder zu beseitigen. Der Paragraph 125 des Strafgesetzbuches wird wieder verschärft. Die allgemeine Kriminalisierung von Demonstranten wird Polizei und Justiz wieder erleichtert.

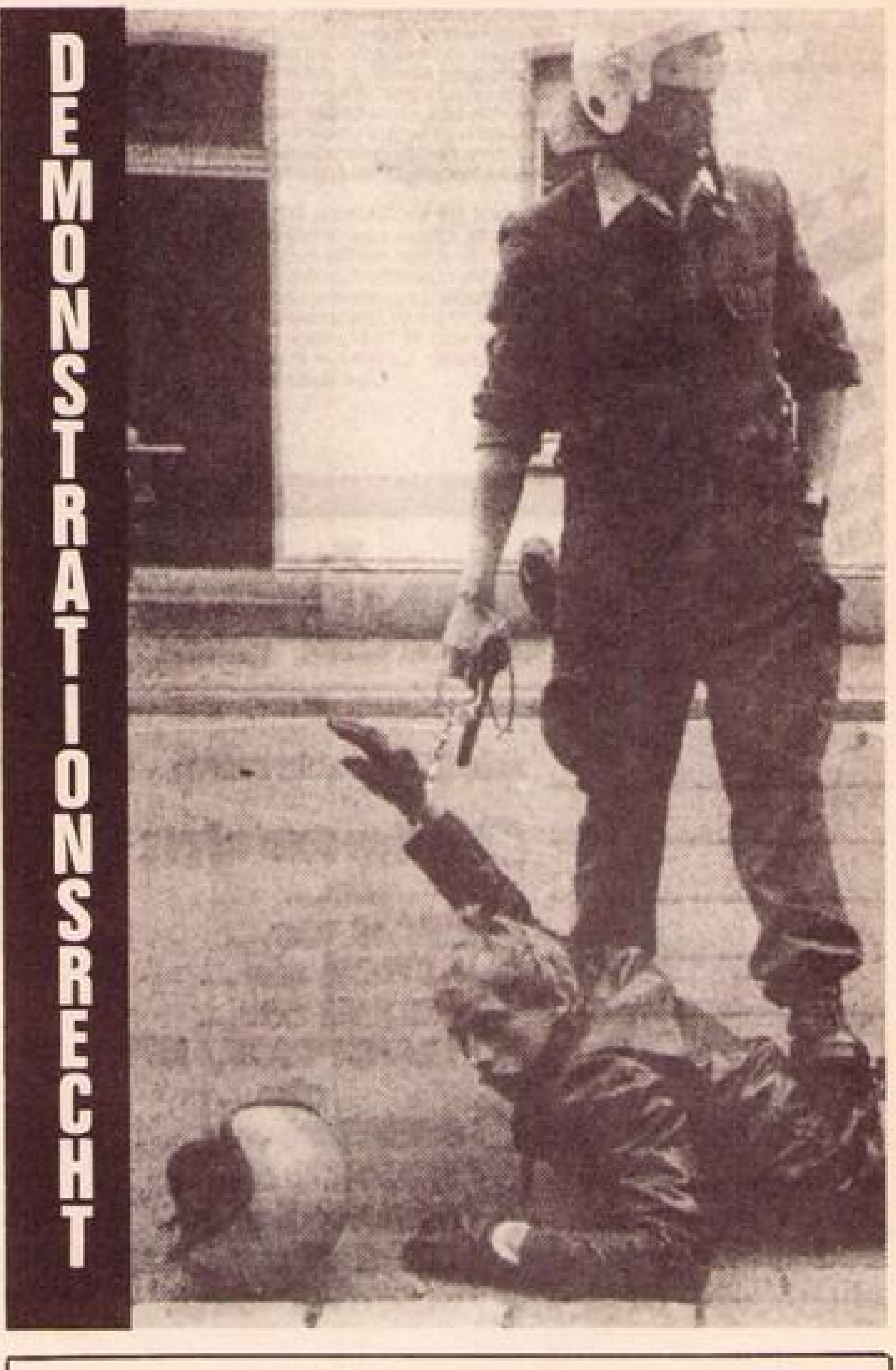
Die Polizei erhält nach dem Gesetzentwurf, der bei Erscheinen dieses „Roten Morgen" aller Voraussicht nach bereits durch den Bundestag gegangen ist, weiter die Möglichkeit, auch „Teilmengen" einer Großdemonstration für gewalttätig zu erklären, zur Auflösung aufzufordern und ansonsten die dieser Teilmenge zugerechneten Demonstranten (oder zufällig Anwesende, was oft genug schon passiert ist) entsprechend zu prügeln und anschließend gerichtlich verfolgen zu lassen.

Als einen Rest von „Liberalität" versucht die FDP, die Bestimmung zu verkaufen, daß jemand, der sich abwiegelnd betätigt hat, eventuell straffrei ausgehen kann. Eine Bestimmung, Zwietracht unter Demonstranten zu schaffen. Bei der Anwendung dieser Bestimmung wird gleich noch ein angeblich gültiger Grundsatz bürgerlicher Rechtsprechung aufgehoben: „Im Zweifel für den Angeklagten" gilt hier nicht.

Zwar setzte sich Zimmermann nicht ganz durch mit seiner Forderung, daß sich nur derjenige der Verurteilung entziehen könne, der „nachweislich" auf Demonstranten eingewirkt habe, um sie von „Gewalttaten" abzuhalten. Es heißt nun, die Strafandrohung gelte nicht für denjenigen, „der auf die Menschenmenge oder auf einzelne Personen erweislich einwirkt, um sie davon abzuhalten, Gewalttaten oder Drohungen (...) zu begehen". Im Klartext: Wenn ein Richter nach der Darlegung eines sich solchermaßen verteidigenden Demonstranten von seiner Unschuld nicht überzeugt ist, vom Gegenteil allerdings auch nicht, so wird der Angeklagte verurteilt.

Dieses Demonstrationsstrafrecht — „wie zu Kaisers Zeiten", „wilhelminischer Obrigkeitsstaat" sind Ausdrücke, die selbst bürgerliche Medien dafür benutzen — will Zimmermann noch durch ein allgemeingültiges Verbot von „Vermummung" und „passiver Bewaffnung" ergänzen. Angeblich soll das neue Gesetz noch nicht zum Zeitpunkt der Herbstaktionen der Friedensbewegung zur Anwendung kommen können. Man sollte sich nicht darauf verlassen. Zumal Zimmermann immer wieder und auch in der neuesten Ausgabe der Stauß-Postille „Bayernkurier" gerade die Friedensaktionen anführt, bei denen mit Gewalttätigkeiten zu rechnen sei, vor denen sich der Staat zu schützen habe.

Im übrigen fordert Zimmermann immer dringender eine bundesweit schärfere Polizeibewaffnung, mit der gegen Demonstranten vorgegangen werden soll. „Die massiven Angriffe der Chaoten auf die Polizei haben einmal mehr bewiesen die Notwendigkeit, die Polizei für derartige Einsätze mit entsprechenden Mitteln auszustatten, damit steinewerfende und prügelnde Gewalttäter aus angemessener Entfernung kampfunfähig gemacht werden können" („Bayernkurier"). Daß die Gewaltmittel der Polizei auch eingesetzt werden, wenn keine Steine fliegen, ist bekannt.





Polizei gegen „plärrer"

Das Nürnberger Stadtmagazin „plärrer" ist wieder einmal Opfer einer Polizeiaktion geworden: In der Nummer 7/83 wurde eine Seite zensiert und entfernt, teilweise wurde gar die gesamte Nummer in den Verkaufsstellen beschlagnahmt.

Der Grund: Der „plärrer" widmet sich mit liebevoller Aufmerksamkeit dem Nürnberger Polizeichef Helmut Kraus. Dies um so mehr seit der Massenverhaftung der 141 Jugendlichen im Jugendzentrum KOMM im März 1981. Ihm wurde sogar eine eigene Rubrik eingeräumt — Stichwort: „Das Sicherheitsrisiko". Statt sich darüber zu freuen, sieht Kraus rot.

Anlaß zu der genannten Aktion war nun der „Fall Kraus. Vorletzter Teil." im neuesten „plärrer". (Der übrigens seinen Leitartikel unter das Thema „10 Jahre KOMM" gestellt hat.)

„Kein Ladendieb soll neuer Polizeichef von München werden, sondern ein Mann, der 141 Menschen widerrechtlich der Freiheit beraubt; der das Recht beugt und der neofaschistischen Versammlungen „einen guten Verlauf wünscht: Helmut Kraus, mittelfränkischer Polizeipräsident, der ‚unfähig zur Menschenführung' ist, wie der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Alfred Sommer (einst selbst Kripo-Mann) im „plärrer"-Interview erklärt." So beginnt der Artikel. Im folgenden werden anhand dreier Beispiele die Korruption und die üblen Machenschaften des Herrn Kraus näher beleuchtet. Da dieser aber lichtscheu ist, leitete er die Beschlagnahmeaktion ein.

Wir solidarisieren uns mit den Kollegen der „plärrer"-Redaktion und wünschen ihnen, daß sie auch in Zukunft Kraus und seinesgleichen das Leben schwer machen werden. Wir fordern: Schluß mit der Verfolgung der demokratischen Presse!



Kolportage

Zensur

Das Sicherheitsrisiko
Fall Kraus. Vorletzter Teil.

plärrer 27

Kapitulationskurs im Friedenskampf:

DGB-Vorstand gegen Volksbefragung

Auch im Friedenskampf scheint die DGB-Spitze entschlossen, ihren Kurs der absoluten Regierungstreue selbst gegenüber Kohl und Zimmermann weiterzusteuern. Nachdem sie den Gedanken eines Streiks gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen weit von sich gewiesen hatte, machte sie nun auch gegen eine Volksbefragung über die Stationierung Front.

Eine Entscheidung über die Stationierung, so heißt es in einer Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes zur „Friedens- und Sicherheitspolitik", müsse von Bundestag und Bundesregierung „im Lichte des Genfer Verhandlungsergebnisses" getroffen werden.

Von dieser Grundposition aus erklärt die DGB-Führung also auch — und Kohl wird das gerne hören —, daß sie selbst im Falle der Stationierung alles tun wird, um die Gewerkschaftsmitglieder von Kampfaktionen abzuhalten. Sie gibt einer Regierung Rückendeckung, die zur Stationierung unbedingt entschlossen ist. Sie erhebt die Genfer Verhandlungen zum Maßstab, bei denen den klar ist, daß sie auf gar keinen Fall ein Ergebnis bringen werden, daß die US- und die Bundesregierung dazu bewegen könnte, von der Stationierung abzusehen. Kein Wunder: Schließlich planen die Amis tatsächlich den „gewinnbaren Atomkrieg", für den diese Waffen hergestellt und für den sie eingesetzt werden sollen und werden, wenn den Kriegstreibern niemand in den Arm fällt. Und das kann erfolgreich nur die kämpfende Arbeiterklasse.

Noch nicht einmal zur Einhaltung und Durchsetzung allgemeinster demokratischer Spielregeln ist die DGB-Führung bereit: Sie spricht genau wie die CDU/CSU dem Volk das Recht ab, in dieser lebenswichtigen Frage auch nur seine Meinung zu sagen. Sie verkauft die Lebensinteressen der Arbeiter an eine Regierung, die mit der Arbeiterschaft nicht das geringste verbindet, an die erklärten Parteien des großen Geldes, der Rüstungsprofiteure und Kriegstreiber. Und stellen sich ob ihrer Lobpreisung des Parlamentes auch noch als die untadeligsten Demokraten der Welt hin. Auch für sie ist offensichtlich das Volk, sind die Arbeiter nur Stimmvieh, das alle vier Jahre sein Kreuz machen darf und sich ansonsten aus der „hohen Politik" herauszuhalten hat.

Eine solche Haltung kann das angekündigte Teilnehmen an den Herbstaktionen der Friedensbewegung nur entwerten; sie soll ja erklärtermaßen die „politische Grundlage" dafür sein, und das heißt, daß man die besondere eigenständige Rolle der Gewerkschaftsbewegung, die von Breit und den anderen in diesem Zusammenhang immer betont wird, so versteht, daß ausgerechnet die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft mäßigend und abwiegelnd auf die Kriegsgegner einzuwirken haben und sie dahingehend beeinflussen sollen, ihren Widerstand aufzugeben, wenn denn die Genfer Verhandlungen das von der Regierung gewünschte Ergebnis — nämlich den Startschuß zur Stationierung — zeitigen.

Es ist die Frage, ob sich die Arbeiter eine solche „Vertretung" gefallen lassen. Oder ob sie sich nicht schon auf den Friedensaktionen selber im eigenen Interesse zu Wort melden, einer anderen Politik das Wort reden, als Breit sie sich wünscht. Ob sie sich gegenüber der Regierung wirklich den Mund verbieten lassen.

Es gilt, in den Gewerkschaften gegen die Haltung des Bundesvorstandes Front zu machen. Die Forderung nach einer Volksbefragung muß nun erst recht auf allen Ebenen, in allen Gremien, wo das möglich ist, über die betrieblichen Friedenskomitees, von denen hoffentlich noch viele entstehen, usw. erhoben werden.

Es ist ein Erfolg der kämpferischen Gewerkschafter, daß der DGB-Vorstand offiziell zur Teilnahme an bestimmten Großaktionen der Friedensbewegung im Herbst aufgerufen hat (bei Redaktionsschluß war die Position des DGB zur Hamburger Herbstaktion noch unklar). Es kommt nun darauf an, daß sie auch den Kurs bestimmen, mit dem hier teilgenommen wird. Und das muß ein Kurs der Konfrontation gegen die Regierung, nicht der Unterwerfung, und nicht des freiwilligen Zurückweichens sein.

Die Berichterstattung über den Stand der Vorbereitungen zu den großen Herbstaktionen der Friedensbewegung in Nord- und Süddeutschland findet entgegen der Ankündigung im letzten RM erst nach der Sommerpause statt. Wir bitten um Verständnis.

...eitrag einer Betroffenen

...Warum kommunales Wahlrecht?

...t sagen Ausländer: „Gegen ... Ungerechtigkeiten, die Dis...iminierung und die Ausländ...rfeindlichkeit kann man ...wieso nichts machen. Wir ...rfen ja noch nicht einmal ...hlen ..." — Eben — und da...t wir besser etwas machen ...nnen, wollen wir wählen.

Ich bin 23 Jahre alt, lebe seit ... Jahren hier in der Bundesre...blik und durfte noch nie in ...inem Leben wählen. In mei...r Heimat nicht, denn dort ist ...s Wahlrecht an die Staatsbür...rschaft und den Wohnsitz ge...nden, ich wohne aber in ...utschland. Hier nicht, hier ...gt man auch: deutsche Staats...rgerschaft und Wohnsitz in ...utschland. Den Wohnsitz hab ... hier, die deutsche Staatsbür...rschaft bekommen ich aber ...ht...

Bei jeder Wahl wird ganz ...tlich, daß wir Ausländer ...nschen zweiter Klasse sind. ...s Wahlrecht ist ein demokra...ches Recht. Es wurde im Zuge ... demokratischen Revolution ...ämpft. Damals gab es kein ...iches Wahlrecht. Wer reich ...r, hatte mehr Stimmen als ... armen Leute. Dann gab es ...iches Wahlrecht zunächst nur ... Männer. Bei uns in der Tür... haben die Frauen erst seit ...atürk das Wahlrecht. Inzwi...en sind Männer und Frauen ... den Wahlen gleichgestellt, ...ch die Ungleichheit bei den ...sländern ist geblieben.

Als die Frauen damals das ...hlrecht bekamen, wurden sie ...durch auch in der Gesell...aft mehr anerkannt, sie ...ren ein Stück weniger Men...en zweiter Klasse. Und ge...uso sehe ich es auch mit dem ...hlrecht für Ausländer.

Kann man diesen Vergleich ...hen? „Die Juden hatten auch ...ahlrecht und wurden trotz...m verfolgt, vergast", sagen ... Landsleute von mir. — Ich ...ube auch nicht, daß durch ...s Wahlrecht alle Probleme ge...st werden. Ob mit oder ohne ...ahlrecht, wir bleiben Türken, ...iechen, Spanier, wir sehen ...ders aus, wir sind anders, wir ...en anders — weiter bestehen ...rurteile, Haß und Feindlich...it. Doch das Wahlrecht ...nn — und wird meiner Mei...ng nach — eine Veränderung ... Gang setzen.

1. Viele Deutsche sagen heute: „Wir haben nichts gegen Ausländer", und sie haben auch tatsächlich nichts gegen Ausländer, doch wählen sollen wir nicht. Sie finden es richtig, daß es bei den Wahlen zwei Klassen gibt. Sie sehen uns nicht in erster Linie als Arbeiter, der genauso arbeitet, Steuern bezahlt usw., sondern als Ausländer. Sie denken in der Frage der Rechte nationalistisch. — Wenn wir hier den Durchbruch erzielen, wenn sich in der Bevölkerung die Erkenntnis durchsetzt, daß die Behandlung der Ausländer ungerecht, undemokratisch ist, wenn diese Menschen erkennen, der Ausländer ist in erster Linie erst einmal Kollege und der darf rechtlich nicht schlechter gestellt sein, wie wir alle, sonst schadet es uns allen, dann sind wir wirklich einen Schritt weiter. — Aus Menschen zweiter Klasse werden dann „mündige" Bürger, das heißt auch die Ausländerfeindlichkeit wird zurückgehen. Das hat sich jedenfalls in den Ländern, wo es heute schon das kommunale Wahlrecht gibt — Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark und Holland — gezeigt.

2. Wer das Wahlrecht hat, hat nach bundesdeutscher Rechtsprechung einen gefestigten Aufenthaltsstatus. Das heißt Ausländer mit Wahlrecht sind schwieriger abzuschieben als Ausländer ohne Wahlrecht. — Diesen Punkt finde ich für uns Ausländer sehr wichtig, gerade wenn ihr euch anseht, was die Schwarzen in Bonn alles mit uns vorhaben. Der Kampf für Wahlrecht ist ein Beitrag im Kampf gegen die Ausländerverdrängungspolitik der neuen Regierung.

3. Wenn wir Ausländer wählen können, wenn wir gewählt werden können, dann werden wir auch interessant für die Parteien. Heute ist es doch so: die ausländerfeindlichen Parteien beschließen ein Gesetz nach dem anderen gegen uns. Die anderen Parteien, die nicht ausländerfeindlich sind, kümmern sich nicht um uns, weil wir keine Stimmen bringen. Hätten die Rentner kein Wahlrecht, keine Partei würde sich um die Rentner kümmern. So ist es mit den Parteien in Deutschland.

4. Auf der anderen Seite wird die Einführung des Wahlrechtes dazu beitragen, das politische Interesse der Ausländer, vor allem meiner Landsleute, das zur Zeit noch überwiegend an den Geschehnissen in der Türkei orientiert ist, auf die Bundesrepublik Deutschland zu lenken. Auch die Einflüsse faschistischer Organisationen wie der Grauen Wölfe würden, glaube ich, zurückgehen. Denn deren Zielsetzung ist in erster Linie auf die Türkei ausgerichtet.

Diese vier Gründe sprechen für das Wahlrecht. Wir Kommunisten fordern auch das volle Wahlrecht, das heißt Ausländer sollen bei jeder Wahl — Bundestagswahl, Landtagswahl und Kommunalwahl — teilnehmen. Wenn wir heute über das kommunale Wahlrecht sprechen, so deshalb, weil im September 1984 in NRW Kommunalwahlen anstehen.



In Nordrhein-Westfalen ein ganz konkretes Problem: Im Herbst nächsten Jahres stehen Kommunalwahlen an.

Eine Reihe von Initiativen hat bereits mit dem Sammeln von Unterschriften für das kommunale Wahlrecht für Ausländer in NRW begonnen. Wie berichtet, trugen sich in die Listen (siehe unten) bereits am ersten Tag der Sammlung in Bochum mehr als 1200 Menschen ein.

Außerdem schätzen wir die Situation so ein, daß sich das kommunale Wahlrecht als erster Schritt am leichtesten durchsetzen läßt. Hier ist die breiteste Basis. Ich hab die Erfahrung gemacht, daß viele sagen: „Kommunales Wahlrecht, das ist o.k. Doch Wahlrecht zum Bundestag?" Hier machen viele noch einen Unterschied. Außerdem haben sich schon viele Verbände für das kommunale Wahlrecht ausgesprochen: Verschiedene Einzelgewerkschaften, Teile der SPD, Teile der Grünen, Wohlfahrtsverbände, die Kirchen und auch der Deutsche Juristentag. Auch in den anderen Ländern, ich habe sie genannt, wurde zuerst das kommunale Wahlrecht durchgesetzt und danach ging die Diskussion weiter. In Schweden sollen die Ausländer zum Beispiel an den nächsten Reichstag mitwählen.

Schweden spielt in dieser Frage eine gewisse Vorreiterrolle. Hier setzte sich schon 1976 in der offiziellen Ausländerpolitik die Erkenntnis durch: „Ohne Rechte auch keine Integration".

Der nebenstehende Beitrag ist ein Referat, das eine Kollegin aus der Türkei vor einigen Wochen bei einer Versammlung in Dortmund vorgetragen hat.

Das scheint mir, ist eine ganz wichtige Erkenntnis. Integration ist ein beiderseitiger Prozeß, auf Seiten der Deutschen, auf der Seite der Ausländer. Doch beläßt man uns in der rechtlosen Situation, wird es ein einseitiger Prozeß, wird jede Integrationsbemühung letztlich scheitern. Denn Integration heißt Gleichstellung, also nicht länger Menschen zweiter Klasse, sonst ist das Wort Betrug.

Hier in Deutschland wird die Frage der Rechte in der offiziellen Diskussion immer mit der Frage: Deutscher sein, verbunden. Ich kann das nur so verstehen, daß bewußt unsere rechtlose Situation zementiert werden soll. Verknüpft man die Frage der Rechte mit der Staatsbürgerschaft, was von der praktizierten Rechtsprechung her, eine gewisse Logik hat, so antworte ich: erleichtert den Weg zur Erlangung der Staatsbürgerschaft. Heute ist die deutsche Staatsbürgerschaft eine „heilige Kuh". Sie bekommen nur sehr wenige. Selbst wenn alle Ausländer einen Antrag stellen, werden nur sehr wenige Ausländer die Voraussetzungen erfüllen. Und: wenn deutsche Staatsbürgerschaft, dann doppelte Staatsbürgerschaft. Dann gebt uns das Recht, die alte Staatsbürgerschaft zu behalten, damit wir selbst entscheiden können, wo wir in Zukunft leben wollen, hier oder in der Heimat.

Absurd wird das ganze bei den deutschstämmigen Aussiedlern. Sie haben, wenn sie rüber kommen, sofort das Wahlrecht, sind aber noch keine deutschen Staatsbürger. Dazu brauchen sie einen festen Wohnsitz und müssen dann einen formlosen Antrag stellen. Viele dieser Aussiedler sind in meinen Augen Ausländer — Polen, Russen, Rumänen usw. Sie sprechen kein deutsch, kommen aus einer anderen Kultur, haben in der Schule, im Betrieb ähnliche Probleme wie wir. Ihr einziges Glück: vor 300 Jahren war deutsches Blut in der Familie. Das ist kein Witz. Kohl hat jetzt in Moskau über deutschstämmige Aussiedler verhandelt und da war es bei ganz vielen so, daß das „deutsche Blut" sich nur vor 300 Jahren nachweisen läßt.

Wir Ausländer leben hier, wir arbeiten hier, wir zahlen Steuern — wir wollen auch das Wahlrecht haben. Bis 1973 durften auch in den Betrieben bei den Betriebsratswahlen, Ausländer keine eigenen Kandidaten aufstellen. Dieses Recht wurde erkämpft. So muß es jetzt auch mit dem Wahlrecht sein. — Kämpfen wir für politische Rechte, dann kommen wir auch im Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit in die Offensive.

Kommunales Wahlrecht:

Einstieg in die Gleichberechtigung

Die Tatsache, daß die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik auf allen Gebieten erheblich weniger Rechte haben als die Deutschen, spaltet die gemeinsame Kampffront der Arbeiterklasse und schwächt ihre Kampffront insgesamt. Die KPD tritt für die vollständige Gleichstellung von Deutschen und Ausländern ein. Über die automatische Einbürgerung aller ausländischen Mitbürger nach einem Jahr Aufenthalt in der Bundesrepublik bei Beibehaltung ihrer alten Staatsbürgerschaft und die automatische Einbürgerung der hier geborenen Kinder — doppelte Staatsbürgerschaft also — ist diese Gleichstellung rechtlich zu sichern. Das fordern wir in unserem Ausländerprogramm.

„Durch automatischen Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft werden die ausländischen Arbeiter und Werktätigen in der Lage sein, eines der grundlegenden demokratischen Rechte, nämlich das Recht zu wählen und gewählt zu werden, in Anspruch zu nehmen. Bereits heute gibt es einen Kampf der demokratischen Kräfte unseres Landes für das kommunale Wahlrecht der ausländischen Arbeiter und Werktätigen. Wir unterstützen diesen Kampf und betrachten das kommunale Wahlrecht als einen ersten Schritt auf dem Weg zu völligen politischen und rechtlichen Gleichstellung der Ausländer.

- **Für das Recht der ausländischen Mitbürger auf das aktive und passive kommunale Wahlrecht." (Ausländerprogramm der KPD — Entwurf —)**

Über konkrete Kampagnen zur Durchsetzung dieser Forderungen, Erfahrungen aus diesem Kampf usw. werden wir in folgenden Nummern des „Roten Morgen" berichten. Leser, die hier bereits — auch in früheren Jahren — Erfahrungen gesammelt haben oder gerade in der Auseinandersetzung darüber engagiert sind, bitten wir um Zuschriften.

Freiheit für Sakir Bilgin!

...ie folgende Erklärung wurde uns von einem Mitglied des ...eutsch-Ausländischen Freundschaftskreises Witten zugesandt. (Über den Fall Sakir Bilgin hat der „Rote Morgen" be...eits berichtet.) Das Schreiben wurde von der Initiative an ...eneral Evren, an die türkische Botschaft in Bonn, an die ...ürkische Reisezentrale in Frankfurt und an die örtliche ...resse („Ruhr-Nachrichten", WAZ) geschickt.

...„Deutsch-Ausländischer ...Freundschaftskreis"
...5810 Wissen

...5810 Witten
...Rheinische Str. 10
...c/o Paul Engel
...29.5.1983

...Betr.: Sakir Bilgin

...Sehr geehrte Herren!

...Sakir Bilgin, seit Jahren Leh...rer an einer Kölner Haupt...schule, wurde im Januar ...1983 während eines Heimat...urlaubs in Istanbul verhaftet, ...drei Wochen lang gefoltert.

Er ist aktives Mitglied der ...Gewerkschaft Erziehung und ...Wissenschaft (GEW) und einer der Mitbegründer des „Türkischen Lehrerverbandes" in Köln.

Ihm wird Verstoß gegen § 140 des türkischen Strafgesetzbuches vorgeworfen, „...im Ausland über die innere Situation des Staates unwahre, übertriebene oder auf besonderem Zweck beruhende Gerüchte oder Nachrichten veröffentlicht..." zu haben.

Die Polizei des 1. Istanbuler Polizeireviers sowie die Militärs des Militärgefängnisses Metris haben durch ihre Folter an Herrn Sakir Bilgin bewiesen, daß sie selbst es sind, bzw. verantwortliche Regierungskreise, die „...im Ausland über die innere Situation des Staates unwahre, übertriebene oder auf besonderem Zweck beruhende Gerüchte oder Nachrichten veröffentlicht" haben, indem sie nämlich leugnen, Herrn Sakir Bilgin gefoltert zu haben. Ferner ist uns sehr wohl bekannt, daß Zehntausende Menschen in türkischen Gefängnissen sitzen, in denen Folter üblich ist.

Wir wollen Ihnen mitteilen, daß wir tiefe freundschaftliche Gefühle zu den in der Türkei lebenden Völkern hegen; darüberhinaus haben wir gute Kontakte, Freundschaften zu Türken, Kurden in unserer Stadt, in unserem Land.

Diese werden nicht berührt durch die Verhaltensweisen Ihrer Militärs und Behörden. Einige Unterzeichner besuchten die Türkei schon mehrmals, andere planten Besuche in diesem Sommer. Diese Besuche und zahlreiche andere werden zukünftig solange nicht stattfinden, bis die elementarsten Menschenrechte in Ihrem Lande wiederhergestellt sind. Darüber hinaus werden wir sämtliche Waren Ihres Landes boykottieren.

Von Ihnen fordern wir:

- sofortige Freilassung Sakir Bilgins!
- Weg mit dem § 140 des türkischen Strafgesetzbuches!
- Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in der Türkei!

Wir hoffen, daß Sie sich diesen Anliegen nicht vollständig verschließen werden.
Im Auftrage
P. Engel



Auslandskapital in Irland und seine Wirkungen

Ausplünderung innerhalb der Gemeinschaft

Der nachfolgende Beitrag stammt aus den „Irland Nachrichten", Frankfurt, und zeigt in anschaulicher Weise wie die wirtschaftlich starken EG-Länder ein Land wie Irland ausplündern.

Trotz der oft schwierigen Sprache und vieler ökonomischer Einzelheiten erfährt der Leser eine Menge Tatsachen über die „Zusammenarbeit" innerhalb der Europäischen Gemeinschaft — über die Macht der Multis und deren Zusammenarbeit mit den Regierungen gegen die arbeitenden Menschen.

Großbritannien veröffentlicht keine Regionalstatistiken für Nordirland, aus denen sich die Auslandsbeteiligungen ablesen ließen. In der Tendenz stimmen aber die im folgenden für den Freistaat gemachten Angaben mit den Verhältnissen in Nordirland überein.

Auslandskapitalanlagen werden im Freistaat erst seit 1960 publiziert. Die hier gemachten Angaben beziehen deshalb eine erhebliche Größe nicht ein: das von Großbritannien vor 1960 in Irland angelegte Kapital. Dieses Kapital beherrscht den größten Teil der — äußerst beschränkten — industriellen Aktivitäten sowie den Großteil des Grund und Bodens im Freistaat.

1960 ist das Jahr, in dem die Ende der 50er per Gesetz eingeführten Industrieförderungsbehörden des Freistaates erstmals ihre Tätigkeit entfalteten. Die wichtigsten sind die AnCO und die IDA. Die AnCO (Industrieausbildungsbehörde) hat seit 1960 etwa 400 Mio. Punt (1 Punt = 3,15 DM am 30.04.1983) Zuweisungen aus dem Staatshaushalt erhalten, um

- Lehrlingsausbildung;
- Ausbildung und Umschulung und Einarbeitung von Facharbeitern;
- betriebliche Einarbeitung;

in insgesamt 14 Ausbildungszentren bzw. direkt im Betrieb durchzuführen. Dem Wesen nach handelt es sich also um die unentgeltliche Bereitstellung ausgebildeter Arbeitskraft.

Die IDA (Industrial Development Authority — Industrielle Entwicklungsbehörde) ist weltweit mit Büros zur Anwerbung von Auslandskapitalisten vertreten. Gleich zwei dieser Büros befinden sich in der BRD in den Städten Stuttgart und Köln.

Die IDA übernimmt die Bereitstellung fertiger Fabrikanlagen, die auf Vorrat produziert werden. Je nach „Förderzone" erhält der Kapitalist zwischen 50 Prozent im Westen und 30 Prozent in der Dubliner Region nicht rückzahlbaren Zuschuß auf die Produktionsanlagen und den benötigten Boden. Das bedeutet, daß für einen BRD-Kapitalisten bereits die Erstellung und Einrichtung der Fabrik 30 bis 50 Prozent billiger ist im Vergleich zur BRD. Auch die IDA finanziert diese Ausgaben über Zuweisungen aus dem Staatshaushalt, also aus Steueraufkommen der irischen Lohnabhängigen. Durchschnittlich 11 Prozent des Staatshaushaltes werden laut IDA-Angaben an diese Behörde abgeführt.

Damit sind die Vorteile für Auslandskapitalisten nicht erschöpft. Irland hat das niedrigste Lohnniveau in Europa, sowohl was den den Lohnabhängigen ausgezahlten Teil angeht als auch, was die „Zusatzkosten" (Tarifurlaub — 18 Tage/Jahr —, Sozialversicherungsbeiträge, die der Kapitalist abzuführen hat, (8,45 Prozent des Tariflohns) u.ä. angeht.

Weiter erhält der Kapitalist eine Reihe Steueranreize:

- 100prozentige Steuerfreiheit auf alle Exportgewinne;
- Steuern auf Gewinne im produzierenden Gewerbe einheitlich 10 Prozent. (Bis 1981 betrug dieser Satz maximal 45, minimal 25 Prozent);
- 100prozentige Abschreibung zu beschleunigten Sätzen; in den westlichen Regionen 120 Prozent: das heißt, der Kapitalist kann seine ohnehin geringe Steuerlast auf den Gewinn um das insgesamt 1,2fache des angelegten Kapitals verringern.
- völlige Einkommensteuer- oder Körperschaftssteuerfreiheit auf alle ins Ausland transferierten Gewinne. Das bedeutet, daß ein ins Ausland transferierter Gewinn eines Einzelkapitalisten oder einer Gesellschaft in Irland keiner Steuer unterliegt. Das Doppelbesteuerungsabkommen BRD/Freistaat sieht vor, daß aus Irland transferierte Gewinne in der BRD keiner weiteren Besteuerung unterworfen werden. Das bedeutet, daß die Profite, die Boehringer, Braun oder Krups oder die BASF aus Irland herausschaffen, keiner Besteuerung, weder in Irland noch in der BRD unterliegen.

Weiter bietet Irland eine günstige Standortlage. Das heißt, die von Irland ins EG-Gebiet ausgeführten Produkte unterliegen nur noch geringen Transportkosten. Da Irland EG-Mitglied ist, unterliegen Exporte in den EG-Markt auch nicht den Zollsätzen, denen Produkte imperialistischer Firmen etwa aus Singapur oder Brasilien unterliegen. Diese Vorteile für die Profitwirtschaft in Irland erklären es, warum das US-Handelsministerium in seiner Regionalübersicht für Investoren Irlandanlagen eine durchschnittliche Rendite von 33,7 Prozent/Jahr aufs angelegte Kapital bescheinigt. Andersherum: die IDA wirbt in der BRD mit Anzeigen, deren Modellrechnungen davon ausgehen, daß eine in Irland angelegte Mark binnen 2,3 Jahren als Profit voll in die BRD zurückgeflossen ist.

Es ist klar, daß diese Verlagerung des BRD-Kapitals ins Ausland, darunter Irland, einen entsprechenden Abbau von Arbeitsplätzen in der BRD und anderen Ländern, in denen die Vernutzung der Arbeitskraft relativ teuer ist, nach sich zieht. Es ist klar, daß damit der durchgesetzte Lohnstandard in diesen Ländern laufend gefährdet wird. Es ist weiter klar, daß aus diesem Grunde die Auslassungen der BRD-Gewerkschaftsbosse völliger Unsinn sind, wonach Kapitalexport irgendwelchen „Arbeitsplatz sichert". IGM-Boß Loderer hat solches im Dezember 1983 öffentlich herausgelassen. Im Gegenteil, sie verschlechtern die Kampflage im Inland so gut wie die im Anlegerland, hier Irland.

Die „Kapitalanreize" des Freistaates so gut wie die entsprechenden Kapitalanreize in Nordirland sind von der EG-Kommission genehmigt. Zwischen 1960 und 1980 sind auf diese Weise folgende ausländische Direktinvestitionen nach Irland gezogen worden:

Land	Stand an Direktinvestitionen in Mill. Punt Ende 1980
USA	731,3
GB	210,2
BRD	192,6
Japan	130,4
Andere	561,3

(Die britischen Angaben erfassen nur die Neuinvestitionen nach 1960).

Damit wäre man versucht, zu sagen, daß die BRD-Kapitalisten drittgrößte Auslandsanleger sind. Das ist falsch. Tatsächlich sind die BRD-Kapitalisten insgesamt an zweiter Stelle.

Aus den gut 800 Millionen Mark Direktinvestitionen in Irland im Jahre 1980 sind Ende 1982 bereits 1,9 Milliarden Mark geworden. Der prozentuale wie absolute Zuwachs des BRD-Kapitals an den Neuinvestitionen aus dem Ausland — und damit an den Gesamtinvestitionen im Freistaat! — war der höchste, höher noch als der der USA. Gegenwärtig produzieren insgesamt 160 BRD-Firmen im Freistaat. Das durchschnittlich angelegte Kapital beläuft sich auf 11,9 Mill. Mark. Darunter sind Boehringer Chemie, Braun Haushaltsgeräte AG, Krups Haushaltsgeräte, Faber-Castell AG, Henkel AG, August Läpple, Schubert und Salzer Maschinenbau, BASF, Nixdorf Computer. Das Kapitalistenblatt „Wirtschaft und Börse" berichtet am 22.3.82 begeistert: „Während sich in der Bundesrepublik Deutschland die Investitionshemmnisse häufen, wird den Unternehmern in Irland das Investieren auf vielfältige Weise erleichtert..."

Im Ergebnis unterliegen (Stand 1982) 9600 irische Lohnabhängige der Ausbeutung durch BRD-Kapital allein im Freistaat.

Tatsächlich ist damit jedoch nicht das ganze Engagement der BRD-Imperialisten in Irland erfaßt. Die BRD ist auch zweitgrößter „Handelspartner" des Freistaates. 10 Prozent des Gesamtaußenhandelsvolumens werden mit der BRD abgewickelt, 45 Prozent mit England einschließlich Nordirland.

Irland exportiert endmontierte Produkte, deren Teile vorher eingeführt werden, zu 30 Prozent besteht der Export aus landwirtschaftlichen Produkten. Es gibt in Irland ein Stahlwerk, das 1000 Menschen beschäftigt. Die gesamte Nickel- und Zink-Produktion des Landes wird ausgeführt, weil es keine Verarbeitungsindustrie gibt. Der gesamte Grundstoffbedarf für die Produktion muß eingeführt werden.

Es wundert deshalb nicht, daß Irland, das 25prozentige Inflation bei Gütern des Massenverbrauchs aufweist, seine Ausfuhrpreise seit 1977 um 93 Prozent gesteigert hat, während die Einfuhrpreise seit 77 um 112 Prozent angestiegen sind.

Die lächerlich geringe Besteuerung der Kapitalisten führt zum Ergebnis, daß seit 1975 jeweils um 25 Prozent des Staatshaushaltes ungedeckt sind und über Kredite finanziert werden müssen. Die Neuverschuldung steigt jedes Jahr um eine runde Milliarde Punt. Es ist klar, daß zusätzlich zur Lohnarbeit die irischen Arbeiter auch diese Zeche zahlen. Die Tabelle der Einnahmen des Staatsapparates zeigt das:

Jahr Haushaltstitel	1977	1978	1979	1980	1981
Einkommenssteuer	522	605	732	1014	1243
Mehrwertsteuer	321	415	421	472	482
Körperschaftssteuer	78	106	130	140	67
Steuern auf Kapital	10	9	12	15	16

Die als Körperschafts- oder Steuern auf Kapital direkt auf kapitalistischem Privatbesitz lastenden Steuern sind absolut und relativ im Vergleich zu den Massensteuern lächerlich niedrig.

Tatsächlich sind nämlich in der Einkommensteuer nur noch Lohnbestandteile und keine Abgaben auf Kapitalgewinn mehr enthalten. Eine Übersicht für das Jahr 1977 beleuchtet das. Diese Übersicht ist auch heute noch gültig, weil die in der Zwischenzeit durchgeführten „Steuerreformen" die Lohnabhängigen noch mehr belastet und den Stand der Abgaben auf Kapital und Grundbesitz nicht mehr erhöht haben.

Zahlergruppe	1	2	3	4
Lohnabhängige	700000	66 %	87,5 %	457 Mill. Punt
Selbständige	200000	18,9 %	9,7 %	51 Mill.
Bauern	160000	15,1 %	2,8 %	15 Mill.
Gesamterwerbspersonen	1060000	100 %	100 %	522 Mill.

1 = zahlenmäßige Stärke der Einkommensteuerzahlergruppe (Z)
2 = prozentualer Anteil an allen Einkommensteuerzahlergruppen
3 = Anteil des Einkommensteueraufkommens der Z an der Gesamtsteuer
4 = Absoluter Anteil am Einkommensteueraufkommen 1977 (522 Mill.)

Jahr	Summe des ins Ausland transferierten Profits auf „Kapitalanlagen"	2
1977	669	403
1978	915	510
1979	1215	622
1980	1620	660
1981		884

(Angaben in Millionen Punt, 2 = Summe Schuldenbedienung in Mill. Punt).

Aus der Tabelle ist direkt ablesbar die Profitlichkeit von Investitionen in Irland; andererseits das Ausmaß der Verschuldung der Zentralregierung: jedes Jahr wird rund ein Fünftel aller Staatsausgaben nur verwandt, um Schulden zu bedienen.

Der Kapitalmarktausschuß der Bundesbank hat allein in den letzten neun Monaten für 700 Millionen Mark Regierungsanleihen der Freistaatsregierung genehmigt. Es ist offensichtlich, daß jede dieser Anleihen aus so und so viel Anrechtsscheinen auf die Ausplünderung so und so vieler Arbeiter besteht.

Wo geht nun dieses Geld hin? Tatsächlich geht es zu einem großen Teil direkt an die Imperialisten, darunter die der BRD.

Die „Industrieförderungsprogramme" haben allein 1977 bis 1982 nach IDA-Angaben jahresdurchschnittlich 400 Millionen Punt verschlungen. Das sind insgesamt um 8 Milliarden Mark. Der gegenwärtige Stand der Auslandsverschuldung beträgt 16 Milliarden Mark. Das bedeutet, daß die Verschuldung der Freistaatsregierung, welches Vergleichskriterium immer man anlegt, höher ist als die etwa Polens. Aber auch die „Inlandsverschuldung" ist zum großen Teil Auslandsverschuldung an Großbritannien. Fünf der acht großen irischen Banken sind Töchter britischer Banken. Es ist klar, daß auf diesem Umweg die europäischen Imperialisten direkt Einfluß auf die innerirische Politik nehmen können.

Ende 1982 hat die EG-Kommission „Empfehlungen" an Belgien und Irland abgegeben, in denen unter anderem „Konsolidierung des Staatshaushalts" und „Stabilisierung der Lohnkosten" gefordert werden. Im Klartext bedeutet das Steuererhöhung für die Massen und Lohnsenkung für die Lohnabhängigen.

Quellen: International Monetary Fund — Financial Statistics. Yearbook. Washington 1982, Abschnitt Irland. Europe Yearbook, verschiedene Jahrgänge. London 1980 — 83. Abschnitte Irland. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Wirtschaft des Auslands. Internationale Monatszahlen. Wiesbaden 1983 IDA. Verschiedene Publikationen, über IDA Büros in der BRD erhältlich: Annual Reports; monatlicher „Bericht aus Irland" für BRD-Kapitalisten; Overseas Companies in Ireland.

Freie Arbeitskräfte erwarten Sie in Irland

In Irland finden Sie alle Arbeitskräfte, die Sie gleich benötigen- und neun neue Fachschulen zusätzlich zu 300 schon bestehenden Berufsschulen sorgen für immer neue Fachkräfte. Ausbildungszuschüsse werden gewährt.

Beträchtliche, nicht zurückzahlbare Zuschüsse für Fabrikgelände, Gebäude und neue Maschinen. Vorteile durch reduzierte Mieten werden in den Industriegebieten eingeräumt.

Völlige Steuerfreiheit auf Exportgewinne für 15 Jahre plus weitere 5 Jahre reduzierter Steuern. Es besteht ein deutsch-irisches Doppelbesteuerungs-Abkommen.

Das Freihandels-Abkommen zwischen Irland und Großbritannien garantiert die zollfreie Einfuhr aller in Irland hergestellten Güter nach Großbritannien.

Mr. John O'Sullivan, der Repräsentant der Industrial Development Authority of Ireland, wird Sie gern informieren, wie Irland Ihrer Herstellerfirma helfen könnte, die Produktion für Großbritannien und die anderen 115 Länder, die in Irland hergestellte Güter kaufen, zu erweitern.

Sie erreichen ihn unter:
Köln-Marienburg, Bayenthalgürtel 13, Tel. (0221) 323100

INDUSTRIAL DEVELOPMENT AUTHORITY OF IRELAND

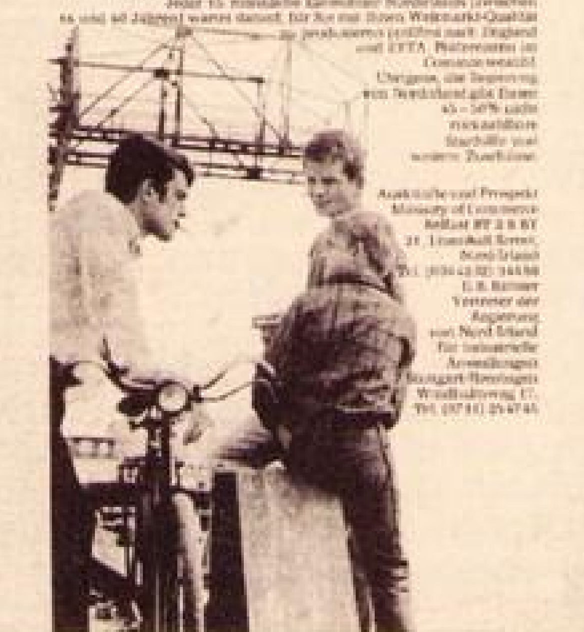
Lansdowne House, Ballsbridge, Dublin 4, Irland, Telefon 686161

Die Einrichtung der irischen Regierung zur Förderung der Industrialisierung.
Bereits fünfzig deutsche Fabriken produzieren in Irland Kräne, Elektronik, Textilien, Bleistifte, Plastikwaren und noch viel mehr für den Export. Sogar nach Deutschland!



Sie arbeiten, weil sie wissen, von nichts kommt nichts. Und weil sie gelernt haben, zu arbeiten. Sie denken erst einmal, bevor sie zupacken. Sie wissen, ihre Kräfte zu sparen.
(Why not?)

Aber für ihren deutschen Boß gehen sie bedingungslos durchs Feuer.



Mit großen Anzeigen lockte der irische Staat ausländische Kapitalisten an. Hier zwei Beispiele von Anzeigen für westdeutsche Unternehmer.

Meldungen

Südafrika

Lebensgefahr für Nelson Mandela

Seit 1964 sitzt der Führer der Befreiungsbewegung ANC im Gefängnis des Rassistenregimes in Kapstadt. Seine Frau richtet jetzt einen Hilferuf an alle Gegner der Apartheidspolitik, weil für Nelson Mandela wegen der unmenschlichen Haftbedingungen Lebensgefahr besteht. Er sei, so Frau Winnie Mandela, mit fünf seiner Genossen dort lebendig begraben. Die Gefängnisbehörde verweigert ihnen zum Beispiel seit über einem Jahr den Rundgang auf dem Gefängnishof.



Verschärfte Pressezensur

Fünf Presseorgane in Südafrika haben wegen ihrer Berichterstattung über die Erklärung des Präsidenten der südafrikanischen Bischofskonferenz, über polizeiliche Grausamkeiten in Namibia mit gerichtlichen Schritten zu rechnen.

Die Zeitschriften „Randy Daily Mail“ (bürgerlich-liberal) „Citizen“ (regierungsfreundlich!) die Zeitschrift für Schwarze „Sowetan“, das Blatt „Die Burger“ und die Nachrichtenagentur „SAPA“ sind von der Sicherheitspolizei informiert worden, daß sie gegen ein Gesetz von 1958 verstoßen hätten, das verbietet, Anschuldigungen gegen Polizisten oder die Polizei in ihrer Gesamtheit „ohne stichhaltige Beweise“ zu veröffentlichen.

Der Erzbischof von Durban hatte in seiner Erklärung den Tod von zwei schwarzen Volksschullehrern kurz nach deren Verhaftung angeprangert und gegen die brutale Ermordung einer fünfköpfigen Familie in Namibia protestiert. Weil die Zeitungen diese Erklärung zitierten, sollen sie zensiert werden.

In einem anderen Fall — dem im Parlament angeprangerten Vorgehen der Polizei in zwei schwarzen Vorstädten — hat die Regierung jetzt die Presse gewarnt. Das Ministerium für Gesetz und Ordnung drohte mit der Anwendung der oben genannten Paragraphen, falls irgendeine Zeitung die Anschuldigungen, die im Parlament gegen die Polizei vorgebracht wurden, veröffentlichen würde. Dennoch haben sich schon viele Zeitungen über die Warnung hinweggesetzt.

Zitat

„Im beschaulichen Windhuk, der kleinen Hauptstadt von Südwest, hat sich das gemütliche Flair der deutschen Kolonialzeit weitgehend erhalten.“ Mit diesem Spruch wirbt die Wochenzeitung „Rheinischer Merkur/Christ und Welt“ für eine Leserreise nach Südafrika und nach Namibia — eben der ehemaligen Kolonie des deutschen Kaiserreiches Deutsch-Südwestafrika.

Trotz massiver Militärhilfe des Westens

Antikolonialer Krieg im Tschad

„Bürgerkrieg im Tschad“ — „Libysche Großmachtpolitik“ — so und ähnlich lauten die Überschriften in bürgerlichen Zeitungen zu Artikeln über die stark aufgeflammten Kämpfe in der zentralafrikanischen Republik Tschad.

Wer kämpft da gegen wen, welche Interessen haben Frankreich, Zaire, Ägypten oder Libyen, die in diesen Konflikt verwickelt scheinen? Im folgenden versuchen wir,eine erste — notwendigerweise kurze — Antwort darauf zu geben.

Das zentralafrikanische Land Tschad ist eine frühere Kolonie Frankreichs, die Grenzen sind wie mit dem Lineal von den alten Kolonialherren gezogen. Nationale, religiöse, ethnische (verschiedener Stämme und Völker) Gegebenheiten wurden bei der willkürlichen Grenzziehung der Kolonialisten nie berücksichtigt.

So war der Tschad auch nach der formalen Abhängigkeit von Frankreich immer ein Land mit vielen inneren Problemen, über viele alte Verbindungen und Abhängigkeiten im Einflußbereich Frankreichs und des Westens.



Französische Militärmacht — in Afrika massiv eingesetzt

Im Jahre 1966 wurde die *Front de liberation du Tchad* (FROLINAT), die Nationale Befreiungsfront des Tschad gegründet. Sie war sehr schnell auch ein Bündnis verschiedener Stämme und Völker im Tschad gegen die Kräfte, die weiter mit Frankreich zusammenarbeiten wollten.

Elf dieser verschiedenen politischen und auch militärischen Gruppierungen schlossen sich 1979 zum *Gouvernement d'union nationale de transition* (GUNT), zur Nationalen Einheitsregierung des Übergangs zusammen. Ihr Führer wurde damals Gukuni Weddye, Verteidigungsminister wurde Hissen Habre.

Hissen Habre, ehemaliger Rebell gegen die ausländische Vorherrschaft strebte aber die Vorherrschaft nicht nur in dieser Befreiungsorganisation sondern auch im Lande an, putschte und gewann auch sofort die absolute Unterstützung seiner einstmaligen Feinde der Franzosen. Die meisten politischen Kräfte der GUNT verblieben aber im Bündnis, akzeptierten weiter Gukuni als ihren Führer. Gukuni wird auch von entschieden christlichen Kräften wie dem Führer von Bevölkerungsteilen aus dem Süden, dem Obersten Kamougue unterstützt, und diese Kräfte repräsentieren ganz offensichtlich die Mehrheit der Bevölkerung des Tschad.

Als Gukuni und seine Organisation nun in der letzten Zeit zur Offensive überging, als sie im Sturmlauf weite Teile des Nordens des Tschad unter ihre Kontrolle brachten, gab es für Habre nur einen Weg: Unterstützung suchen, um Hilfe rufen bei den westlichen Verbündeten und deren Freunden in Afrika.

Als erstes trat Frankreich auf den Plan: Mindestens 35 Tonnen militärischer Hilfsgüter waren wenige Tage nach dem „Hilferuf“ im Tschad. Mittlerweile schätzt sogar die „Süddeutsche Zeitung“ die Lieferungen auf über 200 Tonnen. Dazu kamen noch über 50 Berater aus Frankreich, Leute, die, wie bekannt wurde, samt und sonders Offiziere der in Kolonialkriegen nicht unerfahrenen französischen Armee sind. Die Zeitung „Le Monde“ schätzt mittlerweile, daß täglich 50 Tonnen Kriegsmaterial auf dem Luftweg nach Ndjamena, der Hauptstadt des Tschad gehen. Das völlig vom Westen abhängige Land Zaire ging noch weiter. Eine ganze Einheit von mindestens 250 Fallschirmjägern wurde in den Tschad verlegt. Nach den Worten des zairischen Botschafters im Tschad stehen diese Soldaten sowie die von seiner Regierung zusätzlich entsandten drei Flugzeuge zur „Bodenunterstützung“ und drei weitere Transportmaschinen „zur vollen Disposition“ des Oberkommandos der tschadischen Regierungsarmee.

Nicht zuletzt ist es Ägypten — und damit offen gesagt, der US-Imperialismus, das der Regierung von Hissen Habre völlige Unterstützung zukommen läßt. Diese Front, Zaire, Frankreich, Ägypten und die USA verleumden vor allem das Libyen des Obersten Ghaddafi. Obwohl mittlerweile nicht nur die Rebellen selbst, sondern auch internationale Beobachter bestätigt haben, daß keine libyschen Truppen den Widerstand gegen die Regierung von Ndjamena direkt unterstützen.

Gerade weil die Aufständischen unter Gukuni soviel Unterstützung haben, soviele Bevölkerungsteile repräsentieren, haben sie immer größere Erfolge. Die größte Stadt im Norden des Landes Faya ist unumstritten ihr Besitz, der Vormarsch nach Süden geht weiter.

Die Regierung in der Hauptstadt sieht ihr Heil nur noch in Hilferufen — vor allem nach Frankreich. Wenn bis Redaktionsschluß auch französischen Truppen noch nicht direkt eingegriffen haben, so besteht die Gefahr doch sehr stark. Und für den Fall, daß der Tschad mit Waffengewalt wieder voll in die Hände der westlichen imperialistischen Kolonisatoren gerät, haben auch Nachbarländer wie Libyen konkrete Maßnahmen angedroht. Denn die offene Intervention wäre eine Bedrohung für ganz Zentral- und Nordafrika.

Der Tschad ist eines der am dünnsten besiedelten Länder Afrikas. 4,6 Millionen Einwohner leben auf einer Fläche von 1,28 Mio. Quadratkilometern, das ist ungefähr so groß wie das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Im Norden leben ungefähr 10 Prozent der Bevölkerung, hauptsächlich islamische Nomaden. Die größte Bevölkerungskonzentration gibt es ganz im Süden, wo ungefähr 60 Prozent der Bevölkerung vor allem als arme Bauern leben. Diese sind meist christlicher Religion.

Meldungen

Malta

Kirchenbesitz enteignen

Das Parlament von Malta hat ein Gesetz verabschiedet, das die Enteignung des Grundbesitzes der katholischen Kirche vorsieht. Die Regierung Dom Mintoffs will das Gesetz in Kraft setzen, *„wenn der heilige Stuhl seine Haltung in den Verhandlungen mit der Regierung über ein neues Statut für den kirchlichen Besitz nicht ändert“.*

Da die Regierung von Malta schon seit Jahren versucht, eine schärfere Trennung von Kirche und Staat durchzusetzen, und vor allem die vielen katholischen Schulen „verweltlichen“ will, sind die Schulen besonderer Streitpunkt in dieser Entwicklung. Die katholische Kirche sieht durch das neue Gesetz die verfassungsmäßige Religionsfreiheit verletzt.

Spanien

Stahlarbeiter kämpfen weiter

Auch in der Urlaubszeit in Spanien haben die Stahlarbeiter von Sagunto ihre Aktionen zur Rettung des Stahlwerks „Altos Hornos de Mediterraneo“ fortgesetzt. Das staatliche Stahlwerk, daß die Regierung lieber heute als morgen stillgelegt haben will, beschäftigt immer noch 4000 Arbeiter. Für ihre Arbeitsplätze haben die Stahlarbeiter schon verschiedenste Demonstrationen und Verkehrsblockaden durchgeführt.

Zuletzt hat die von einer Kommission aus sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Gewerkschaften beschlossene Blokkade zu einer völligen Isolierung der nahe dem Stahlwerk gelegenen Stadt Valencia geführt.

Auf der Autobahn von Barcelona nach Valencia staute sich der Verkehr bei großer Hitze wiedermal auf mehr als 35 Kilometer. Die Behörden mußten Notdienste für die Versorgung der Wartenden mit Trinkwasser einrichten. Auch die Nationalstraßen und Landstraßen wurden — teilweise sogar mit brennenden Barrikaden — blockiert. Zusätzlich wurden Eisenbahnlinien außer Betrieb gesetzt, weil das gesamte Weichensystem nicht mehr funktionierte. Sogar ein Hochspannungsmast wurde gefällt.

Nicaragua

Soares hilft Pastora

Der von Costa Rica aus von Süden her gegen die sandinistische Regierung kämpfende Rebellenführer Eden Pastora hat jetzt zugegeben, daß er vom portugiesischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der dortigen Sozialistischen Partei Mario Soares Hilfe erhält. In einem Interview mit der Illustrierten „Bunte“ sagte Pastora auf die Frage, ob er für seinen Kampf gegen das freie Nicaragua Unterstützung von europäischen Regierungen bekomme: *„Nein, nicht genügend. Nur Portugals Ministerpräsident Mario Soares hat uns etwas mehr für uns getan.“* Der Führer der konterrevolutionären Rebellen nannte sich selbst einen *„demokratischen Sozialisten“, „etwa so wie Mario Soares“.*

Wenn Rot?-China Hongkong wiederbekommt:

Nichts wird sich verändern!

In 14 Jahren, im Jahre 1997 läuft die Kolonialzeit des britischen Empires in Hongkong ab. Kürzlich begannen die ersten Verhandlungen zwischen der VR China und der britischen Regierung.

Hongkong — ist Freihandelszone mit vielen Sonderrechten für das internationale Kapital, ist Goldgrube für verschiedene Multis —, kommt dann am 1. Juli 1997 zurück in die Volksrepublik China. Die chinesische Regierung, zur Zeit um eine Öffnung nach Westen — oder offen gesagt sagt —, zum westlichen Kapitalismus bemüht, hat jetzt signalisiert, wie sie sich die Eingliederung Hongkongs genau vorstellt. Im folgenden Auszüge aus einer Rede des Politbüro-Mitglieds der chinesischen KP, Xi Zhongxun gegenüber Hongkonger Geschäftsleuten:

„Die Kommunistische Partei Chinas ist der Auffassung, daß sich die Kulturrevolution nicht wiederholen kann. Die Unruhen 1967 (in Hongkong) waren ein Fehler. Was ist der Punkt? Nicht nur Hongkong hat kein Interesse an Unruhen, sondern genauso China. Nicht heute, nicht morgen.

Ich möchte über die beiden Systeme sprechen. Wir werden das kapitalistische System in Hongkong nicht ändern. China und Großbritannien sind befreundete Länder. Eine Lösung des Problems (Hongkong) wird China wie Großbritannien zur Ehre gereichen.

Hongkong hat einen internationalen Freihafen, ist ein internationales Handels- und Finanzzentrum. Keine Frage, daß Hongkong sich weiterentwickeln wird. Geld und Leute werden zurückkehren. Das (derzeitige) ökonomische Tief für Hongkong ist zeitlich begrenzt. Ärgern sie sich nicht über die Abreise von ein paar Leuten. Sie können später zurückkehren.

Die Menschen können zwei Heimate haben, eine in Hongkong und eine in einem fremden Land. Sehen sie sich um und kommen sie wieder.

Wir garantieren, daß sich in Hongkong absolut nichts verändern wird. Die Freiheit, das System und Ihre Art zu leben werden bewahrt werden. Natürlich ist absolute Freiheit nicht möglich. Bei absoluter Freiheit würde jedes System zusammenbrechen.

Ärgern sie sich nicht. Wenn diese Generation geht, wird die nächste intelligenter sein. Meine Generation hat eine Menge Dummheiten gemacht. Wir werden sie korrigieren.

Ein Land ist wie ein Individuum, wir entwickeln uns durch unsere Fehler.“

(Übersetzt nach: Far Eastern Economic Revue)

Bus(c)hklopfen

Liebe Genossinnen und Genossen, als ich die Überschrift **im „Roten Morgen" Nr. 26 zu Krefeld „Lieber Steine gegen Bush, als Rosen für die Polizei"** las, hab ich mich riesig gefreut. Endlich mal in dem Wust von Distanzierungen eine eindeutige Klarstellung! Ob Revis, MLPD, Grüne oder was weiß ich sonst noch — sie können wohl alle nicht mehr zwischen Freund und Feind unterscheiden. Natürlich sollte man diskutieren, ob die Aktion nützlich war, aber genauso sollten diese Damen und Herren der DKP, MLPD, Grüne... mal diskutieren, ob es richtig ist, Leute, die ihrer berechtigten Wut — ja ihrem Gefühl der Ohnmacht gegenüber Lügnern und Mördern wie Kohl, Bush usw. durch Steine Luft verschaffen, nicht eher auf unserer Seite stehen, als ein Willi Brandt, dessen Partei jahrelang die Mörderpolitik der USA gestützt hat, oder auch die, die mit aller Macht die Friedensbewegung auf den gewaltfreien Widerstand festnageln wollen und jetzt schon helfen, alle anderen zu kriminalisieren.

Ich will damit überhaupt nicht bestreiten, daß auch „gewaltfreie" Aktionen bisher sehr nützlich, wahrscheinlich sogar nützlicher als die anderen, für die Verbreiterung der Friedensbewegung waren. Aber wenn sie weiter „gewaltfrei" bleibt — koste es was es wolle — wird sie scheitern. Das Schlimme ist, daß das die Funkies von MLPD, DKP und teilweise der Grünen auch wissen. Deshalb noch mal ein herzliches Danke schön an euch.
Euer W. aus Bochum

Auseinandersetzung?

Liebe Genossen!
War denn alles, was die Partei vor dem 4. Parteitag gemacht hat, sektiererisch?

Wenn ich mir den „Roten Morgen" der letzten Zeit vor Augen halte, habe ich den Eindruck, daß da etwas Entscheidendes fehlt. Es fehlt mir einmal der konsequente Kampf gegen den modernen Revisionismus und die Darstellung des sozialistischen Auswegs in unserem Land.

Sicher, im „Roten Morgen" stehen Artikel gegen die Einkerkerung der Genossen in der DDR, stehen Artikel zum Leben in Albanien. Aber: der Kampf gegen und die entlarvung des modernen Revisionismus kann sich doch nicht nur darauf beschränken, die Freilassung der gefangenen Genossen in der DDR zu fordern; die Propagierung des sozialistischen Ausweges erfordert, was sich bei uns hier im Sozialismus in dern wird, konkret aufzuzeigen, zu sagen, wie der Sozialismus in unserem Lande aussehen soll. Warum ist denn die Partei Ende 1968 gegründet worden? Der Grund war doch, weil die alte KPD revisionistisch entartet war und sich nicht mehr für den Sozialismus einsetzte. Die Partei ist im scharfen Kampf gegen den modernen Revisionismus gegründet worden.

Was unterscheidet die Partei von den verschiedenen Zirkeln? Doch in erster Linie darin, daß sie einen konsequenten Standpunkt gegen den modernen Revisionismus **aller** Schattierungen einnimmt. Meiner Meinung nach ist und bleibt das auch heute noch der Dreh- und Angelpunkt in der Auseinandersetzung mit den Zirkeln.

Gut! Im letzten „Roten Morgen" steht jetzt ein Artikel zur MLPD. Es wurde ja mal Zeit! Aber wo ist eine umfassende Einschätzung beispielsweise des BWK (oder stimmt die Partei mit dem BWK in allen Punkten überein?), wo ist auch eine umfassende Einschätzung der MLPD etc.

Sicher, subjektiv mögen alle Zirkel von sich behaupten, die wahre Linie zu vertreten, alleine den Anspruch zu haben, Nachfolgeorganisation der alten KPD Ernst Thälmanns zu sein. Aber objektiv? Wie äußert sich denn deren Kampf gegen den modernen Revisionismus? Hat die Partei dazu nichts zu sagen?

Mir scheint, daß mit dem 4. Parteitag einige durchaus korrekte Dinge über Bord geworfen worden sind, die nichts mit Sektierertum zu tun haben, aber viel mit dem proletarischen, revolutionären Kampf einer kommunistischen Partei. War nicht die Auseinandersetzung damals mit der Gruppe-Rote-Fahne-Bochum oder später mit der GRF eine durchaus korrekte Sache, die auch zum Erfolg geführt hatte?

Subjektiv oder objektiv; hin oder her; wer ist nun in unserem Land die Kommunistische Partei? Die KPD oder nicht?
Rot Front
H.Z. aus Westberlin

Leserbriefe ...

zu beantworten ist mit steigender Zahl (trifft voll und ganz auf uns zu) eine wachsende (Arbeitsqual). Deshalb ging's in letzter Zeit, obwohl uns diesmal weder Pressefest noch Wahlkampf behinderten zum dritten Mal seitdem wir das so organisiert haben, wieder mal sehr langsam.

Nach dem Urlaub, und das ist ein Versprechen, habt ihr eure Antworten.

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Alles wird teurer, nur der „Rote Morgen" nicht. Diese wundersame Erscheinung hat ihre Ursache darin, daß der Herausgeber der Zeitung, die KPD, das große Defizit für ihre kommunistische Wochenzeitung abdeckt.

Mehr als das zweifache des Verkaufspreises von 1 DM kostet ein Exemplar des „Roten Morgen", wenn man alle echten Kosten einrechnet. Diese beginnen bei den Löhnen für die Redakteure und andere Mitarbeiter des Verlages, umfassen die Ausgaben für Zeitungsabos und Fachliteratur für die Redaktion, die anteiligen Büromieten, Heizungs-, Strom- und Telefonkosten, die für die Arbeit am „Roten Morgen" aufgebracht werden müssen. Weitere Kostenfaktoren sind Verpackungsmaterial und Portokosten, die EDV-Buchhaltung — und natürlich nicht zuletzt die Satz-, Repro- und Druckkosten.

Eine eigentlich notwendige drastische Preiserhöhung kann abgewendet werden, wenn es gelingt, das zur Zeit bestehende Defizit, die „Subvention" des „Roten Morgen", durch die Partei zu senken. Der beste Weg wäre eine enorme Auflagensteigerung. Politisch sicherlich und auch ökonomisch der beste Weg. Doch die bevorstehenden Sommermonate und die realistische Einschätzung des „Marktes" lassen diesen Weg als den einzigen nicht als sehr erfolgreich erscheinen. Darum wollen wir über eine Spendenkampagne alle Genossen, Freunde und Leser des „Roten Morgen" auffordern mitzuhelfen, das Defizit des RM um 30000 DM zu reduzieren. Damit eine Preiserhöhung verhindert wird, und der notwendigen Verbreitung des „Roten Morgen" nicht die „2-DM"-Hemmschwelle entgegensteht.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467

Zur Militärparade am Samstag, 2.7.1983

Militaristenaufmarsch

(Leserbericht aus Gießen)

Entgegen der Mitteilung in der Zeitung und in der Hessenschau im Fernsehen, waren meiner Meinung nach weit über 1000 Teilnehmer der Friedensbewegung aus dem Raum Gießen gekommen, um gegen die Militärparade ihre Meinung kundzutun. Die Jubler für die Parade kann man nicht als Tausende Zuschauer bezeichnen, vielmehr handelte es sich lediglich um die Familienangehörigen der US-Soldaten bzw. die zivil angezogenen US-Soldaten, die nicht im Dienst waren und wohl organisiert deutsche und amerikanische Fähnchen erhielten und um unverbesserliche Militaristen und Reservisten. In der Pause der Militärparade, die sich zwischen den Soldaten- und „Musikgruppen" und der Waffenheerschau (Panzer, Kettenfahrzeuge und raketenbeladene Fahrzeuge) bildete, konnte man in zahlreichen Diskussionen erkennen, welch reaktionäre Zuschauer das waren. Ich würde sagen, Bevölkerung im normalen Sinne gab es hier keine, die war am verkaufsoffenen Samstag in der Einkaufszone. Hier bei der Militärparade standen sich Militaristen, Ewig-Gestrige einerseits und Antimilitaristen und Friedensbewegung breit gestreut andererseits gegenüber.

Nur durch ein massives Aufgebot an Polizei, Militärpolizei der US-Besatzer und Bereitschaftspolizei war es möglich, daß die Militärparade durchgeführt wurde. Versuche, überhaupt auf die Straße zu kommen, um sich vor die Panzer zu legen oder ähnliches wurden mit brutaler Gewalt verhindert. So überwog das Trillerpfeifen, Aufsteigenlassen von Luftballons mit dem „Kreuz" (Christus-Friedenskreuz?) Parolen „Aufhören, aufhören" USA raus aus Nicaragua" vereinzelt „Ami go home".



Gleich zu Beginn der Parade wurde die Fahrbahn mit einem Schlagstockeinsatz geräumt.

Einen großen Eindruck auf mich machte, als ein einzelner eine Puppe vor die Soldaten warf, aus der rote Flüssigkeit auf die Straße floß, so daß alle weiteren Teilnehmer über eine große „Blutlache" marschieren mußten. Selbst dieser Demonstrant wurde sofort brutal zurückgezerrt und die Kinderpuppe aggressiv in einen Garten hinter dem Bürgersteig zurückgeworfen.

Ich selbst muß gestehen, obwohl gegenüber dem letzten Jahr die Teilnehmer der Gegner der Militärparade wesentlich gestiegen ist, bildete sich in mir ein Zeichen der Ohnmacht infolge des ungeheuren Polizeiaufgebots, aber auch der teilweise so illusorischen Gedanken der pazifistischen Friedenskämpfer. Da muß sich noch einiges in der Friedensbewegung ändern, wenn die Stationierung verhindert werden soll und vor allem ein Krieg verhindert werden soll, egal ob konventionell oder atomar. Da gibt es für uns noch vieles zu tun.

PS: Gegenüber letztes Jahr hat sich die Änderung der Lage auf beiden Seiten deutlich gezeigt:

1. in der Vorbereitung der Gegner der Militärparade, die SPD hat sich von zaghafter Zurückhaltung zum Spitzenantimilitaristen hervorgemausert (es wurden Hunderte Plakate geklebt, 15000 Flugblätter vorher verteilt — allerdings nicht nur von der SPD).

2. Der CDU-Magistrat hat dieses Jahr entsprechend der Wende in Bonn massiv seine Gewährung der „Freiheit des Demonstrationsrechts" gezeigt.

(Schon ab 8.00 Uhr früh waren alle Zugangsstraßen zur Grünberger Straße, wo die Militärparade stattfend, für Autoverkehr gesperrt, die Ehrentribüne war ca. 200 Meter vorher in Richtung Stadtmitte total abgesperrt und selbst für die o.g. Jubler nicht erreichbar).

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... **Unterschrift:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Hilde und Franz — zwei Leben für die Arbeiterklasse

(Leserbericht aus Düren)

Im Auftrag des ZK der Partei überbrachten Mitglieder der Ortsgruppe Düren die Ehrenmitgliedsbücher an Hilde und Franz Collet in Weisweiler.

Beide waren schon 1919 Mitglied in der Thälmann-KPD. Im Jahre 1924 bauten sie in Weisweiler die Ortsgruppe der Roten Hilfe auf. Beide hatten starken Anteil am Kampf gegen die Faschisten, die auch im Braunkohlenrevier ihr Unwesen trieben. Bis zum Jahre 1938 kassierte Hilde noch laufend die Beiträge für die Rote Hilfe. Von diesen wurden die Frauen inhaftierter Genossen unterstützt. Als beste Zeitungsverkäuferin war Hilde schon Mitte der zwanziger Jahre mit dem Lenin-Orden der KPD ausgezeichnet worden. Bis zum Ende des Krieges war ihre Arbeit dann nur noch illegal möglich.

Danach arbeiteten beide in der KPD unter Max Reimann, aus der die heute revisionistische DKP hervorging. Aus der Letzten wurde Franz ausgeschlossen, weil er gegen den falschen Kurs der DKP entschieden angegangen war. Daraufhin trat auch Hilde aus der DKP aus.

Nach einem kurzen Zeitraum, in dem sie Mitglied der Gruppe Rote Fahne waren, fand die revolutionäre Linie der KPD (ML) ihre Zustimmung, die sie seit langem schon mit Spenden unterstützen.

Hilde ist heute 80 und Franz 82 Jahre alt. Trotzdem ist der Wille zum Kampf gegen die Ausbeuterklasse noch immer in ihnen lebendig. Zwei Kämpfer, die heute auch von den Schäden, die ihre Gesundheit mitbekommen hat, gezeichnet sind. Vorbilder für unsere jungen Genossen.



HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW

Brennpunkt Zentralamerika

Eduardo Galeano

Sie zielen auf die Hungernden nicht auf den Hunger

Man beugt sich über internationale Statistiken und fragt sich: In was für einer Welt leben wir eigentlich? In einem riesigen Irrenhaus vielleicht? In einem Schlachthof? Wer hat das Stück geschrieben, in dem wir hier mitspielen müssen? Was für ein verrückter oder euphorischer Henker? Hat die Geschichte gelogen, als sie Frieden und Fortschritt versprach?

Zehntausend Menschen verhungern pro Tag, aber jeden Tag gibt die Welt mehr als Tausend Millionen Dollar für Heere mud Waffen aus. Vergleicht man die Militärausgaben mit Zahlen über Analphabetismus, Krankheit und Rückständigkeit und bedenkt, daß man mit dem Geld für einen einzigen Panzer fünfhundert Schulräume ausstatten kann, kommt einem das Grausen.

Ein Düsenjäger kostet so vie wie vierzigtausend Apotheken, und mit dem Geld für einen Zerstörer kann man für neun Millionen Menschen Licht legen. Auch wenn die Waffen ruhen und niemals eingesetzt werden, verschlingen sie doch die Mittel der Weltwirtschaft. Und es ist sicher, daß sie eingesetzt werden. Nicht gegen den Hunger, sondern gegen die Hungernden.

Kriegswirtschaft in Friedenszeiten? Aber was für ein Frieden? Auch wenn kein einziger Schuß fällt, keine einzige Bombe platzt, so verlangt doch ein heimlicher und niemals und nirgends erklärter Krieg in Ländern wie El Salvador und Guatemala immer weiter dreißig Millionen Opfer pro Jahr. Dreißig Millionen Menschen verhungern jedes Jahr — in der Welt? Ach nein: in der Dritten Welt. Das heißt doch: in einer anderen Welt. Dieser Begriff „Dritte Welt", den Alfred Sauvy vor Jahren, ohne zu ahnen, daß er den reichsten Ländern nur als Alibi dienen sollte, schuf, hat ein trauriges Schicksal erlitten. Zur sogenannten Dritten Welt gehört die kapitalistische Welt, und zwar aus dem einfachen Grunde, daß Unterentwicklung nicht eine Phase der Entwicklung ist, sondern historische Konsequenz der Entwicklung der anderen. Einige Länder sind arm, weil andere Länder reich sind, nach einer langen Geschichte von Diebstahl, die immer verborgen und abgestritten wird, aber trotzdem traurig real ist.

Verschwendung von Mitteln oder Mittel, um die Verschwendung zu verteidigen? Ließe sich die ungleiche Organisation der Welt auch nur einen einzigen Tag lang aufrechterhalten, wenn die privilegierten Länder und sozialen Klassen, die an dem Überfluß gewöhnt sind, nicht bis an die Zähne bewaffnet wären?

Das Elend der vielen bedroht den Reichtum der wenigen. Diese Handvoll Länder, die an der Konsumkrankheit und der Prunksucht leiden und vollgestopft sind mit nutzlosen Gütern, die gierig auf den Markt geworfen werden und den Reichtum dieser Erde verzehren, haben allen Grund, in Alarmzustand zu leben und nachts nur eines der Augen zu schließen. In einer neueren Studie bemerkt Jean Ziegler, daß die gegenwärtige Welt, eine Welt des Hungers, genug Getreide produziert, um eine Bevölkerung satt zu machen, die dreimal größer ist als die derzeitige. Ein Drittel des Getreides wandert in die Bäuche der Kühe. In den reichen Ländern sterben vier von zehn Menschen nicht am Hunger, sondern an der Verfressenheit, durch übermäßigen Genuß von Fleisch und Fetten.

Jacques Chonchol hat in einer anderen, ebenfalls neueren Arbeit nachgewiesen, daß Lateinamerika mehr Kalorien und Proteine produziert, als seine Bevölkerung benötigt, und trotzdem: Die Hälfte der Lateinamerikaner sind Kinder und die Hälfte dieser Kinder sind unterernährt. Der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (FAO) zufolge leiden von hundert Kindern in Lateinamerika fünfunddreißig unter schwerwiegender Unterernährung, so heißt für die Techniker der Hunger. Kann es da noch jemanden wundern, daß die am meisten ausgebeuteten Länder genausoviel für Waffen ausgeben wie für landwirtschaftliche Entwicklung? Diese Tatsache kann und soll Unwillen hervorrufen, aber niemals Erstaunen. Gibt es in diesen Ländern denn keine Herren? Und haben diese Herren nicht gute Gründe dafür, sich als Verfolgte zu betrachten? Die unterentwickelten Länder — Scham oder Heuchelei brachten für sie die Bezeichnung „Entwicklungsländer" auf — haben ihre Rüstungsausgaben von 1970 bis 1975 verdoppelt. In demselben Zeitraum haben sie die Lebensmittelproduktion pro Kopf verringert.

Wie könnten die, die in Chile die Demokratie in Blut ersäuft haben, ohne Bajonette hinter jedem Rücken denn herrschen? Wie sonst ließe es sich erreichen, daß Millionen von Chilenen nur noch von Nudeln leben, während die Sieger jeden Tag ihre „Baguettes" im Flugzeug aus Paris kommen lassen und Whisky mit Wasser aus Schottland trinken?

In diesem Zusammenhang steht die Explosion der Krise in Mittelamerika. Im Rahmen dieses Gesamtbildes wird Nicaragua mit Drohungen bombardiert und Kuba mit Beschuldigungen — dieser rote Teufel mit den Hörnern und dem langen Schwanz, der Gott gleich überall ist —, in diesem Rahmen wird die Invasion nach El Salvador und Guatemala offener und direkter. Der revolutionäre Aufruhr in Mittelamerika ist, wenn man den Dingen auf den Grund geht, die Antwort auf den heimlichen Krieg, der die Kinder verhungern läßt und auf die unsichtbare Gewalt, die ganze Völker gefangen nimmt und Länder zu Gefängnissen macht. Es sind Kriege gegen den Krieg, die diese geplagten Länder erschüttern: Befreiungskriege, die die Ursache des Krieges angreifen; Kriege gegen den alltäglichen Krieg, der die Arbeiterklasse ausbluten läßt; Kriege gegen den falschen Frieden in den Kerkern und auf den Friedhöfen; Kriege des Volkes für den einzigen Frieden, der den Namen Frieden verdient, ein menschenwürdiger Frieden. Die Forderung des Volkes nach tiefgreifenden Veränderungen ist eine Konfrontation mit dem System, sie demaskiert es. Die imperiale Macht gibt — in ihren Herrschaftsgebieten bedroht — den Befehl zur Vernichtung und der „Terrorismus des Staates" zeigt all seine Zähne. Die Herren des Terrors, die Terroristen in Uniform nennen ihre Opfer Terroristen. Zur Illustration nur eine einzige Angabe aus dem letzten Informationsbericht der „Gruppe Verschwundene" in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen: In El Salvador sind 87 Kinder unter 14 Jahren von den Streitkräften festgenommen worden. Diesen Kindern ist Terrorismus vorgeworfen worden. Diese Kinder sind verschwunden.

Auf einer Pressekonferenz meinte Jeanne Kirkpatrick, die Vertreterin des Präsidenten Reagan bei den Vereinten Nationen, Somoza sei den Sandinisten vorzuziehen. Ehrlicherweise hätte sie sagen sollen, sie würde William Walker vorziehen. William Walker war ein nordamerikanischer Seeräuber, der sich vor mehr als hundert Jahren (1856) zum Präsidenten von Nicaragua und El Salvador erklärte und in diesen Ländern die Negersklaverei wieder einführte. Die Vereinigten Staaten, die sich ein halbes Jahrhundert lang weigerten, die Unabhängigkeit von Haiti zu akzeptieren, erkannten die Regierung dieses Filibusters sofort an und entsandten einen Botschafter. Im Jahr darauf wurde Walker von den mittelamerikanischen Patrioten gestürzt. Präsident Buchanan aber verkündete von Washington aus: „Das ist das Schicksal unserer Rasse: Unsere Wanderung nach Süden wird weitergehen und niemand wird sie aufhalten. In kurzer Zeit wird Mittelamerika ...". Zehn Jahre zuvor hatte Nordamerika durch eine militärische Invasion Mexiko die Hälfte seines Staatsgebietes entrissen.

Die Geschichte der nordamerikanischen Intervention in Mittelamerika, in der Karibik und im übrigen Lateinamerika — eine Geschichte von nicht enden wollenden Gemeinheiten und Willkürakten — begleitet Schritt für Schritt die Geschichte der Entstehung und Konsolidierung der Vereinigten Staaten als Weltmacht. Wir wollen diese Geschichte hier nicht erzählen. Es reicht, die gegenwärtige Realität von Ländern zu betrachten, in denen der Diktator oder jeweilige Präsident sich so verhält, als wäre er Botschafter der USA und der Botschafter der USA sich so verhält als wäre er Vizekönig; und der Wirtschaftsminister, als wäre er Eintreiber von Tributen. Gleichzeitig reißt der Oberbefehlshaber der Streitkräfte den besiegten Indios den Skalp ab. Man braucht nur daran zu denken, daß der gegenwärtige tragische Zyklus von Guatemala 1954, vor fast dreißig Jahren, damit begonnen hat, daß die USA eine Invasion bewaffnete, ausrüstete und trug, die eine demokratisch gewählte Regierung mit Blut und Feuer liquidierte, weil sie auf den subversiven Gedanken gekommen war, mit einer Landreform anzufangen. Später, in den 60er Jahren, machten die USA, um den Aufstand der verjagten Bauern niederzuschlagen, Guatemala zu einem Laboratorium für die Anwendung der Technik des „schmutzigen Krieges", den sie in Vietnam erprobt hatten. Guatemala war das erste lateinamerikanische Lnad, wo die Technik der „Verschwundenen" in großem Maßstab angewandt wurde. Heutzutage wird diese Methode dort weiterhin praktiziert, ebenso in El Salvador und anderen Ländern, die von Entführern regiert werden. In Argentinien hat diese Methode nicht weniger als zwanzigtausend Opfer gefordert; die Maschine der Macht hat sie, um Spuren zu verwischen, verschlungen.

Seit Jahren zeigt uns die Wirklichkeit auf schmerzliche Weise, daß die nordamerikanischen Ausbildungszentren für lateinamerikanische Militärs die Diktatoren in Serie produzieren. Dort haben die Generäle, die an der Macht sind, gelernt, in menschliches Fleisch zu hacken und mit Verrat direkt oder unter ziviler Maskierung in den meisten unserer Länder zu regieren. Manchmal taumeln diese Mittelsmänner beim wütenden Ansturm des Volkes. Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hat gerade mitgeteilt, daß die Armee und die paramilitärischen Gruppen in El Salvador für fast alle politischen Morde verantwortlich sind, die dort im Lauf des vorigen Jahres passiert sind. Elftausend Ermordete abseits der militärischen Kämpfe, einige fachkundige Journalisten setzen die Zahl noch viel höher an; sie schreiben, daß die Militärs in El Salvador pro Guerrillero, den sie erschießen, je vierzig Zivilisten ermorden. Und trotzdem: Es nützt nichts. Der CIA rät dem Präsidenten zu massivem Eingreifen von US-Truppen. Bis jetzt hat die verstärkte Entsendung von Waffen und „Beratern" nur die Zahl der Toten, nicht aber die Stabilität der Diktatur vermehrt.

Vom Standpunkt der meisten westlichen Medien aus gesehen, gibt es in der Welt Tote zweiter Klasse. Das sind die Opfer des Imperialismus, wenn er in den Ländern zweiter Klasse die Schraube anzieht. Fünfzig Verbrechen pro Tag in El Salvador oder Guatemala gehören zur „natürlichen Ordnung der Dinge", sind „normal" und verdienen selten mehr als eine makabere Fotografie oder irgendeinen Artikel über den malerischen Aspekt des Entsetzens. In der ungleichen Organisierung der Welt gibt es Menschen, die der Solidarität wert sind und Menschen, die höchstens ein Almosen oder nur Mitleid verdienen. Was wäre aus Andrej Sacharow, wenn er in El Salvador geboren wäre? Wäre Lech Walesa so berühmt geworden, wenn er Arbeiterführer in Guatemal gewesen wäre? Die Diktatur von José Napoleón Duarte hat mit Pauken und Trompeten die Festnahme der Soldaten verkündet, die der Vergewaltigung und des Mordes an vier nordamerikanischen Nonnen in El Salvador schuldig waren. Nie wird Duarte die Festnahme von Soldaten verkünden, die sich nicht weniger schreckenerregender Morde an Tausenden und Abertausenden ihrer Landsleute schuldig gemacht haben. Das Verbrechen an den nordamerikanischen Nonnen war ein gefährlicher Irrtum des Regimes; das Schlachten der Leute aus El Salvador ist Notwendigkeit und Verdienst.

Das Drama von Polen — ein Drama der Trennung der Arbeiterklasse von der Macht, die sie zu repräsentieren behauptet — hat letzthin zu wahren Orgien der Heuchelei Anlaß gegeben. Wir haben gesehen, wie Kerkermeister, Henker und Inquisitoren aus der Türkei, aus Uruguay oder Guatemala ganze Meere von Tränen um die mißhandelte Freiheit der polnischen Arbeiter vergossen haben, als wären die Arbeiter der Werften von Danzig die natürlichen Verbündeten der Diktaturen in der sogenannten „freien Welt".

Die Dialektik gegenseitiger Erpressung regiert die internationale Politik. Vorsicht! Man darf den Fuß nicht in die alte Falle setzen. Die Klage gegen die Verantwortlichen für die mittelamerikansiche Schlächterei bedeutet weder Gleichgültigkeit noch Zustimmung für den Staatsstreich in Polen. Die Verurteilung der sowjetischen Invasion in Afghanistan, die durch Fakten das lauthals verkündete Recht auf die Selbstbestimmung der Völker negiert, bedeutet keinerlei heimliches Einverständnis mit der kapitalistischen Verbrechensmaschine. Zu zeigen, daß die Angst um die Privilegien Hauptgrund für die wahnsinnige Aufrüstung ist, bedeutet nicht zu verkennen, daß die wachsende Militarisierung des sozialistischen Blocks mehr als nur Ergebnis einer langen Geschichte von Blockaden und Drohungen der imperialistischen Mächte ist. Wir wissen sehr wohl, daß die Länder des Ostens ihre Militärmacht für die Verteidigung und die internationale Solidarität gebrauchen, aber wir wissen auch von anderer Nutzung. Beklagenswerterweise wurde diese Militärmacht in der Vergangenheit mehrfach dafür eingesetzt und wird auch heute noch dazu benutzt, „Heterodoxie" und „Abweichungen" vorzubeugen oder sie zu züchtigen, wodurch dann ein bestimmtes Modell von Sozialismus aufgezwungen wird, das Widerspruch und Zweifel als Zeichen von Häresie und Verrat wertet.

Eine gewaltige Manipulationsmaschinerie versucht uns wieder in die Zeiten des kalten Krieges zurückzubringen. Das Manöver ist nicht ungefährlich: Es wird versucht, die Revolution in Mittelamerika unter den Begriff „Ost-West-Konflikt" zu subsummieren, um sie als Teil einer sowjetischen Verschwörung zu betrachten und ihre tiefgreifenden nationalen Wurzeln zu verdecken. Man versucht vor allem, die Schuldigen für so viel Blutvergießen zu tarnen und reinzuwaschen. Wußten Sie, daß es in Guatemala ein Büro gibt, das sich um die Einhaltung der Menschenrechte kümmert? In diesem Land, das durch Invasion von außen in ein Schlachthaus verwandelt worden ist, kümmert sich dieses Büro um die Verletzung der Menschenrechte — in der Sowjetunion.

Die Alibis für die nicht enden wollenden imperialistischen Interventionen in Mittelamerika beleidigen Herz und Verstand.

Die USA waren das erste Land, das die Sandinisten um ökonomische und militärische Hilfe gebeten haben, nachdem die Diktatur von Somoza gestürzt war. Sie stießen dort auf verschlossene Türen, Kreditverträge wurden verletzt und an Bedingungen geknüpft. Drohungen: Das mächtigste Reich der Geschichte betrachtet Nicaragua als Gefahr, dies kleine Land, das von einer langen Diktatur, einem Erdbeben und einem Krieg verwüstet in Trümmern liegt. „Somoza ist ein Hurensohn", aber er ist unser „Hurensohn", heißt es, hat Roosevelt gesagt. Jetzt, wo Nicaragua Nicaragua sein will und in seiner Revolution beginnt, sich selbst zu entdecken, greift Präsident Reagan zum 45er Colt.

Für den Bau von Wasserkraftwerken und die Entwicklung der geothermischen Energie benötigt Nicaragua achthundert Millionen Dollar. Das wäre ein Sprungbrett, um in großen Sätzen vorwärts zu kommen. Der Betrag ist scheinbar gewaltig, aber er ist achthundertfünfundvierzigmal geringer als der, den die USA im Laufe des Krieges in Südostasien darauf verwandten zu verhindern, daß Vietnam Vietnam würde. Um Vietnamesen zu morden, gaben die USA 676 Milliarden Dollar aus: Allein an Sprengstoff haben sie so viel verpulvert wie zweihundert Hiroshima-Bomben.

Wieviel geben sie jetzt dafür aus, und wieviel wollen sie noch dafür ausgeben, zu verhindern, daß El Salvador es selbst wird? Wir kennen die vorgeschobenen Gründe. Gibt es denn jemanden, der ehrlich daran glaubt, daß sowjetische Agenten die Schuldigen sind, wenn die Bewohner von El Salvador den niedrigsten Kalorienverbrauch in ganz Lateinamerika haben? Von je zehn Kindern in El Salvador sind acht unterernährt. ***Solche*** *Gewalt führt zu Gewalt. Die Demokratie war in El Salvador früher das Königreich von 14 Familien. Heute ist sie das Königreich von 244 Familien. Niemand glaubt an die Farce der Wahl unter Kriegsrecht.* ***Solche*** *Gewalt führt zu Gewalt. Vor zwei Jahren gingen die Streitkräfte von El Salvador aufs Land und besetzten es. Sie übergaben 5 Prozent der Ländereien an Bauern-Kooperativen und nannten das „Land-Reform". Bevor das Jahr 1980 zu Ende war, ermordeten die Streitkräfte zweihundert Führer dieser Kooperativen.* ***Solcher*** *Krieg führt zu Krieg.*

Diesen Beitrag veröffentlichte der Schriftsteller und Historiker Eduardo Galeano am 10.5.1982 in „Barricada", dem offiziellen Organ der FSLN in Managua. Die Übersetzung von Tom Koenigs entnahmen wir dem Buch „Pulverfaß Zentralamerika", Hammer Verlag, Wuppertal 1983.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 28/29, 15 Temmuz 1983 Yıl: 17 1 DM

DDR'de tutuklu yoldaşlarla dayanışmaya girin!



Andreas Bortfeld, Strafvollzugsanstalt Bauzen, Postschliessfach 100-2, 8600 Bauzen/DDR

Yaklaşık iki yılı aşkın bir süredir iki komünist muhalefetçi, Andreas Bortfeld ve Manfred Wilhelm Alman Demokratik Cumhuriyeti'nde (DDR) hapis yatmaktadırlar. Onlar DDR'de barışı, işçi iktidarını ve gerçek sosyalizmi savunduklarından ve bu hedefleri için KPD içinde çalıştıklarından dolayı 8 yıl ağır hapis cezasına çarptırıldılar.

Tüm Kızıl Şafak Okurlarını, nerede olursa olsun, izinlerinde yoldaşlara kartpostal göndermeye çağırıyoruz. Adresleri şöyle:



Manfred Wilhelm, Strafvollzugsanstalt Brandenburg, Postschliessfach 66-9, 1800 Brandenburg/DDR

★★★

Wuppertal'da Bavyera usulü saldırı

Bir tartışmanın yapılması öngörülüyordu. Ne var ki, bunun yerine polis saldırıya geçti ve bir çok kişiyi göz altına aldı. Şüphe üzerine 100 kişi göz altına alındı. Bu kitlesel göz altına alma eyleminin gerçekleştiği yer ne Nürnberg, ne de Bavyera'da başka bir yerdi, tam tersine Wuppertal'dır. Otonom grupları burada Krefeld'de ABD Cumhurbaşkanı yardımcısı Bush'a karşı yürüyüş üzerine tartışmak istiyordular.

Polisin mantığına göre, bunlar arasında "failler" de olabilirdi, o zaman hepsi göz altına alınmalıdır. Çıkartılan ev arama belgesinin tartışmanın yapıldığı yer için değil, başka bir yer için geçerli olması bile kimseyi ilgilendirmiyordu.

Toplu bir şekilde göz altına alınma olayının ardından hemen Kuzey Ren Westfalye Eyalet İçişleri Bakanının bundan haberinin olmadığı belirtildi. Tüm bunun Wuppertal emniyet müdürünün bir girişimi olduğu ileri sürüldü. Bu önsürünün gerçek olup olmadığını şimdi bu Bavyera'dan Kuzey Ren Westfalye'ye ithal edilen metodun ardından bir adım atılıp atılmayacağı açıkca gösterecektir.

Zira amaç oldukça açık: Burada "devletin gücü" gösterilmek isteniyordu. Şurası bilinen gerçektir ki, bununla birlikte yılgınlığın yaratılması amaçlanmaktadır.

Nitekim bugün Wuppertal'da girişilen toplu göz altına alma eyleminin öncülüğünü bundan önce Bavyera Eyaleti gerçekleştirdi. Nürnberg Komm Gençlik Merkezi'nden 140 genç hiç bir yasal temeli olmadan göz altına alındı, verileri fişlendi, bazıları ise tutuklandılar. Uzun bir dönem süren mahkeme davalarından sonra tutuklamanın ve dava açılmasının yasal bir temelinin olmadığı açığa çıktı. Bu olayın ardından Bavyera gericiliği top yekün olarak kanundaki boşlukların giderilmesini talep ettiler. Diğer bir deyişle onlar keyfi tutuklamaların ortamını yaratmak ve bunları meşrulaştırmak istemektedirler. Şimdi Bavyera'da değil, Wuppertal'da girişiler toplu göz altına alma eylemi, Bavyera usulü girişimin henüz bir başlangıcıdır.

★★★

Yabancılar Kanunu'nun yeniden düzenlenmesi gündemde

Yabancılar üzerindeki baskılar giderek artıyor

Gerici Yabancılar Kanunu kaldırılmalıdır!

Kohl Hükümeti daha başa gelişinin hemen ardından yıllardan beri Federal Almanya'da çalışan yabancı, özellikle biz Türkiyeli göçmen işçileri kovamayı resmi politikası olarak ilan etti. Ve bu politikasına bir kılıf geçirerek, ismini "yabancıları geriye dönüşe özendirme" olarak koydu. Ancak onun aylardan beri şişirilerek, işçilerin iştahlanması sağlanmaya çalışılan sözümona "teşvik primi"nin ne olduğu da ortaya çıktı. Bu işçilerin bir yıl zarfında aldığı işsizlik parasının yarısını bile teşkil etmiyor ve hiç bir şekilde devletin özel bir hediyesi değildir.

Federal Çalışma Bakanlığı'na bağlı komisyonlar tarafından yabancıları "geriye dönüşe özendirme" amacıyla hazırlanan "teşvik primi" tasarısı balonu patladı: 10.500 DM. Tabi ki bu da yalnızca belli şartlar altında belli kesime verilmek isteniyor. Hazırlanan bu tasarı CDU/CSU ve FDP partileri tarafından Bakanlar Kurulu'nda onaylanarak Federal Meclise gönderildi. Bu konumuyla sonbaharda kesinleşmesi öngörülen tasarının, göçmen işçileri hükümetin arzu ettiği çapta "gönüllü" geri dönüş için iştahlandırmayacağı daha bugünden açığa çıkınca, koyu gericiliğin hükümeti bununla birlikte yabancıları kovma politikasını "zor yoluyla" gerçekleştirmeyi amaçlamaktır. Nitekim daha geçen yıl Alman Sanayi ve Ticaret Odaları (IHK), yabancılar "teşvik primi" tuzağına düşmeyecek olurlarsa, o zaman zorlayıcı önlemler alınmalı, örneğin çalışma ve oturma izinleri iptal edilmelidir vs. demişti. Aynı talepler de diğer işveren birlikleri de bulundu. İşte bugün Kohl Hükümeti tam da temsilciliğini yaptığı büyük sermayenin bu isteğini bir eksiksiz olarak yerine getirmeye çalışıyor. Bunun için aile yanına getirilecek çocukların yaşının 6 ile sınırlandırılması, ikinci kuşağın Türkiye'de evlenmesinin zorlaştırılması, oturma ve çalışma izinlerinin her kalıba giren lastikli maddelere çevrilmesi, en küçük "sabıka" halinde hiç bir yargı organının kararı olmadan yabancıların, özellikle siyasi faaliyet sürdüren yabancıların derhal sınırdışı edilmesi. işsizlik yardımın alınmasının da sınırdışı edilmesi gerekçesi olarak sayılması vs. öngörülmektedir. Ayrıca bunun yanı sıra AET'ye üyeliğe iştahlandırmanın bir aracı olan serbest işgücü dolaşımının, 1986'da Türkiye'nin Ortak Pazar'a üyeliği ile gündeme gelen bu hakkın tanınmaması vs. amacı güdülmektedir. Tüm bu talepleri Yabancılar Kanununun yeniden düzenlenmesi amacıyla hazırlanan Zimmermann-Tasarısı kapsamaktadır. Kısacası, yabancıları kovma politikası için her yabancılar makamının zaten geçmişten beri keyfi olarak tek tek kişilere karşı başvurduğu uygulamaların yasallaştırılması ve bunların yabancıları toplu bir biçimde sınırdışı edilebilecek şekilde biçimlendirilmesi, katılaştırılması amaçlanmaktadır.

Bu amacını kolayca gerçekleştirebilmek ve diğer şeylerin yanı sıra Türkiye'deki faşist cuntanın da Federal Hükümet'in Türkiyeli işçileri kovma politikasına resmi desteğini sağlamak için, Çalışma Bakanı Blüm'den sonra F. İçişleri Bakanı Zimmermann da bu ayın 18'inde Türkiye'ye gidiyor.

Gerek F. Hükümet'in "teşvik primi" tuzağına düşmemek, gerekse burada kalmamızı sağlama almak için artan yabancı düşmanlığına karşı eşit yasal ve siyasi hakları elde etme uğruna mücadelemizi yoğunlaştırmalı ve bu hakları elde etmek için Alman sınıf kardeşlerimizin ve emekçi halkının desteğini kazanmalıyız.

„Kaçak" işçi ticareti yapan bir şebeke açığa çıkarıldı

250 inşaat firması binlerce „kaçak" işçi çalıştırdı

İnşaat işverenlerinin, kaçak işçi sorumludur, "yoksul" olan kendilerinin yeni işyerleri yaratmak ve eski işyerlerini korumak için sürekli çaba sarf ettikleri vs. velvelerine artık karnımız toktur. Onların gerçekten neyle uğraştıklarını, savcılığın son hafta içinde Stuttgart'ta ekonomik yolsuzluklar üzerine sürdürdüğü tahkikatlar açık seçik bir şekilde gösterdi.

Federal Almanya'da en az iki yüz elli inşaat firması çoğunlukla İngiltere ve Hollanda'dan olan binlerce "kaçak" işçi çalıştırdılar. Caniyane ticari ilişkilerini sürdürdükleri insan ticaretcileri de aynı şekilde çoğunlukla bu iki ülkeden gelmektedir.

Niçin "kaçak" işçi çalıştırıldığı gün ışığı gibi açıktır: vergisiz, sigortasız olarak çalıştırdıkları işçilerin sırtından inşaat işverenleri tatlı kârlarını sağlamaktadırlar. Tamamen haksız ve hiç bir yasal korunma önlemine sahip olmayan "kaçak" işçiler de içinde bulundukları durumdan ötürü inşaat işverenlerinin şartlarına boyun eğmektedirler. İnşaat işverenleri onları posası çıkıncaya kadar sömürmekte ve artık çalışamadıkları andan itibaren yerine yeni "kaçak" işçileri almaktadırlar.

Diğer yandan sık sık çeşitli Batı Avrupa ülkelerinde bu tür skandallarda yer alan, ağır ve zor şartlar altında hiç bir yasal garanti olmadan, tamamen patronun keyfiliğine bağlı olarak çalışmayı kabul eden "kaçak" işçilerin özellikle İngiltere'den olmaları, oradaki tutucu hükümetin ekonomik ve sosyal politikasının hangi yönde olduğunu da göstermektedir. Thatcher Hükümeti izlediği ekonomik ve sosyal politika sonucunda geniş işçi yığınlarını sefaletin eşiğine sürüklemektedir.

"Kaçak" işçi çalıştıran ve onları azgınca sömüren Batı Alman işverenlerinin sayısının fazla olması gerçeği de, onların bugün Bonn'daki gerici dönüşümün ışığında hangi önlemlerin alınmasını istediklerini göstermektedir: Ücretlerin tamamen düşürülmesi, tüm sendika ve yasal hakların kaldırılması, işçilerin tamamen kendi keyfiliklerine teslim edilmesi.

Nitekim sık sık sözü edilen "ekonomik kalkınma"nın ne olduğu inşaat sanayisinde de yaşandı. En azından işverenlerin kasalarında .

Ve bugün destekledikleri bir hükümet kendi lehlerine yeterli bir önlem almıyorsa ya da bunu hızlı bir şekilde gerçekleştirmiyorsa, o zaman bu baylar kapitalist kanun boşluğundan faydalanarak kendi özel metodlarını da uygulamaktadırlar. Bugün inşaat işverenlerinin "kaçak" işçi çalıştırabilmeleri, hem "kaçak" işçilere karşı hem de işsiz inşaat işçilerine karşı işlenen bir suçtur ve bu çok ağır bir şekilde, yani nakdi parayla cezalandırılmalıdır.

Hoesch işçileri mücadelelerinde geçici bir başarı sağladılar:

P4'ün kapatılması şimdilik önlendi!

Kızıl Şafak'ın geçen sayısında da belirttiğimiz gibi bir yandan çelik patronları, "çelik uzmanları"nın hazırladığı plan çerçevesinde işyerlerini yok etmeyi sürdürürken, diğer yandan ise özellikle son haftalar içinde kamuoyunda "çelik cephesinde sessizliğin" sağlandığı izlenimi doğmuştu. Ne var ki, çelik işçilerinin 30.6. ve 7.7. tarihinde yaptıkları görkemli ve mücadeleci yürüyüşler bunun geçici bir sessizlik ve bunun saldırıya hazırlık olduğunu çok açık bir şekilde kanıtladı.

30.6 tarihinde Hoesch'ün Union tesisinde yapılan ve 7.7 tarihinde de Westfalenhütte tesisinde Hoesch idaresinin önünde düzenlenen eylemde, patronların işyerlerinde hazırladıkları zorunlu programlarla kapitalist "çelik uzmanları"nın planının tek tek çelik işletmelerinde yaşama geçirilmesi hedefleniyordu. Bu plan çerçevesinde çelik işverenleri binlerce işyerini yok etmek ve yerli ve yabancı çelik işçilerini sokağa atmak istemektedirler.

Örneğin Hoesch çelik tekeli Westfalenhütte tesisinde bulunan P4 ünitesini kapatmak istiyordu ve bu amacını hâlâ gütmektedir. Gerek Haziran ayının son haftasında gerekse geçen hafta Dortmund'da düzenlenen görkemli ve mücadeleci yürüyüş somut olarak P 4'ün kapatılmasının önlenmesini amaçlıyor, Hoesch patronu Rohwedder'in ve Deutsche Bank'ın yoğun bir şekilde çelik işyerlerini yok etme planını hedefliyordu.

Yapılan bu iki eylem ayrıca gerek İG Metall sendika yöneticilerinin gerekse bazı işçi temsilcilerinin, "işçiler mücadele etmeye hazır değil", şüphelerinin de gerçek dışı olduğunu gözler önüne serdi. Her iki eyleme de Hoesch çelik işletmesinin üç tesisinden güçlü bir katılım oldu ve bu, işçilerin işyerlerini kararlı bir biçimde korumak uğruna, işçilerin çıkarlarının kapitalistlerin kâr politikalarına karşı korunması için mücadele etmeye hazır olduklarını kanıtladı.

Öte yandan çelik işçilerinin işyerlerini korumak uğruna mücadeleleri Dortmund'da bulunan diğer işletmelerin işçileri tarafından da desteklendi. Örneğin kamu hizmetinde ve maden ocaklarında çalışan işçiler de Hoesch işçileri ile dayanışmaya girdiler. İşçilerin mücadelesi sonucunda geçici bir başarı sağlandı ve P 4 ünitesinin kapatılmasının onaylanması Denetleme Kurulu'nun ileri bir tarihteki oturumuna ertelendi.

Ünitenin kapatılmasının ertelenmesini ve bazı kısmi başarıların elde edilmesini işçiler mücadeleleriyle sağladılar. Hoesch patronu sürdürülen mücadele sonucunda şimdilik geri adım atmak zorunda kaldı.



Eşit haklara giriş:

Yabancılar için yerel seçim hakkı!

Federal Almanya'da yaşayan yabancı işçi ve emekçilerin tüm alanlarda Almanlardan daha az yasal ve siyasi haklara sahip olmaları, Alman ve yabancı işçilerden oluşan Batı Alman işçi sınıfının ortak mücadele cephesini bölmekte ve bir bütün olarak mücadele gücünü zayıflatmaktadır. Ayrıca bu durum Batı Alman tekelci burjuvazisinin ve onun siyasal temsilcilerinin işçi sınıfını bölmesini kolaylaştırmaktadır. Bunun için partimiz, Almanya Komünist Partisi, KPD Alman ve yabancı işçi ve emekçilerin toplumsal yaşamın tüm alanlarında tam yasal ve siyasi eşitliğini savunmaktadır. Örneğin KPD, Yabancılar Programı'nda (Taslak) tam yasal eşitliğin garanti edilmesi için eski vatandaşlıklarını korumaları temelinde yabancı yurttaşların bir yıllık oturma süresinden sonra otomatik olarak Alman vatandaşlığına kabul edilmelerini ve burada doğan çocukların otomatik olarak Alman vatandaşlığına alınmalarını, yani çifte vatandaşlık talebini ileri sürüyor. Bununla ilintili olarak şöyle denmekte:

"Otomatik olarak Alman vatandaşlığına geçmekle birlikte yabancı işçi ve emekçiler, en temel demokratik haklardan biri olan, yani seçme ve seçilme hakkını da kullanabilecek durumda olacaklardır.

Daha bugünden ülkemizdeki demokratik güçlerin, yabancı işçi ve emekçilere yerel seçim hakkı için mücadelesi vardır. Biz bu mücadeleyi destekliyor ve yerel seçim hakkını, yabancıların tam siyasi ve yasal eşitliğini sağlama yolunda ilk adım olarak görüyoruz" Yabancı yurttaşlara yerel seçimlerde seçme ve seçilme hakkı için. (KPD Yabancılar Programı—Taslak—sayfa 2/3)

Bu taleplerin gerçekleştirilmesine ilişkin somut kampanyalar, bu yöndeki mücadele tecrübeleri vs. üzerine KŞ'ın gelecekteki sayılarında yer vereceğiz. Bu konuda tecrübeleri olan—bu yönde daha önce sürdürülen kampanyalardan da—ya da bu yöndeki mücadele için kendini angaja etmiş olan okurları gazetemize yazı göndermeye çağırıyoruz.



Kuzey Ren Westfalye Eyaletinde gelecek yıl yerel seçimler gündemdedir.
Bir dizi girişim, Kuzey Ren Westfalye'de yabancılara yerel seçim hakkı için imza toplamaya başladılar. Daha öncede yazdığımız gibi, imza kampanyasının ilk gününde Bochum'da 1200 imza toplandı.

Bir yabancının yazısı: Neden yerel seçim hakkı

Yabancılar ekseriye "haksızlıklara, aşağılanmaya ve yabancı düşmanlığına karşı zaten bir şey yapılamaz. Biz seçme hakkına bile sahip değiliz..." diyorlar. İşte tam da bundan ötürü ve daha iyi bir şekilde bir şeyler yapabilmemiz için seçmek istiyoruz.

Ben 23 yaşındayım, 13 yıldan beri Federal Almanya'da yaşıyorum ve hayatımda hiç bir zaman seçme hakkına sahip değildim. Ülkemde bile seçemiyorum, çünkü orada seçim hakkı yurttaşlığa ve ikâmetgaha tabi kılınmıştır. Ne var ki ben Almanya'da oturuyorum. Burada da seçme hakkına sahip değilim, burada da aynı şeyler söyleniyor: Alman vatandaşlığı ve Almanya'da ikâmetgah. İkâmetgah yerim burasıdır, ancak Alman yurttaşı olamıyorum...

Her seçimde biz yabancıların ikinci sınıf insanlar oldukları açık bir şekilde görülmektedir. Seçim hakkı demokratik bir haktır. Bu hak demokratik devrim seyrinde mücadeleyle kazanıldı. O zaman eşit seçim hakkı yoktu. Zengin olanın oyu yoksul insanlarınkinden daha fazla sayılıyordu. Daha sonra ilkin yalnızca erkekler için eşit seçim hakkı vardı. Bizde, Türkiye'de kadınların Atatürk'ten bu yana seçim hakkı vardır. Şu an kadın ve erkekler seçimlerde eşit hakka sahiptirler, ancak yabancıların eşitsizliği kaldırılmadı.

Kadınlar o zaman seçim hakkına sahip olduklarında toplumda daha fazla ilgi gördüler, onlar bir parça daha az ikinci sınıf insan değildiler. İşte yabancılar için seçim hakkını da tam da bu şekilde görüyorum.

Bu karşılaştırmayı yapabilir miyiz? Benim hemşerilerim sık sık bana "Yahudilerin de seçim hakkı olduğunu, fakat buna rağmen takibe uğradıklarını, gaz odalarına sürüldüklerini" söylüyorlar. Ben de seçim hakkı ile tüm sorunların çözümlenmiş olacağına inanmıyorum. İster seçim hakkıyla isterse seçim hakkı olmadan olsun, biz gene Türk, Yunan, İspanyol olarak kalmakta, bizim bet benimiz gene farklıdır, biz başka türlüyüz, biz başka türlü yaşıyoruz—ön yargılar, kin ve düşmanlık gene var olacaktır. Ancak ne var ki, seçim hakkı, görüşümce bir değişikliği harekete geçirebilir ve geçirecektir de.

1. Bir çok Alman şöyle diyor: "Bizim yabancılara karşı hiç bir şeyimiz yoktur" ve onların gerçekten yabancılara karşı bir şeyleri yoktur, ancak bizim seçmemiz istenmiyor. Onlar seçimlerde iki sınıfın olmasını doğru görüyorlar. Onlar bizi ilk planda kendileri gibi çalışan, vergi ödeyen vs. olarak değil, tam tersine yabancılar olarak görüyorlar. Onlar haklar sorununda milliyetçi olarak düşünmektedirler. Şayet biz bu noktada gedik açabilirsek, halkta yabancıların haksız, demokratik olmayan muamele gördükleri anlayışı yer ederse, bu insanlar, yabancı ilk planda benim meslektaşımdır ve o yasal olarak bizim hepimizden daha kötü bir konumda olmamalıdır, aksi takdirde bunun hepimize zarar getireceğini görürlerse, işte o zaman gerçekten bir adım ilerlemiş oluruz. İkinci sınıf insanlardan "reşit" yurttaşlar olacaktır, yani yabancı düşmanlığı da gerileyecektir. Nitekim bu kendisini, bu gün yerel seçim hakkının olduğu İsveç, Norveç, Finlandiye, Danimarka ve Hollanda'da gösterdi.

2. Seçim hakkı olan birisi Federal Alman adaletine göre sağlam bir oturma statükosuna sahiptir. Yani bu, seçim hakkı olan yabancının, seçim hakkı olmayan yabancıdan daha zor bir şekilde sınırdışı edileceği demektir. Bonn'daki koyuların (koyu gericiliğin hükümetinin, KŞ) bize karşı uygulamak istedikleri tüm şeyleri göz önüne getirdiğinizde, bu noktayı biz yabancılar için çok önemli olarak görüyorum. Seçim hakkı için mücadele, yeni hükümetin, yabancıları kovma politikasına karşı mücadeleye bir katkıdır.

3. Şayet biz yabancılar seçebilirsek, seçilebilirsek, o zaman partiler içinde ilgi çekici olmaktayız. Bu gün durum şöyle: Yabancı düşmanı partiler ardı sıra bize karşı kanunlar çıkarmaktadırlar. Yabancı düşmanı olmayan diğer partiler ise bizimle ilgilenmiyorlar, çünkü biz kendileri için oy sağlamıyoruz. Emeklilerin seçim hakkı olmasaydı, hiç bir parti onlarla ilgilenmezdi. İşte Almanya'daki partilerin durumu budur.

4. Diğer yandan seçim hakkının gerçekleştirilmesi, yabancıların, özellikle de şu an genellikle Türkiye'deki olaylara yönelmiş olan hemşerilerimin siyasi ilgilerini Federal Almanya'daki gelişmelere çevirmeye katkıda bulunacaktır. İnanıyorum ki, böylece Bozkurtlar gibi faşist örgütlerin etkileri de gerileyecektir. Çünkü onların hedefleri ilk etapta Türkiye'ye yöneliktir.

Bu dört gerekçe seçim hakkını haklı çıkarmaktadır. Biz komünistler tam seçim hakkını da talep ediyoruz, yani yabancılar her seçime, Federal Parlamento seçimlerine, Eyalet Parlamentosu seçimlerine, Yerel seçimlere katılmalıdırlar. Eğer bugün yerel seçimler üzerine söz ediyorsak, bunu, Eylül 1984 yılında Kuzey Ren Westfalye'de yerel seçimler gündemde olduğundan dolayı yapıyoruz.

Ayrıca durumu, ilk adım olarak yerel seçim hakkının daha basit gerçekleştirilebileceği şekilde görüyoruz. Bu noktada geniş taban mevcuttur. Ben bir çok kişinin söylediği şu tecrübeyi edindim: "Yerel seçim hakkı mı? Bu yerinde olan bir şeydir. Ama Federal Parlamento'ya ilişkin seçim hakkı?" Bu nokta da henüz bir çokları ayrım yapmaktadırlar. Nitekim bir çok birlik yerel seçim hakkı için görüş belirtti: Çeşitli tek tek sendikalar, SPD'nin çeşitli kesimleri, Grünen'lerin çeşitli kesimleri, çeşitli sosyal yardım birlikleri, kiliseler ve Alman Hukukçular Kurultayı da. Aynı şekilde sözünü ettiğim diğer ülkelerde de ilkin yerel seçim hakkı gerçekleştirildi ve daha sonra tartışmalar devam etti. Örneğin İsveç'te yabancıların gelecek meclis için seçmeleri öngörülüyor.

İsveç bu sorunda belirli bir öncülük rolü oynamaktadır. Burada daha 1976 yılında resmi yabancılar politikasında şu anlayış yer etti: "Haklar olmadan uyum da sağlanamaz". Bu bence tamamen önemli bir anlayıştır. Uyum iki taraf için, hem Almanlar hem de yabancılar için bir süreçtir. Ancak, biz haksız bir durumda bırakıldığımız sürece, uyum tek yanlı bir süreç olacak, her türlü uyum girişimleri son çırpıda boşa çıkacaktır. Çünkü uyum eşitlik demektir, yani daha uzun bir süre ikinci sınıf insan olmamak demektir, aksi takdirde bu söz bir düzenbazlıktır.

Burada, Almanya'da haklar sorununun resmi tartışmalarda sürekli Alman olma sorunuyla bağı kurulmaktadır. Ben bunu ancak bizim haksız konumumuzun bilinçli olarak pekiştirilmek istendiği şeklinde anlayabilirim. Haklar sorununun, uygulanan adalete göre bilirli mantığı olan vatandaşlıkla bağı kurulduğunda o zaman şu cevabı veriyorum: Vatandaşlığın elde edilmesi yolunu kolaylaştırın. Bugün Alman vatandaşlığı "ilahi bir inektir". Bunu ancak çok az kişi elde edebilmektedir. Yabancıların hepsi bunun için müracaat etse bile, ön şartları ancak çok az yabancı yerine getirebilecektir. Ve Alman vatandaşı olunacaksa o zaman çifte vatandaşlık temelinde. O zaman bize eski vatandaşlığı koruma hakkını verin, böylece biz de gelecekte nerede yaşamak istediğimize, burada mı, yoksa anayurtta mı, karar verebilelim.

Bunun tümü Alman uyruklu göçmenlerde saçma olur. Onlar buraya geldiklerinde hemen seçme hakkına sahipler, ancak henüz Alman vatandaşı değildirler. Bunun için kalıcı bir ikametgahları olması ve sonra formülsüz bir başvuruda bulunmaları gereklidir. Bu göçmenlerin bir çoğu benim gözümde yabancıdırlar; Polonyalı, Rus, Rumen vb.'dir. Bunlar Almanca bilmiyor, başka bir kültüre sahipler, okulda, işyerinde bizimkine benzer sorunları vardır. Onların tek şansları; 300 yıl önce ailede "Alman kanı"nın olmasıdır. Bu bir espiri değildir. Kohl şu an Moskova'da Alman uyruklu göçmenler üzerine görüştü ve orada bir çoklarında "Alman kanı"nın ancak 300 yıl önce olduğu ispatlanabiliyor.

Biz yabancılar burada yaşıyor, burada çalışıyor, vergi ödüyoruz bundan dolayı da biz eşit haklar istiyoruz. 1973 yılına kadar işyerlerindeki işçi temsilciliği seçimlerinde de yabancılar kendi adaylarını gösterme hakkına sahip değildiler. Bu hak mücadele yoluyla kazanıldı. Aynı şekilde seçim hakkı da böyle olmalıdır. Siyasi haklar için mücadele edelim, o zaman yabancı düşmanlığına karşı mücadelede de saldırıya geçmiş oluruz.

Çifte vatandaşlık talebi üzerine bir ilave

Kızıl Şafak'ın 25 ve 26. sayılarında çok ayrıntılı bir şekilde ele aldığımız çifte vatandaşlık talebi üzerine bir ilave daha yapmak istiyoruz. Bununla ilintili olarak Aralık 1982'de Kuzey Ren Westfalye eyalet meclisinde yabancılar sorunları komisyonunun dinlenilmesi çerçevesinde Federal Almanya'daki yabancı dernek temsilcilerinin söylediklerine yer veriyoruz. Aynı şekilde bu dinlemede de çeşitli şekilde çifte vatandaşlık talep edildi. Konuyla ilintili olarak dinleme tutanağından bazı pasajları aşağıda aynen yayınlıyoruz:

Alvarez Borja (İspanya'dan, Remscheid İspanyol Gençlik Derneği'nin aktif üyesi): "Vatandaşlık hakkı üzerine ben de kısaca bir şey söylemek istiyorum. Yabancıların bir çoğu uzun zamandan beri Federal Almanya'da bulunmaktadırlar, ancak buna rağmen vatandaşlık başvuruları hemen hemen hiç artış kaydetmedi; çünkü gençler de dahil, yabancıların bir çoğu Alman vatandaşı olduklarında kendi vatandaşlıklarını kaybetmek istemiyorlar. Bir çokları için çifte vatandaşlık çözüm olabilir. Bu konuyla ilintili olarak, sorunu yabancılara imtiyaz verilmesi değil, tam tersine adalet oluşturuyor. Yabancıların bir çoğu, özellikle gençler kendilerini devletin ne biri ne de diğeri ile tamamen özdeşleyebiliyorlar. Bir çokları için her iki devlet de kısmen 'anavatan' oldu (...)

Nitekim biz bir Alman eyalet Meclesi'nin bir dinlemesinde yer alıyoruz. Ben İspanyolum. Bizim anayasamız, hiç bir İspanyolun kendi iradesine karşı vatandaşlığını kaybetmemesini öngörüyor. Bu da İspanyol devletimizin Alman tarafı ile çifte vatandaşlığı sağlamak için görüşme yapmakla görevlendirildiği demektir. Diğer ülkelerdeki düzenlemelerin nasıl olduğunu bilmiyorum, ancak İspanya, Alman tarafı istediğinde çifte vatandaşlığı, yani hem Alman hem de İspanyol vatandaşlığını almak imkânını tanıyor.

O halde engeller Alman tarafında bulunmaktadır, çünkü şayet Alman vatandaşlığı elde edilirse, o zaman eski vatandaşlığın kaybolması bekleniyor. Bu biz İspanyolların, aynı şekilde gençlerin bir çoğunun istediği anlamda da değildir. Onlar gelecekte Almanya'da ya da anavatanlarında hangi imkânlarının olacağını bilmiyorlar. Bunun için her iki devletin de yurttaşı olmak istiyorlar."

İbrahim Büyükdağ (Türkiye) Doğu Westfalye Suriye Ortodoks Dernekleri temsilcisi:

"Son dönemlerde politikacılar, özellikle de ikinci nesil için vatandaşlığın tanınmasının kolaylaştırılmasından sözediyorlar, ancak şimdiye değin hiç bir şey yürürlüğe girmedi, aynı şekilde ikinci nesil için de. Onlar vatandaşlığa kabul edilmenin ön şartlarını yerine getirdikleri halde, vatandaşlığa kabul etme haberi tanzim edilmemektedir, çünkü bunun için ön şart anayurt devletinden ayrılma açıklamasının geterilmesidir..."

Cevat Karaca (Türkiye), Maden işletmeciliği işçi temsilcisi, Moers Enternasyonal Kültür Grubu Başkanı:

"Vatandaşlık sorununa ilişkin olarak İspanyol modeline işaret etmek istiyorum. Bu bana daha haklı ve anlamlı olarak görünüyor, çünkü bununla başlangıçta olan vatandaşlığın terk edilmemesi, tam tersine dondurulmasını olanaklı kılınmaktadır..."

Bununla ilintili olarak KPD'nin talebi:

★ Eski vatandaşlıklarını korumaları kaydıyla Federal Almanya'da bir yıllık oturma süresinden sonra tüm yabancı yurttaşların otomatik olarak vatandaşlığa kabul edilmeleri yasal olarak belirlenmelidir.

★ Yabancı işçi ve emekçilerin burada doğan çocuklarının otomatik olarak vatandaşlığa kabul edilmeleri yasal olarak belirlenmelidir. (Çifte vatandaşlık).

★ Çifte vatandaşlığı mümkün kılan devletler arası anlaşmalar yapılmalıdır. (KPD Yabancılar Programı—Taslak—sf.2)

KISA... KISA... KISA.. KISA...

Bir kişi daha polis kurşunuyla katledildi

29 Haziran gecesi Dortmund polisi, bir futbol kulubü lokaline giren 33 yaşındaki bir kişiyi katletti. Tahkikatı sürdüren savcının ilk basın konferansından sonra her şey haksız olarak açılan ateşin haklı çıkarılmak istendiğini gösteriyor.

Polisin katlettiği Manfred Finke Dortmunda-Mengede'de oturmakta ve kendisi şu an işsizdir. Kendisi gibi işsiz olan madenci Siegfried O. ile, futbol kulubünün lokalinde bulunan otomatları açmaya çalışınca, alarmın çalması üzerine polis ve lokantacı olay yerine geldiler. Lokantacıların ve iki polisin dışında olay anında başka görgü tanığı yoktu.

Savcılık polisin saldırısını haklı çıkarabilmek için ilkin Finke'nin polise "saldırdığını", polisin de bunun üzerine ateş etmek zorunda olduğunu ileri sürmektedir. Şimdiye kadar polisin ateş ettiği her olayda olduğu gibi, bu olayda da polisin haksız saldırısı haklı çıkarılmak istenmektedir. Nitekim gerek Gauting, gerek Münih, gerekse Pforzheim'deki polisin giriştiği katliamlarda olsun, polisin suçluluğu şu ya da bu şekilde ispatlanmış olsa bile, gülünç bir ceza verilmekte ve olayın üstü örtülmeye çalışılmaktadır. Böylece polislerin gelecekte de keyfice ateş etmelerinin ortamı yaratılmakta ve suçsuz insanları katletmeleri teşvik edilmektedir.

Dortmund Signal işçi temsilciliği istifa etti!

KŞ'ın geçen sayısında ayrıntılı bir şekilde yazdığımız Dortmund İş Mahkemesi'nin, daha önce Signal Sigortası yönetimi tarafından süresiz olarak çıkışı verilen işçi temsilcisi Beate Hasenjürgen'in çıkışını haksız bulması üzerine, işçi temsilciliği istifa etti. Bilindiği gibi işçi temsilciliğinin çoğunluğu patronun bu çıkış kararını onaylamıştılar.

Görüldüğü kadarıyla işçi temsilciği bu istifa kararı manevrası ile yeniden seçilme şansını artırmak istemektedir. İşçi Temsilciliği başkan yardımcısının işçi temsilciliği adına yaptığı açıklamada, o bu adımı ile geçmişte olduğu gibi şimdi de personelin güvenine sahip olduğunu göstermek istediğini vurgulamaktadır.

Böylece o yalnızca Hasenjürgen arkadaşa karşı çıkmıyor, aynı zamanda işçi temsilciliğinin çıkışı onaylamasını eleştiren HBV sendikasına da karşı çıkmaktadır. İşçi temsilciliği bu adımı ile aynı zamanda işletme yönetiminin arzusu üzerine gelecekte de önemli şeyleri personele açıklamaktan kaçınacağını açık seçik bir şekilde ilan etmektedir.

Diğer yandan işçi temsilciliğinin bu adımı, çıkışı verilen bayan işçi temsilcisinin tekrar işe alınmasını savunan ve işçi temsilciliğinin çıkışı onaylamasını eleştiren HBV sendikası işyeri grubuna da karşı bir adımdır. İşletme yönetimi ezelden beri bu tür bir işçi temsilciliği istiyordu. Böylece patronun uydusu bu şahısların şimdi yeniden adaylıklarını koymaları aktif işçi arkadaşlara ve bir bütün olarak sendikaya karşı bir savaş ilanıdır.

Görüldüğü kadarıyla seçimleri hızlı bir şekilde daha eylül ayında gerçekleştirmek girişiminin ardında, Hasenjürgen'in işe başlamasından önce yeni işçi temsilciliğinin seçilmesini sağlamak amacı yatmaktadır. Ancak bu hesap öylesine kolay bir şekilde gerçekleştirilemez.



Barış mücadelesinde teslimiyet çizgisi:

DGB Yönetimi füzelerin yerleştirilmesine karşı halkın görüşünün alınmasını reddediyor

Aynı şekilde DGB Yönetiminin barış mücadelesinde de hükümete tamamen sadık kalma rotasını Kohl ve Zimmermann'a karşı bile sürdürmekte kararlı olduğu görülmektedir. Amerikan yeni füzelerinin Federal Almanya'ya yerleştirilmesine karşı düşünülen bir grev fikrini reddettikten sonra, şimdi füzelerin yerleştirilmesine karşı halkın görüşünün araştırılmasına da cephe almaktadır.

DGB Yönetiminin "Barış ve Güvenlik Politikası"na ilişkin bir açıklamasında, füzelerin yerleştirilmesi üzerine kararın Federal Meclis ve Federal Hükümet tarafından "Cenevre'deki görüşmelerin sonucunun ışığında" alınması gerekir denmekte.

Demek ki DGB Yönetimi bu temel noktadan hareketle, füzelerin yerleştirilmesi durumunda bile kendisinin sendika üyelerini mücadele eylemlerinden alıkoymak için her türlü yola başvuracağını — Kohl bunu isteyerek dinleyecektir — açıklamaktadır. O, bununla füzelerin yerleştirilmesinde kararlı olan bir hükümete, koyu gericiliğin hükümetine arka çıkmaktadır. O, ABD ve Federal Hükümetin füzeleri yerleştirme planından vaz geçmesini sağlayacak hiç bir sonuca yol açmayacağı daha şimdiden kesinkes belli olan iki büyük savaş kışkırtıcısı, ABD ve Sovyetler Birliği arasındaki Cenevre görüşmelerini ölçek olarak almaktadır. Nitekim ABD gerçekten "nükleer bir savaşı kazanılacak olarak" planlamakta, bunun için bu silahları üretmekte ve bu hedef uğruna bunları kullanmayı yeğlemektedir. Ve savaş kışkırtıcılarına kimse karşı durmazsa onlar bu silahları kulllanacaklardır da. Ancak savaş kışkırtıcılarına karşı kararlı ve başarılı bir şekilde yalnızca mücadele eden bir işçi sınıfı durabilir.

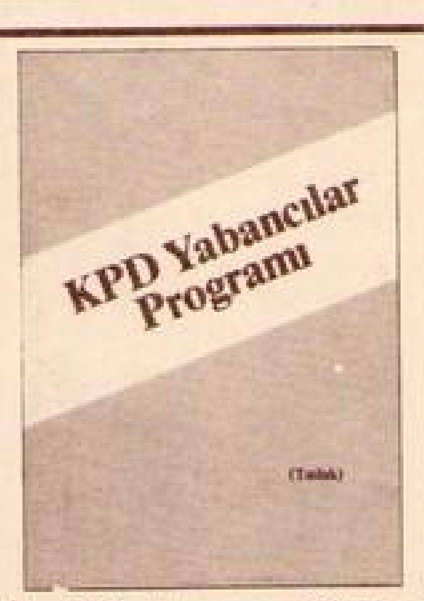
DGB Yönetimi genel demokratik oyun kurallarının korunması ve gerçekleştirilmesine bile hazır değil. O da, CDU/CSU partileri gibi hayati öneme sahip olan bu sorunda halkın görüşünü belirtmesini bile reddediyor. O, işçilerin hayati çıkarlarını işçi sınıfı ile en küçük bir bağı olmayan bir hükümete, büyük sermayenin partilerine, silahlanmadan kâr edenlere ve savaş kışkırtıcılarına satıyor. Görüldüğü kadarıyla onun için de halk, işçiler, her dört yılda bir ancak oyunu veren ve bunun dışında "yüksek politikadan" kendisini uzak tutması gereken bir sürüdür.

Böylesi bir tutum füzelerin yerleştirilmesine karşı sonbaharda yapılması öngörülen barış hareketinin eylemlerine katılma açıklamasının kıymetini düşürmekte, sendika yönetiminin işçileri ve alt sendika örgütlerinin barış mücadelesine katılmaktan alıkoymaya ve Cenevre görüşmeleri hükümetin arzu ettiği sonucu vermezse, savaş karşıtlarına direnişi terk etmeleri için etki yapmaya ve böylece füzelerin yerleştirilmesini olanaklı kılmaya çalışacağını göstermektedir.

Ancak ne var ki, burada sorunu, işçilerin bu tür bir "temsilciliği" hoşgörü ile karşılayıp karşılamayacakları ya da onların barış eylemleri için kendi çıkarları doğrultusunda sözü alarak DGB Yönetiminin arzu ettiği bir politikayı reddedip etmeyecekleri veyahut onların hükümete karşı gerçekten sustururulmalarına izin verip vermeyecekleri oluşturuyor.

Bu gerçekler ışığında sendikalar içinde DGB Yönetiminin bu tutumuna karşı cephe alınması gereklidir. Bir refarandum talebi tüm alanlarda, bunun mümkün olduğu tüm kurullarda, umarız ki daha fazla kurulacak olan işyerlerindeki barış komitelerinde vs. ileri sürülecektir.

Ayrıca DGB yönetiminin barış hareketinin sonbaharda yapılması öngörülen barış haraketinin bazı büyük eylemlerine resmen katılmaya çağrı yapması mücadeleci sendikacıların bir başarısıdır. O halde daha şimdiden aktif sendikacılar DGB yönetiminin bu tutumuna karşı da yoğun faaliyet sürdürme ve sendika örgütlerinin, füzelerin yerleştirilmesine karşı eylemlere yoğun bir şekilde katılmalarını sağlamalıdırlar.



KPD Yabancılar Programı (Taslak) Türkçe de çıktı

Şimdilik Almanca ve Türkçe olarak çıkan KPD Yabancılar Programı (Taslak) önümüzdeki dönemde diğer yabancı emekçilerin dillerinde de yayınlanacak.

İsteme adresi: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 46 Dortmund 30 Broşürün tek adeti ücretsizdir. Bir adetten yukarı ısmarlamalar için adet başına posta masrafı da dahil 15 Pfennig alınmaktadır.

Kızıl Şafak'a bağış kampanyasına katıl!

Hedef: 30 bin DM



Her gün her şeyin pahalılandığını duyuyoruz. Ancak buna karşılık Kızıl Şafak'ın fiyatı değişmemektedir. Bu tuhaf belirtinin nedeni, onun yayımcısı olan KPD'nin, haftalık komünist gazetesinin açığını kapatmasında yatıyor.

Tüm gerçek masrafları hesapladığımızda, Kızıl Şafak'ın bir adeti satış fiyatı olan 1 DM'ın iki katından daha fazla miktarda bir paraya mal olmaktadır. Bu masraflar, yazarlar ve yayın evinde çalışan diğerleri için ödenen ücretlerden başlayarak, Yazı Kurulu için gazete aboneleri ve ihtiyas literatürü giderlerini, Kızıl Şafak'ın büro kirasındaki payını, kalörifer, cerayan ve telefon masraflarını kapsamaktadır. Diğer gider faktörlerini ise paketleme materyalleri ve posta ücretleri, defter tutma, ve tabiki dizgi, film ve basım masrafları oluşturuyor.

Gerçekten gerekli olan çok tesirli bir fiyat artışı, şu an var olan mevcut açığı, partinin Kızıl Şafak'a yaptığı "para yardımlarını" düşürmekle, önlenebilir. Bunun en iyi yolu, muazzam bir şekilde tirajı yükseltmektir. Bu hem siyasi hem de ekonomik olarak en iyi yoldur. Ne var ki, önümüzde bulunan yaz ayları ve "pazarın" gerçek değerlendirilmesi, tek bir yol olarak bu yolun pek başarılı olacağını göstermiyor. Bunun için tüm yoldaşları, arkadaşları ve Kızıl Şafak okurlarını KŞ'ın açığını 30 bin DM düşürmeye katkıda bulunmak için bağış kampanyasına katılmaya çağırıyoruz. Böylece gazetenin fiyatının yükseltilmesi önlenmiş ve Kızıl Şafak'ın gerekli yaygınlaştırılmasında "2 DM" engeli mani olmamış olur.

Bağışlarınızı şu hesap numarasına havale edin: KPD, 46 Dortmund 30
Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Konto-Nr. 321004547
ya da Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Konto-Nr. 6420-467

KŞ 3 hafta çıkmayacak-sonra ise Tükçe bölümü ayrı yayınlanacak

Sevgili Okurlar!

Başlayan bir şey genellikle fiyat artışlarıyla ile devam ediyor. Ne var ki, bu kez değil. Ya da daha doğrusu dolaylı olarak bu sonuca varmaktadır. Tabi ki, bu, bu yıl için (herhalde kural olarak gelecekte de) 3 haftalığına kollektif olarak yaz tatili yapacağımız çerçevede geçerlidir. Bu ise somut olarak 22 ve 29 Temmuz'da ve 5 Ağustos'ta Roter Morgen'in Almanca ve Türkçe olarak yayınlanmayacağı demektir. Ve bu süre zarfında (13.7.-6.8) yayınevi kapalıdır. Biz bu kararı iki nedenden ötürü aldık. Birincisi, bu ana tatil döneminde yayınlanan sayılar en az satılan sayılardır. İkinci olarak ise, Roter Morgen yazarlarının değişik tarihlerdeki yıllık izinlerinden dolayı, uzun bir dönem (duruma göre 2-3 ay) boyunca eksik bir kadro ile çalışma sürdürülüyor. Bu ise yazılara daha az özen gösterme, daha az esaslı davranma, diğer bir deyişle yazıların daha az iyi olması demektir. Buna karşılık şimdi seçtiğimiz alternatifi daha iyi olarak görüyoruz. Yaz tatilinden sonra düzenli olarak yayınlanan Roter Morgen'in ilişiğinde Türkçe sayfa çıkmayacak, yalnızca 12 sayfa yayınlanacak. Türkçe yayın bu tarihten sonra şimdiye değinki ismi olan "Kızıl Şafak" altında Türkiyeli işçi arkadaşlar ve yoldaşlar için aylık olarak ayrı çıkacak. Bu sadece teknik bir değişme değil, aynı zamanda bu, KPD'nin politikasını Türkiyeli işçiler arasında şimdiye değin olandan daha sistemli bir şekilde yaymak için uygun olduğu görüşünden hareket etmektedir. Çünkü bu gerek sistemli olarak hazırlanmayı gerekse daha yoğun yaygınlaştırmayı gerektirmektedir.

Umarız ki, Roter Morgen'in Almanca ve Türkçe bölümündeki bu iki yeniliğin, ister Türk, Kürt, isterse Alman ulusundan okurlarına daha iyi bir kalitede faydalı olmasına katkıda bulunur.

Yazı Kurulu ve Yayınevi adına Helmut Weiss

AÇIKLAMA

Dost Okurlar!

Daha önce yaptığımız açıklamalarda ve bu sayfadaki yazıda da belirttiğimiz gibi, gazetemiz Kızıl Şafak'ın Almanca ve Türkçe bölümü üç hafta çıkmayacak. Bunun nedenini bu sayfadaki yazıda açıkladığımız için bir kez daha üzerinde durmayacağız. Şimdi ele almak istediğimiz konu gazetemizin Türkçe bölümü ile ilintilidir. Kızıl Şafak'ın Türkçe bölümü, 3 haftalık tatilden sonra düzenli aralıklarla aylık olarak çıkacak. İlk sayısı Eylül 1983'te mektup kağıdı ebatında yayınlanacak olan Türkçe Kızıl Şafak 12 sayfa olacak, Almancasından ayrı çıkacak ve fiyatı 70 Pfennig olacaktır.

Gazetenin Türkçe bölümünü ayrı çıkarma kararını özellikle, KPD'nin politikasını Türkiyeli işçiler arasında şimdiye değin olandan daha sistemli bir biçimde yayma görüşünden hareketle aldık. Bu ise yazıların daha sistemli bir şekilde hazırlanmasını ve politikanın daha yoğun bir şekilde yaygınlaştırılmasını gerekli kılmaktadır.

KPD'nin Federal Almanya'daki siyasi partiler arasında yabancı, özellikle bunların çoğunluğunu oluşturan Türkiyeli göçmen işçi ve emekçilere düzenli bir yayınla kendi dillerinde seslenen yegane parti olması, onun göçmen işçileri Federal Almanya'daki işçi sınıfının bir parçası olarak gördüğü temel düşüncesinden kaynaklanmaktadır ve bu onun bu kesimi kazanmaya, yerli ve yabancı işçilerden oluşan Batı Alman işçi sınıfının birliğini sağlamaya verdiği önemin bir ifadesidir. Ancak bu kesimi kazanmanın yolu, yabancı işçi ve emekçilerin yasal ve siyasi eşitliğini sağlamaktan geçer.

KPD'nin bu temel düşüncesini yaymanın bir aracı olan Merkez Yayın Organını Kızıl Şafak'ı en geniş Türkiyeli yığınlara ulaştırmak, onlar arasında partimizin görüşleri doğrultusunda propaganda ve ajitasyon faaliyeti yürütmek, partimizin Yabancılar Programı'nda yer alan görüşleri onlara mal etmek, gazetemiz Kızıl Şafak'ın onların sesi olmasını sağlamak için daha bugünden bulunduğumuz bölgelerde hazırlık yapalım. Aylık olarak yayınlanacak olan gazetemiz Kızıl Şafak'ın Türkçe bölümü için yeni abone bulalım, abone olalım. Abone için tatil sonrasında Almanca bölümde ve ayrı olarak çıkacak olan abone fişleri kullanılabilir.

Yazı Kurulu